

**CONSIGLIO REGIONALE DEL TRENINO - ALTO ADIGE  
REGIONALRAT TRENINO - TIROLER ETSCHLAND**

---

**UFFICIO RESOCONTI CONSILIARI  
AMT FÜR SITZUNGSBERICHTE**

SEDUTA

192.

SITZUNG

25-3-1964

Presidente: PUPP

Vicepresidente: ROSA

**IV. LEGISLATURA - IV. LEGISLATURPERIODE**



## INDICE

### **Disegno di legge n. 151:**

**« Stati di previsione dell'entrata e della spesa della Regione Trentino-Alto Adige per l'esercizio finanziario 1964 »**

**pag. 3**

## INHALTSANGABE

### **Gesetzentwurf Nr. 151:**

**« Haushaltseinnahmen und Ausgaben-  
voranschlag der Region Trentino-Tiroler  
Etschland für das Rechnungsjahr  
1964 »**

**Seite 3**

A CURA DELL'UFFICIO  
RESOCONTI CONSILIARI

Ore 10.20.

PRESIDENTE: La seduta è aperta. Appello nominale.

MARZIANI (Segretario questore - D.C.):  
(fa l'appello nominale).

PRESIDENTE: Lettura del processo verbale della seduta 24.3.1964.

MARZIANI (Segretario questore - D.C.):  
(legge il processo verbale).

PRESIDENTE: Osservazioni sul verbale? Nessuna, il verbale è approvato.

Riprendiamo la trattazione del *disegno di legge n. 151: « Stati di previsione dell'entrata e della spesa della Regione Trentino-Alto Adige per l'esercizio finanziario 1964 »*.  
Assessorato Enti locali.

La parola al cons. Wahlmüller.

WAHLMÜLLER (S.V.P.): In der Generaldebatte über den Haushalt habe ich auch einiges über die Sozialfürsorge gesagt. Ausgegangen bin ich dabei von der Darstellung der wirtschaftlichen Lage, die vom Präsidenten des Regionalausschusses in seinem Bericht geschildert worden ist und aus der hervorging,

daß vor allem die wirtschaftliche Lage der Landwirtschaft, d.h. also der ländlichen Bevölkerung, noch verhältnismäßig schlecht sei, daß dagegen die Industriebevölkerung bzw. die städtische Bevölkerung dementsprechend besser gestellt sei. Das nahm ich zum Ausgangspunkt, weil ja die Sozialfürsorge und die Maßnahmen auf dem Gebiet der Sozialfürsorge dieser wirtschaftlichen und sozialen Lage der Bevölkerung selbst Rechnung tragen müssen oder müßten. Ich habe auch damals darauf hingewiesen, daß es mir nicht darum geht, nun dem einen oder anderen Assessorat Vorwürfe zu machen, sondern darum, festzustellen, ob das System, mit dem die Fürsorge gehandhabt wird, an sich wirksam ist, oder ob dieses System vielleicht einer Verbesserung bedarf. Denn es ist klar, die Aufgabe des Assessors an sich ist ja die, die Ämter einzurichten, ihr Funktionieren zu überwachen und nicht die, sich um jeden Einzelfall zu kümmern. Die Verwaltung und die Durchführung der Gesetze rollt dann auf der Ebene der Verwaltung, d.h. also der Beamten ab. Und es ist selbstverständlich, daß man gerade bei solchen Maßnahmen, wie es Fürsorgemaßnahmen sind, erst am Ende beurteilen kann, ob sie wirklich den Notwendigkeiten entsprachen, ferner, daß der Assessor dann selbst und vielleicht auch der Regionalausschuß oder der Regionalrat die Folgerungen daraus zieht, um eventuelle Refor-

men ins Auge zu fassen, Verbesserungen durchzuführen. Man muß also verlangen und es auch vertragen können, daß man auch über das Ergebnis einer solchen Verwaltung spricht, darüber objektiv befindet und man dann sagt: Was könnte besser gemacht werden? Was hat funktioniert und was hat nicht funktioniert? Was nicht funktioniert hat, das waren nach dem, was ich dargestellt habe, die Sozialfürsorgestellen, nicht das Assessorat an sich. Es ist klar, die Gesuche werden auf Grund der Ergebnisse oder der Nachforschungen behandelt, die von diesen Außenämtern kommen, also nicht von der Zentrale aus. Die Zentrale, das Assessorat selbst, kann natürlich dann nur die Gesuche behandeln, die von außen kommen, d.h., die von den Fürsorgeämtern kommen und kann nur die Maßnahmen ergreifen, die von der Peripherie aus beantragt oder angeregt werden. Wenn also hier Mängel aufscheinen, dann kommen sie daher, daß diese peripheren Sozialfürsorgestellen nicht entsprechend funktioniert haben und, glaube ich, auch jetzt noch nicht funktionieren. Wenn man dagegen einwendet: « Wir haben für die Provinz Bozen sogar einen deutschen Beamten als Leiter der Fürsorgestellen eingesetzt » und sich beklagt, daß dies nur wenig Anerkennung gefunden hätte, so muß ich sagen, daß es uns angesichts des Bevölkerungsverhältnisses in der Provinz Bozen als ziemlich selbstverständlich erscheint, wenn ein deutscher Beamter diese Stelle leitet, daß aber die Leitung eines deutschen Beamten natürlich nicht das Um und Auf ist und nur deshalb man sagen kann, damit funktioniere die Sache gut. Er muß nebenbei auch ein wirksamer Beamter sein, der die Ämter so leitet, daß sie wirklich wirksam werden können. Die Zugehörigkeit zur deutschen Sprachgruppe ist noch keine Gewähr natürlich für ein gutes Funktionieren. Das Funktionieren ist eines und die Zugehörigkeit

ist etwas anderes. Ich glaube, daß das kein weiterer Grund ist zu sagen: « Seht, Ihr bemängelt heute die Fürsorge und wir haben Euch sogar einen deutschen Leiter der Fürsorgestellen für die Provinz Bozen gegeben ». Das hat damit nichts zu tun. Die Debatte über diese Fürsorgeangelegenheiten schien mir mit der Annahme der von uns eingebrachten Tagesordnung beendet. Ich hätte dazu in der Fachdebatte nicht mehr das Wort ergriffen, wenn nicht Assessor Bertorelle schwerwiegende Ausdrücke gebraucht hätte, nämlich, es entspräche nicht der Wahrheit, was ich bei dieser Generaldebatte vorgebracht habe. Nun, das was ich damals vorgebracht habe stammt aus den Unterlagen, die ich vom Assessor selbst bekommen habe. Es handelt sich um eine objektive Feststellung anhand der Zahlen, wie die Fürsorge funktioniert hat, wofür nicht allein der Assessor zuständig ist. Es geht darum, diese Ämter besser zu organisieren, damit, die Fürsorge wirksamer abgewickelt werden kann. Dazu ist ja schließlich die Debatte im Regionalrat da. Es geht dabei auch nicht um eine strikte Aufteilung von 2/3 zu 1/3. Wir glauben, daß die Fürsorge draußen in den Tälern und Berggebieten oft viel notwendiger ist als in der Stadt. Es handelt sich vielmehr darum, das System zu finden, damit die Fürsorge so volksnahe abgewickelt werden kann, daß jeder Bedürftige die Möglichkeit hat, an diese Fürsorge heranzukommen. Das, was ich bezweifle, ist nicht, daß kein guter Wille zur gerechten Aufteilung vorhanden ist, sondern, daß der einzelne Bedürftige vor allem in der Provinz Bozen draußen in den Tälern und auf den Bergen nicht die Möglichkeit hat, mit den Fürsorgestellen in Berührung zu treten.

Ich muß nun auf diese einzelnen Kapitel noch einmal eingehen. Da haben wir nun dieses Kapitel 76 mit den 75 Millionen. Sehen wir uns einmal an, wie diese 75 Millionen auf-

geteilt wurden: Dieses Kapitel zerfällt in 2 Artikel; 1: Fürsorge für Auswanderung, Rückwanderung, und 2: Direkte Fürsorge für Arbeiter, Arbeitslose usw. Für die Abwandernden und Rückwandernden auch mittels Organisationen wurden insgesamt  $6 \frac{3}{10}$  Millionen ausgegeben. Hier schon zeigt sich, daß für das Trentino an die Associazione « Trentini nel mondo » 4 Millionen gegeben wurden, wobei nicht gesagt ist, daß alle Trentiner in diesem Verbands organisiert sind, während für die « Arbeitsstelle für Heimatferne » nur 2 Millionen gegeben wurden; Aufgabe derselben ist es, sich um alle oder möglichst alle Heimatfernen bzw. Abgewanderten zu kümmern. Es ist mir nicht klar, warum für Bozen nur die Hälfte von dem gegeben wird, was die Provinz Trient bekommt, zumal ja bekannt ist, daß 5.000 bis 8.000 Südtiroler im Ausland arbeiten und im Ausland betreut werden müssen. Ich weiß nicht, ob die Zahl der Trentiner ähnlich hoch ist — ich glaube nicht. Aber abgesehen davon haben wir die eigentliche Fürsorge, die eine Summe von 68,7 Millionen umfaßt. Für die Art und Weise der Aufteilung dieses Betrages wurden verschiedene Gründe geltend gemacht. Zunächst einmal der, daß auch für die Arbeiter von Aeromere gesorgt werden müsse. Ich bin ohne weiteres einverstanden, daß man dafür sorgt. Allerdings wird dann das ganze Problem der Aeromere wieder aufgeworfen. Während nun die Verantwortung für das Schicksal dieses Unternehmens vom Ausschuss abgelehnt worden ist, nimmt man allerdings ohne weiteres die Bezahlung der Schulden oder zumindest der Schäden auf sich. Es müßten daher auch dort diejenigen herangezogen werden, die das ganze Debakel verursacht haben. Doch abgesehen davon möchte ich dazu folgendes sagen: Diese Arbeiter wohnen im Zentrum und es ist klar, daß gerade durch die besondere Lage, in der sie sind oder in der sie sich befunden ha-

ben, alle Gewerkschaften, Hilfsorganisationen, sich um diese Leute kümmern, weil sie ihre Abfindungen nach der Schließung der Fabrik noch nicht bekommen haben. Die Zahl ist nicht übermäßig groß. Aber ich frage mich: Warum macht man das gleiche dann nicht für Hunderte und Hunderte andere, die draußen in den Dörfern leben, arbeitslos werden und die vielleicht schon zwei, drei Jahre lang auf ihre Altersrente warten, denen aber keine Gewerkschaft und keine Hilfsorganisation hilft, weil sie keine geschlossene Masse darstellen? Aber abgesehen von diesem Kapitel wird dann geltend gemacht, die Zahl der Gemeindefürsorgestellen sei im Trentino viel größer als in der Provinz Bozen, was eine größere Zuteilung an das Trentino rechtfertige. Meine Herren! Es ist Ihnen selbst klar, daß das ein Scheinargument ist. Denn das beruht auf der Gemeindecinteilung. Im Trentino gibt es kleinere Gemeinden, weshalb ihre Zahl mehr als doppelt so hoch ist wie die der Provinz Bozen. Maßgeblich ist nicht die Zahl der Gemeinden, sondern höchstens die Zahl der Bevölkerung der Provinz. Ob die Provinz in 200, 300 oder nur in 100 Gemeinden und damit auch Gemeindefürsorgestellen eingeteilt ist, das ist natürlich für die Zuteilung nicht maßgeblich. Es ist deshalb nicht einzusehen, warum eine große Gemeinde, wie z.B. Sarnthein, weniger bekommen soll, weil sie eine große Gemeinde ist, während auf demselben Territorium im Trentino vielleicht 3, 4, 5 Gemeinden sind, die dementsprechend für die gleiche Zahl der Bevölkerung 3, 4, 5 Mal soviel bekommen. Das ist keine Argument. Dafür gibt es aber ein interessanteres: Im Trentino sind z.B. auch die Mensen von Kursen als unterstützungsbedürftig betrachtet worden, weil dort Berufsschulen vorhanden sind, die Unterkunft und Verpflegung geben. Erstens steht fest, daß es Schulen des ENALC auch in der Provinz Bo-

zen gibt, die nichts bekommen haben. Zweitens möchte ich sagen, freue ich mich darüber, denn, da wir eine ganze Reihe von Kursen mit Mensen haben, mir scheint, daß wir jetzt auf den Fonds für Berufsertüchtigung auch einen Beitrag aus diesem Kap. 76 von der Region bekommen werden. Ich werde mir also erlauben, ein entsprechendes Gesuch an das Assessorat zu richten, damit wir ebenso behandelt werden, wie das für Trient der Fall ist. Hinsichtlich der Provinz Bozen spricht der Bericht des Assessors Bertorelle davon, daß die Gelder im Betrag von insgesamt 29 Millionen wie folgt aufgeteilt worden seien: 14.900.000 an die deutsche Volksgruppe; 14.750.000 an die italienische Volksgruppe. Ich wollte und möchte wissen, welche Gelder an Gemeindefürsorgestellen mit italienischer Mehrheit und welche solchen mit deutscher Mehrheit zugeteilt worden sind. Wir kennen natürlich nicht die Einzelzuteilungen und können nur sagen, was von der Region aus an Gemeinden mit italienischsprachiger und an solche mit deutschsprachiger Mehrheit gegeben worden ist. Herr Assessor Bertorelle hat nun eine Aufteilung gefunden, die 50 zu 50% aufgeht. Ich weiß nicht, wie er dazu kommt. Bei den italienischsprachigen Gemeinden kommt er auf 14.750.000. Allein Bozen hat 14 Millionen bekommen, Meran 1.800.000, Leifers — sicher eine italienischsprachige Gemeinde — 750.000, Salurn 500.000, Pfatten — sicher eine Gemeinde mit italienischer Mehrheit — 150.000, Branzoll — eine Gemeinde mit italienischer Mehrheit — 250.000, macht 17.450.000 aus; dazu kommen für die ACLI Bozen 1.000.000, sind also insgesamt 18.450.000. Das sind Zahlen, die mir selbst durch ein Promemoria des Assessors bekannt geworden sind. Wenn ich für die ladinische Bevölkerung Percha mit 200.000 Lire nehme, dann bleibt für die deutschsprachige Bevölkerung ein Betrag von ganzen 11.000.000. Das

ist das, was ich vorher gesagt habe, d.h. es bleibt bei der Aufteilung von 18.450.000 für die italienischsprachige Bevölkerung und 11.000.000 für die deutschsprachige Bevölkerung. Ich habe damals 10.800.000 gesagt; ich habe mich geirrt, weil ich glaubte, daß Brenner mit 200.000 dazugehört; Brenner gehört aber zu Gossensass und das nehme ich als mehrheitlich deutschsprachige Gemeinde an. Das sind also 63% für Gemeinden mit italienischer Mehrheit, 36,4% für Gemeinden mit deutschsprachiger Mehrheit. Die Aufstellung, die ich gemacht habe, bleibt, so wie sie ist: italienische Gemeinden 18.450.000, ladinische Gemeinden 200.000, deutschsprachige, also mehrheitlich deutschsprachige Gemeinden 11.000.000. Die Verteilung in Prozenten bleibt die gleiche: 63%, 0,6%, 36,4%. Ich komme zu keiner anderen Lösung und ich weiß nicht, wie Assessor Bertorelle zu der Lösung von 14 Millionen zu 14 Millionen, bzw. von 50 zu 50%, kommt. Er wirft mir deshalb vor, daß meine Angaben nicht der Wahrheit entsprechen.

Bei diesem Kap. 76 möchte ich aber bei dieser Gelegenheit noch auf etwas anderes hinweisen, worauf gestern schon Dr. Benedikter hingewiesen hat, als er sagte: «Der Arme in Stilfs ist mindestens so arm wie der Arme in Bozen». Auch dem — und davon bin auch ich ausgegangen — müßte die Aufteilung dieser Gelder Rechnung tragen. Wenn wir die Aufteilung dieser Gelder untersuchen, wie sie nur an die Gemeindefürsorgen gegangen sind, d.h. nicht an die POA, ENAL, AVIS, ONARMO, usw., dann kommen wir zu folgendem eigenartigen Ergebnis, das wiederum das Nichtfunktionieren der Sozialfürsorgestellen beleuchtet. Abgesehen von Aeromere mit 11 Millionen, hat die Gemeinde Trient einen Betrag von 15 Millionen erhalten; die Gemeinde Bozen einen Betrag von 14 Millionen, zusammen also 29 Millionen in den

beiden Hauptstädten. Insgesamt wurden über die Gemeindefürsorgen 49 Millionen verteilt; 49 weniger 29 bleiben 20 Millionen für das gesamte regionale Gebiet, außer den beiden Hauptstädten. Wenn man noch bedenkt, daß hierzu Städte wie Rovereto und Meran gehören, die ebenfalls große Zentren sind — von anderen Zentren zweiter, dritter Kategorie abgesehen —, die zusammen 3 Millionen erhalten, dann bleiben für die Landbevölkerung, die kleinen Dörfer und Gebiete der gesamten Region, für die der Notstand nachgewiesen wurde, nur 17 Millionen. Die zwei Hauptstädte jedoch erhalten 29 Millionen, Zentren, wo heute fast jeder Arbeiter seinen Fernseher hat, ein Motorrad besitzt und wo der Lebensstandard sicherlich viel höher ist als im Ahrntal, im Sarntal, in Stilfes oder sonstwo in kleinen Orten. Dies wird darauf zurückzuführen sein, daß die Sozialfürsorge sich nicht dorthin begeben, denn das ist beschwerlich; es ist ja viel schöner, in den Hauptstädten in einem Amt zu sitzen und von dort aus zu verteilen. Das ist aber gerade das, was bei diesem Ämtern nicht funktioniert. Es geht nicht an, daß man in den zwei Hauptstädten allein fast  $\frac{3}{5}$  der Gelder verbraucht und nur  $\frac{2}{5}$  für das ganze übrige Land übrigbleiben. Hier müßte also etwas reformiert werden.

Es wird dann das Kap. 77 behandelt. Ich brauche dazu nicht sehr viel zu sagen. Meine Zahlen stimmen zwar nicht ganz mit denen des Assessors überein; er sagt, daß von den 45 Millionen 26 an die Provinz Bozen und 19 an die Provinz Trient gegangen sind. Er sagt ferner, daß von den 26 Millionen an die Provinz Bozen der deutschen Volksgruppe 11 Millionen zugekommen sind. Meine Zahlen ergeben nur 9.800.000; ich habe bei meiner vorhergehenden Stellungnahme schon gesagt, es kommt ja natürlich nicht darauf an, vielleicht eine Million mehr oder weniger hervor-

zuziehen, was bei den Wertungen natürlich vorkommen kann. Diese 11 Millionen sind aber nicht einmal die Hälfte von den 26 Millionen. Und wenn das Beiträge an Institute und Verbände sind, die die Fürsorge und Wohlfahrt zum Ziele haben, dann muß man auch sagen, daß die deutschen Verbände nicht in der gleichen Weise berücksichtigt worden sind. Obwohl bei der übrigen Verteilung, wie wir gesehen haben, über die ECA die Zentren schon mit 14 Millionen vom gesamten Betrag, also mit der Hälfte des gesamten Betrages, sehr stark berücksichtigt worden sind, werden noch einmal die italienischen Verbände weitaus besser berücksichtigt. Selbst aus den Zahlen des Assessors Bertorelle geht das hervor: 11 Millionen für die deutschen Verbände, 15 Millionen für die Verbände der italienischen Sprachgruppe. Das ist eine Ungleichheit, die sich nach dem vorher Gesagten über die Verteilung der Fürsorgegelder nicht gut erklären läßt. Wenn wir die Aufteilung nach dem Bevölkerungsverhältnis machen würden, dann müßten die Verbände der deutschen Volksgruppe 17,5 Millionen bekommen, was jedoch nicht der Fall ist.

Etwas schwieriger ist die Aufteilung des Art. 177, weil hier die Wertung darüber, was der deutschen und der italienischen Volksgruppe genau zukommt, nicht ganz zu machen ist. Im übrigen stimmt sie aber auch mit dem überein, was ich selbst gesagt habe, nämlich 29 Millionen der Provinz Trient, 24 Millionen der Provinz Bozen. Es sind Beiträge für den Ankauf, die Konstruktion und die Einrichtung von hygienisch-sanitären Anlagen, Heizungsanlagen usw., die der Fürsorge dienen. Es ist nirgends erklärt worden, warum die Provinz Trient etwas mehr bekommt als Bozen; wir wollen aber da gar nicht kleinlich sein und ich habe dazu auch gar nicht Stellung genommen. Vielleicht ist es ein anderes Mal umgekehrt.

Nun zum Kap. 178: Beiträge zur Einrichtung von Meerkolonien, Bergkolonien, Winterlagern und Arbeitererholungsheimen usw. Da steht die Sache natürlich ganz schlimm. Es zeigt sich, daß die Fürsorgeämter in der Provinz Bozen mit den zuständigen Organisationen überhaupt keinen Kontakt haben. Wer zufällig einmal die Fährte findet, der findet sie, und das war Leifers mit 250.000 Lire. Wollen wir gutmütigerweise die Hälfte des « Centro turistico giovanile » von Brixen auch für die deutsche Volksgruppe buchen, dann kommen wir auf einen Betrag von 330.000 Lire von den 18 Millionen. Das sind nicht einmal 2%, die der deutschen Bevölkerung zugutegekommen sind. Wenn man aber Sommerlager, Winterlager, Meereskolonien, usw., fördern will, dann muß man sie gleichmäßig für alle Volksgruppen fördern. Das ist aber offensichtlich überhaupt nicht geschehen. Es gibt gar keinen Zweifel, daß ein Beitrag 2% an die deutsche Bevölkerung nicht hinreichend ist. Man wird vielleicht sagen: Es sind ja keine Gesuche vorgelegen. Das ist aber gerade das, worauf ich immer wieder zurückkomme, daß nämlich die Fürsorge nicht nur eine Angelegenheit des Gesucheschreibens ist, sondern Fürsorge bedeutet, aktiv für etwas sorgen, d.h. also nicht aktiv einschalten, um eine Not zu lindern oder zu überwinden. Sonst wird immer derjenige, der unverfroren genug ist, der vorprellt und am meisten lamentiert vielleicht, derjenige sein, der am meisten bekommt.

Damit haben wir diese Kapitel abgeschlossen. Wir kommen nun zur Zusammenfassung, bei der ich damals gesagt habe, von den 190 Millionen seien nur 39 Millionen der deutschsprachigen Bevölkerung zugutegekommen. Das entspräche einem Durchschnitt von 20%. Assessor Bertorelle hat eine andere Aufstellung gemacht. Ich habe gezeigt, wie gerade das Kap. 76 dem nicht entspricht. Aber trotz

aller Aufstellungen, die er sicher gemacht hat, um das Gegenteil zu beweisen, kommt er anstatt auf 39 auf 46 Millionen. Der Unterschied ist nicht sehr groß. Bei aller Bemühung sind es daher nicht 20, sondern 24%, was durchaus nicht dem entspricht, was wir verlangen könnten. Es liegt daran, daß die Fürsorgestellen nicht bevölkerungsnahe genug sind. Es gibt keinen besseren Beweis, daß dies tatsächlich der Fall ist, als eine nicht den Assessor Bertorelle betreffende Aufteilung, die aber mehr beweist als all das, was man über den persönlichen Kontakt sagen kann, den diese Fürsorgestellen mit der Bevölkerung in der Provinz Bozen haben. Es ist die Aufteilung des Art. 16, der Beiträge an einzelne für besondere Notstände vorsieht. Und was stellen wir da fest? Insgesamt zugeteilt sind 8 Millionen. Verbraucht davon sind 6.800.000; hiervon in der Provinz Bozen 920.000 Lire, in der Provinz Trient 3.880.000; für verschiedene andere Sachen 2 Millionen ebenfalls in der Provinz Trient. Da sieht man nun folgendes: In der Provinz Trient haben diese Fürsorgeämter 67 Familien ausfindig gemacht, die in einem besonderen Notstand leben; in der Provinz Bozen haben sie ganze 9 Familien gefunden, 6 hiervon allein in der Stadt Bozen, die schon 14 Millionen bekommt. Außer diesen 6 haben sie dann noch 3 ganze Familien gefunden: 1 in Margreid, 1 in Salurn und 1 in Laas. Alles andere, was in der Provinz Bozen ausgegeben wurde, ist an andere Familien gegangen. Wenn ich mir vorstelle, daß wahrscheinlich die 6 Familien der Stadt Bozen der italienischen Volksgruppe angehören, dann bleiben wahrscheinlich höchstens die 3 Familien in Salurn, Laas und in Margreid, angenommen, daß es deutsche Familien sind. Es sind also 190.000 Lire, die an diese Familien gehen, von einem 8-Millionen-Fonds! Daraus sehen Sie am besten, daß diese Für-

sorgestellen nicht funktionieren. Ich könnte mir daher vorstellen, daß man diese Dinge, besonders was die persönliche Fürsorge anbetrifft, den Provinzen anvertrauen muß. Die Provinzen wissen, wo es fehlt; sie haben auch als Überwachungsorgane über die Gemeindefürsorge den Kontakt und können das viel rascher und besser machen. Wenn man nun über diese « servizi sociali » in dem verteilten Bericht nachliest, dann sieht man einhalb Seiten lang angeführt, was sie alles machen: Untersuchungen, Nachforschungen, die aber im großen und ganzen in der Provinz Trient gemacht werden, d.h. in der Val di Sole, in Pejo, Rabbi, in der Bassa Valsugana, in Mezzocorona, Mezzolombardo, Ledro, aber man findet gar nicht darüber, daß jemand ins Sarntal oder einmal ins Ahrntal gekommen sei, um festzustellen, welche Not dort herrscht. Diese Fürsorger haben nur festgestellt, daß die Städte Trient und Bozen Elendsstädte sind; sie haben Gesuche gebracht und die Fürsorge hat in diese beiden Elendsstädte 3/5 der gesamten Fürsorge aufgewendet, während das Land allem Anschein nach ein blühendes Land ist, wo es wenig Not gibt, denn mit 2/5 der ganzen Fürsorgegelder ist man für die gesamte übrige Provinz Trient und gesamte übrige Provinz Bozen ausgekommen. Ich mache deshalb dem Assessor nicht einen Vorwurf, aber die Fürsorger müssen sich um diese Dinge kümmern; sie dürfen nicht in den Hauptstädten sitzen bleiben und sollen uns nicht weismachen, daß die Hauptstädte Elendsstädte sind. Das ist nicht wahr. Sowohl Trient als auch Bozen sind Städte, die verhältnismäßig gut leben und in denen es nicht die Armut und die Not gibt, die es draußen auf dem Lande gibt.

Ich wollte diese Feststellungen noch einmal machen, nicht um eine Kritik an dem zu üben, was geschehen ist und nicht, um mit sensationellen oder skandalösen Fakten aufzuwarten, sondern um an den Ausschuß und an

den zuständigen Assessor einen Appell zu richten, gemeinsame Anstrengungen für eine volksnahe und gerechte Fürsorge zu machen. Ich glaube, daß sich dieser Forderung nach einer Verbesserung der Fürsorge niemand verschließen kann und niemand verschließen sollte.

*(Nel corso della discussione generale sul bilancio ho fatto anch'io le mie osservazioni sull'assistenza sociale, osservazioni in cui sono partito dalla descrizione della situazione economica fatta dal Presidente della Giunta regionale nella sua relazione da cui risulta che la situazione economica soprattutto dell'agricoltura, cioè dunque della popolazione rurale, si presenta ancora relativamente precaria mentre la popolazione industriale od urbana si trova in una posizione migliore. Ho assunto come punto di partenza tale constatazione perchè l'assistenza sociale e le misure in questo campo devono od almeno dovrebbero tenere conto della situazione economico-sociale della popolazione. Anche allora ho fatto presente che non tengo tanto a fare dei rimproveri a questo o a quell'Assessorato quanto ad assicurarmi se il sistema, con cui l'assistenza sociale è amministrata, sia efficace o se esiga un miglioramento. E' chiaro infatti che il compito dell'Assessore è quello di organizzare gli uffici e di sorvegliare il loro funzionamento e non quello di occuparsi di ogni singolo caso. L'amministrazione e l'applicazione della legge si svolgono poi al livello amministrativo cioè a quello dei funzionari. E' naturale poi che proprio per misure come quelle nel campo delle attività assistenziali si possa giudicare soltanto alla fine se esse abbiano veramente risposto alle esigenze; naturale inoltre che l'Assessore stesso od anche la Giunta ed il Consiglio debbano trarne le deduzioni per prendere in esame eventuali riforme od attuare dei miglioramenti. Bisogna perciò sollecitare e saper tollerare una discussione sui risultati di questa amministra-*

zione, saper tollerare che si giudichi obiettivamente e ci si chieda poi che cosa poteva esser fatto meglio, che cosa ha funzionato e che cosa non ha funzionato. Da quanto ho fatto presente non è stato l'Assessorato a non funzionare, bensì i centri di assistenza sociale. E' chiaro che le domande vengono trattate in base ai risultati od alle indagini provenienti da tali uffici periferici, dunque non dalla centrale. La centrale, l'Assessorato, può naturalmente trattare soltanto le domande provenienti dall'esterno, dagli uffici decentrati, e può prendere soltanto le misure proposte o promosse dalla periferia. Se dunque ci sono delle carenze queste provengono dal fatto che gli uffici periferici non hanno funzionato, nè credo che ancora funzionino, come avrebbero dovuto funzionare. Se ci si obietta di aver perfino preposto all'ufficio di assistenza per la provincia di Bolzano un funzionario di gruppo tedesco e ci si lamenta che il fatto abbia trovato tanto poco riconoscimento, risponderò che in rapporto alla proporzionale etnica in provincia di Bolzano ci sembra piuttosto logico che a capo di tale ufficio ci sia un funzionario di gruppo etnico tedesco, anche se questo fatto non costituisce automaticamente la soluzione di tutte le difficoltà così da poter dire che tutto funziona a meraviglia. Il funzionario deve essere dunque anche efficiente e condurre gli uffici in modo che possano sortire l'effetto voluto. Naturalmente l'appartenenza al gruppo tedesco non è di per sé una garanzia di buon funzionamento: l'appartenenza ad un gruppo etnico è una cosa ben diversa dal buon funzionamento. Mi pare che questa non sia una ragione sufficiente per dire: « Vedete, voi criticate l'assistenza e non vi abbiamo dato perfino un dirigente tedesco per l'ufficio di assistenza di Bolzano ». Questo non c'entra. La discussione sulle attività assistenziali mi sembrava conclusa con l'accettazione dell'ordine del giorno da noi pre-

sentato e non avrei più preso la parola nella discussione articolata se l'Assessore Bertorelle non avesse usato parole pesanti affermando che quanto da me affermato nel corso del dibattito generale non corrisponderebbe a verità. Quanto ho detto allora è stato desunto dalla documentazione che l'Assessore stesso mi ha fornito: si tratta di una constatazione obiettiva e basata sulle cifre, del funzionamento delle attività assistenziali, cosa di cui l'Assessore non è il solo competente. L'importante è qui organizzare meglio gli uffici affinché le attività assistenziali abbiano una maggiore efficacia: a tal fine esiste appunto il dibattito in Consiglio. Non si tratta neanche di fare una ripartizione precisa di 2/3 ed 1/3. Noi crediamo soltanto che l'assistenza sia spesso più necessaria nelle valli e sulla montagna di quanto non lo sia in città e che si tratti perciò piuttosto di trovare un sistema perchè l'assistenza sia portata tanto vicino alla popolazione che chiunque ne abbia bisogno possa rivolgersi ad essa. Non dubito della buona volontà di fare una equa distribuzione ma dubito che i bisognosi, in provincia di Bolzano specialmente nelle valli e sulla montagna, abbiano la possibilità di venire a contatto con i centri di assistenza.

Devo ora far riferimento di nuovo ai singoli capitoli: ecco il capitolo 76 con 75 milioni di stanziamento. Vediamo come sono stati distribuiti questi 75 milioni: il capitolo si divide a sua volta in altri due « 1) Assistenza agli emigrati e rimpatriati » e « 2) Assistenza diretta ai lavoratori, disoccupati ecc. ». Per gli emigrati e rimpatriati si sono spesi, anche attraverso organizzazioni varie, 6 milioni e 300 mila: già constatiamo qui come all'associazione « Trentini nel mondo » siano stati concessi 4 milioni anche se non è detto che tutti i trentini appartengano a questa organizzazione; alla « Arbeitsstelle für Heimatferne » si sono assegnati invece soltanto due milioni. E' da no-

tare che il compito di quest'ultima associazione è quello di occuparsi possibilmente di tutti o del maggior numero possibile di emigrati ed espatriati. Non so spiegarmi perchè alla Provincia di Bolzano si sia assegnata la metà di quanto assegnato alla Provincia di Trento, tanto più che è noto come da 5.000 ad 8.000 sudtirolesi lavorino all'estero ed abbisognino di assistenza. Non so se il numero dei trentini emigrati sia altrettanto alto: io credo di no. A parte però questa voce, abbiamo la vera e propria assistenza che comprende uno stanziamento di 68,7 milioni. Per giustificare il modo in cui si è suddiviso questo importo sono stati adottati diversi motivi: prima di tutto quello che bisognava provvedere anche per gli operai dell'Aeromere. Sono d'accordo senz'altro che si provveda per loro ma in tal caso si risolveva tutto il problema dell'Aeromere. Mentre la Giunta ha rifiutato la responsabilità del destino di questa azienda ci si addossa ora il pagamento dei debiti od almeno dei danni: anche qui bisognerebbe invece chiamare in causa i responsabili di questo disastro. Ma, questo a parte, vorrei osservare soltanto che questi lavoratori abitano in città ed è chiaro che, appunto per la particolare situazione in cui si trovano, tutte le organizzazioni sindacali ed assistenziali si occuperanno di loro perchè da quando è stata chiusa la fabbrica non è stato loro liquidato ancora nulla; inoltre il loro numero non è poi così grande. Mi chiedo allora perchè non si faccia lo stesso per centinaia e centinaia di operai che vivono nei villaggi, perdono il loro lavoro e forse aspettano da due o tre anni la pensione senza che nessuna organizzazione assistenziale o sindacale li soccorra perchè non rappresentano una massa compatta? Al di fuori di questo capitolo si fa valere però anche l'argomento che nel Trentino il numero degli uffici ECA è maggiore che in provincia di Bolzano, ciò che giustificherebbe le maggiori assegna-

zioni fatte al primo. Ma signori miei, sarà chiaro anche a voi che questo è un argomento soltanto apparente poichè il maggiore numero di ECA dipende dalla diversa suddivisione in comuni delle due province. Nel Trentino i comuni sono più piccoli, ragione per cui il loro numero è circa doppio di quello dei comuni altoatesini. Determinante non è però il numero dei comuni bensì al massimo il numero di abitanti della provincia; che la provincia sia poi divisa in 200, 300 o soltanto 100 comuni con altrettanti uffici ECA non avrà ai fini della ripartizione nessuna importanza. Non si vede perciò la ragione per cui un grosso comune come Sarentino debba ricevere meno perchè ha una maggiore estensione, mentre nel Trentino sullo stesso territorio ci sono 3, 4, 5 comuni che ricevono 3, 4, 5 volte di più per lo stesso numero di abitanti. Questo non è un argomento. Io invece ne ho trovato uno più interessante: nel Trentino per es. anche le mense di alcuni corsi si sono considerate meritevoli di contributi perchè vi sono scuole professionali che forniscono agli alunni anche il vitto e l'alloggio. Prima di tutto è certo che scuole dell'ENALC ce ne sono anche in provincia di Bolzano e che finora non hanno ricevuto nulla; vorrei poi dire che questo è per me un motivo di gioia perchè anche noi abbiamo tutta una serie di corsi con mensa e penso che ora dovremmo ricevere anche noi un contributo dalla Regione da questo cap. 76 sul fondo per l'istruzione professionale. Mi permetterò dunque di presentare all'Assessorato una domanda in questo senso affinchè anche a noi sia riservato lo stesso trattamento che alla provincia di Trento. Per quanto riguarda la provincia di Bolzano, la relazione dell'Assessore Bertorelle afferma che i fondi, per un totale di 29 milioni, sono stati suddivisi come segue: 14.900.000 al gruppo etnico tedesco e 14.750.000 al gruppo etnico italiano. Io vorrei sapere a quanto am-

montino i fondi assegnati a comuni con maggioranza italiana e quelli assegnati a comuni con maggioranza tedesca. Noi non siamo naturalmente informati sulle assegnazioni singole e possiamo soltanto riferirci a quello che è stato dato dalla Regione ai comuni con maggioranza italiana ed a quello che è stato dato ai comuni con maggioranza tedesca. L'Assessore Bertorelle ha trovato una divisione a metà ed io non so proprio come abbia potuto arrivarci. Egli assegna 14.750.000 a comuni a maggioranza italiana: ora solo Bolzano ha ricevuto 14 milioni, Merano 1.800.000, Laives, senz'altro un comune di lingua italiana, 750.000, Salorno 500.000, Vadena, senz'altro un comune con maggioranza italiana, 150.000, Bronzolo, comune di maggioranza italiana, 250.000; il totale è 17.450.000. A ciò si aggiunga 1 milione assegnato alle ACLI di Bolzano e si arriverà a 18.450.000. Queste sono cifre di cui sono venuto a conoscenza attraverso un promemoria dell'Assessore. Calcolando 200.000 lire per la popolazione ladina di Perca, per la popolazione di lingua tedesca non rimarrà che una somma di 11.000.000 in tutto. A questo mi riferivo prima dicendo che, nella divisione, alla popolazione tedesca toccano 11 milioni e a quella italiana 18.450.000. Prima ho detto 10 milioni e 800.000 ed ho sbagliato credendo di dover calcolare anche Brennero con 200.000 lire, mentre invece questo fa parte del comune di Colle Isarco che considero di maggioranza tedesca. In totale avremo dunque un 63% in favore di comuni a maggioranza italiana ed un 36,4% in favore di comuni a maggioranza tedesca. La nota che ho fatto rimane dunque com'è: ai comuni italiani 18.450.000, a comuni ladini 200.000, a comuni tedeschi o a maggioranza tedesca 11.000.000, ed anche la suddivisione percentuale rimane la stessa: 63%, 0,6%, 36,4%. Non riesco ad arrivare a nessun altro risultato e non so proprio come l'Assesso-

re Bertorelle abbia trovato 14 milioni e 14 milioni, cioè 50% per ogni gruppo. E per questo egli mi rinfaccia che i miei dati non corrispondono alla verità.

Per quanto concerne il cap. 76 vorrei fare in questa occasione un accenno a qualcosa di cui ha parlato già ieri il dott. Benedikter quando diceva che il povero di Stelvio è almeno altrettanto povero che quello di Bolzano. Anche di ciò, e su questo principio mi sono basato anch'io, bisognerà tener conto nella ripartizione di questi fondi. Esaminando ora la suddivisione agli ECA soltanto di questi fondi, ed escludendo le varie POA, ENAL, AVIS, ONARMO, arriveremo al seguente curioso risultato che chiarisce di nuovo il mancato funzionamento dei centri di assistenza. A parte l'Aeromere con 11 milioni, il comune di Trento ha ricevuto 15 milioni ed il comune di Bolzano 14 milioni: un totale dunque di 29 milioni per i due capoluoghi. Gli uffici ECA hanno distribuito complessivamente 49 milioni: sottraendo 29 da 49 rimangono 20 milioni per tutto il territorio regionale esclusi i due capoluoghi. Se poi si considera che in questo territorio, a parte altri centri di seconda e terza categoria, sono comprese città come Merano e Rovereto, anch'esse grossi centri, che insieme ricevono 3 milioni, allora rimarranno soltanto 17 milioni a disposizione della popolazione delle campagne, dei piccoli villaggi e di zone in tutta la regione che sono manifestamente zone depresse. I due capoluoghi ricevono invece 29 milioni, centri dove quasi ogni operaio ha il suo televisore e la sua motocicletta e dove lo standard di vita è senz'altro più alto che in Val Aurina, in Val Sarentino, a Stelvio od in qualsiasi altra piccola località. Ciò è da attribuirsi al fatto che l'assistenza non arriva fin lì perchè è troppo scomoda: è molto più piacevole stare seduti in ufficio nel capoluogo e di lì effettuare le distribuzioni. Quello che non funziona in

questi centri è però proprio questo. Non è possibile insomma che i due capoluoghi assorbano quasi i 3/5 dei fondi e che restino soltanto i 2/5 a disposizione di tutto il territorio della Regione: qui sarà necessaria dunque una riforma.

Segue poi il cap. 77 che non ha bisogno di molti commenti. Le mie cifre non corrispondono del tutto a quelle dell'Assessore perchè egli afferma che dei 45 milioni stanziati, 26 sono andati alla Provincia di Bolzano e 19 alla Provincia di Trento; inoltre che dei 26 milioni pervenuti alla Provincia di Bolzano, 11 sono stati assegnati al gruppo etnico tedesco. Le mie cifre danno un risultato di 9.800.000 e del resto ho già detto nella mia dichiarazione precedente che un milione in più o in meno non ha molta importanza, sono cose che possono capitare in una valutazione. Questi 11 milioni non sono però neanche la metà dei 26 milioni e se si tratta qui di contributi ad istituti ed enti con fini assistenziali e benefici, allora bisognerà dire che delle associazioni tedesche non si tiene conto allo stesso modo. Sebbene i centri maggiori siano già stati presi in considerazione, come abbiamo visto, nella assegnazione normale attraverso gli ECA per 14 milioni, cioè per la metà del totale stanziato, le associazioni italiane sono trattate senza paragone meglio di quelle tedesche. Ciò risulta perfino dai dati dell'Assessore Bertorelle: 11 milioni alle associazioni tedesche, 15 milioni alle associazioni del gruppo italiano. Questa è una disparità che male si spiega dopo quanto è stato detto sulla distribuzione dei fondi destinati all'assistenza. Se facessimo una ripartizione secondo il rapporto etnico, alle associazioni del gruppo tedesco toccherebbero 17,5 milioni che non hanno certo ricevuto.

Un po' più difficile è la distribuzione dei fondi dall'articolo 177 perchè una stima di quanto spetterebbe al gruppo etnico italiano e

quanto al gruppo tedesco non è del tutto possibile. Del resto anche questa distribuzione coincide con quanto ho detto, cioè 29 milioni alla provincia di Trento e 24 milioni alla provincia di Bolzano. Si tratta di contributi per l'acquisto e la costruzione nonché l'installazione di impianti igienico-sanitari, di riscaldamento ecc. per fini assistenziali. Non è stato spiegato perchè alla provincia di Trento si sia assegnata una somma lievemente maggiore che a quella di Bolzano: non ho preso posizione in proposito e del resto non vogliamo essere meschini. Forse un'altra volta si farà il contrario.

Ed ora al cap. 178: contributi per l'attrezzatura di colonie marine e montane, campi invernali e convalescenziari per lavoratori ecc. Qui la questione è grave e dimostra che i centri di assistenza sociale in provincia di Bolzano non hanno alcun contatto con le organizzazioni competenti. Quello che per caso ha trovato la strada è stato il comune di Laives che si è fatto assegnare 250.000 lire. Se bonariamente metteremo in conto per il gruppo tedesco la metà della somma assegnata al « Centro turistico giovanile » di Bressanone, allora arriveremo alla somma di 330.000, su 18 milioni stanziati. A favore del gruppo tedesco non si è speso dunque neanche il 2%. Se invece si vuole incrementare i campeggi invernali ed estivi, le colonie marine ecc. bisognerà farlo in egual misura per tutti i gruppi etnici, ciò che chiarissimamente non si è fatto, ed è fuori dubbio che una quota del 2% in favore della popolazione tedesca non è sufficiente. Si dirà che non ci sono domande e questo è appunto ciò che intendo quando dico che l'assistenza non deve essere soltanto una questione di domande ma significare un'assistenza attiva cioè un adoperarsi attivamente per alleviare o superare il bisogno; altrimenti riceverà di più chi è più sfacciato, chi si fa più avanti e forse chi si lamenta di più.

Con ciò abbiamo concluso l'esame dei capitoli e passiamo alla conclusione. Già una volta ho detto che di questi 190 milioni soltanto 39 vengono spesi a profitto della popolazione di lingua tedesca, il che corrisponde ad una percentuale del 20%. L'Assessore Bertorelle ha fatto una lista diversa ed io ho dimostrato come appunto il cap. 76 non vi corrisponda. Nonostante però che l'Assessore abbia fatto liste e liste, senza dubbio per dimostrare il contrario, arriviamo a 46 milioni invece che a 39: la differenza non è molto grande. Con grandi sforzi si arriverà dunque al 24% invece che al 20%, ciò che non corrisponde affatto a quanto potremmo pretendere, e questo dipende soprattutto dal fatto che i centri di assistenza non hanno sufficiente contatto con la popolazione. La migliore dimostrazione che le cose stanno proprio così è data da una ripartizione che non riguarda strettamente l'Assessore Bertorelle ma che è più chiara di qualsiasi cosa si possa dire sul contatto personale che questi centri di assistenza hanno con la popolazione della provincia di Bolzano. Si tratta della suddivisione dei fondi dall'art. 16, che prevede contributi ai singoli in caso di particolare indigenza. Che cosa constatiamo? Di una dotazione di 8 milioni sono stati utilizzati 6.800.000, di cui 920.000 in provincia di Bolzano e 3.880.000 in provincia di Trento; inoltre per scopi vari 2 milioni, pure spesi in provincia di Trento. Qui si può osservare quanto segue: in provincia di Trento questi centri assistenziali hanno scovato 67 famiglie in condizioni di particolare indigenza mentre in provincia di Bolzano le famiglie sono soltanto 9, di cui 6 nella sola città di Bolzano che già riceve 14 milioni. Oltre a queste 6 famiglie bisognose ne sono state trovate altre 3, a Magrè, a Salorno ed a Lasa. Tutto il resto speso in provincia di Bolzano è andato ad altre famiglie. Immagino che le 6 famiglie di Bolzano appartengano

con tutta probabilità al gruppo italiano ed allora rimarranno al massimo le tre famiglie di Lasa, Magrè e Salorno, ammesso che anche queste siano famiglie tedesche. A queste famiglie si assegnano dunque 190.000 lire, su un fondo di 8 milioni! Si può constatare dunque molto facilmente che questi centri di assistenza non funzionano, e posso immaginare perciò che questi casi, specialmente per quanto riguarda l'assistenza ai singoli, debbano essere affidati alle Province. Esse sanno dove esistono dei bisogni e come organi di sorveglianza sugli ECA dispongono del contatto necessario per intervenire con maggiore efficienza e tempestività. Leggendo di questi servizi sociali nella relazione distribuita, vi si trovano elencati i loro compiti per una pagina e mezza: esami, ricerche che però in generale si fanno in provincia di Trento, nella Val di Sole, a Peio, a Rabbi, nella bassa Valsugana, a Mezzocorona, Mezzolombardo e Ledro; non vi si trova però notizia che qualcuno si sia recato nella Val Sarentino od in Val Aurina per constatarne la miseria. Questi assistenti sociali hanno soltanto constatato che Bolzano e Trento sono città di miseria: hanno raccolto domande e l'assistenza ha speso in queste due città miserabili i 3/5 di tutto il fondo destinato all'assistenza mentre sembra proprio che il territorio circostante sia una terra florida dove il bisogno è scarso: infatti sono stati sufficienti i 2/5 dei fondi assistenziali per tutto il restante territorio della provincia di Trento e di quella di Bolzano. Con ciò non voglio fare un rimprovero all'Assessore: sono gli assistenti sociali che devono occuparsi di queste cose, non restarsene in città e darci ad intendere che esse sono dei nidi di miseria. Ciò non è vero affatto: tanto Trento che Bolzano sono città in cui si vive relativamente bene e dove non esistono la miseria ed il bisogno che invece ci sono in campagna.

*Ho voluto fare ancora una volta questa constatazione, non per criticare quanto è stato fatto o per presentare fatti sensazionali o scandalosi ma per rivolgere un appello alla Giunta ed all'Assessore competente affinché facciano uno sforzo comune per avvicinare l'assistenza al popolo e per renderla più giusta. Credo che nessuno vorrà nè potrà esser sordo a questa richiesta di un miglioramento dell'organizzazione assistenziale).*

PRESIDENTE: La parola al cons. Ceccon.

PREVE CECCON (M.S.I.): On. Presidente, mi permetta, prima di dare l'avvio al mio intervento sull'Assessorato agli enti locali, di richiamare la sua attenzione sulla esigenza di moralità che non riguarda il Consiglio regionale, ma che riguarda il così detto «quarto potere». Lei lo sa, da quando io ho avuto l'onore e l'onore di entrare in un'aula consiliare, non ho mai pronunciato parola su quello che può essere stato l'operato della stampa, riconoscendo ad essa completa autonomia, completa indipendenza, completa libertà, però non posso, on. Presidente, sottacere taluni esempi che qui dentro ci vengono offerti più volte, a danno sempre delle minoranze, e che sono esempi che non tollerano altra ripetizione, perchè sono esempi di malafede, di malanimo, di malcostume. Se si pretende serietà dal legislativo, dagli amministratori pubblici; se si pretende onestà nella loro vita, altrettanta onestà va richiesta in chi si arbitra di professare la nobile professione del giornalismo. Mi riferisco, on. Presidente, alle parole che sono state scritte ieri sul giornale «L'Adige» e relative all'intervento dell'umile sottoscritto proposto all'attenzione dell'Assessore competente ai lavori pubblici. Si è scritto: « Dunque, Ceccon. » — si vede che hanno imparato per-

lo meno dal sottoscritto questo fraseggiare spezzettato; il mio passaggio qui dentro trova veramente il conforto d'aver lasciato una traccia nella capacità professionale di qualche giornalista — e seguita « tutto un lungo sproloquio durato più di un'ora ». E io non contesto a nessuno, on. Presidente, il diritto e la libertà di chiamare sproloquio quello che per me è stato fatica, non lo contesto, ogni uomo si accosta a un altro uomo con la capacità intellettuale che gli è propria, con la cultura che madre natura gli ha dato e che le sue possibilità gli hanno permesso evidentemente di accantonare e di mettere a profitto. Tutti sono liberi di valutare le fatiche altrui secondo il loro metro. Non è di questo che mi dolgo; vede, non mi son doluto un'altra volta, quando l'identico giornale che ho citato ha scritto che non si sapeva bene se il cons. Ceccon avesse della materia grigia, e se eventualmente l'avesse avuta non si sapeva entro quale piega del suo cervello si fosse perduta. Non mi sono adontato nemmeno allora, non ho parlato nemmeno allora, on. Presidente, perchè io sono una delle tante persone, per fortuna, al mondo e anche qui dentro, che può scrivere sul suo biglietto da visita: dr. Renè Preve Ceccon, possessore di un solo cervello, come aveva scritto nel suo biglietto da visita Wolfgang Amedeo Mozart. Possessore di un solo cervello. Non so se molti uomini politici appartenenti al giornale che ho citato prima, possono scrivere soltanto questa dizione o se prima non debbano fare la lunga serie dei consigli di amministrazione, o di società o di aziende od industrie di cui sono invece proprietari. Il sottoscritto ha solo un solo cervello, tutto qua. Quello che invece mi adonta è il senso voluto, allorchè si dice: « Il dr. Segnana gli ha risposto subito a tono »: « Cosa, la maggior parte? Prego, signore, si studi meglio le cifre. Nel 1963 per opere pubbliche la provincia di Trento ha avuto

2.340.000.000, 320.000.000 sono andati a opere di carattere religioso, mentre 2.014.000.000 hanno operato nelle altre voci e nelle pubbliche costruzioni». Se ben ricordo, e ricordo bene, appunto perchè madre natura mi ha dato un solo cervello, il sottoscritto non ha detto questo, e ci ha tenuto a precisarlo in successivo intervento. Il sottoscritto, sulla scorta dei documenti presentati dalla Giunta regionale, ha letto ciò che la Giunta regionale aveva scritto, e cioè che la maggioranza dei contributi concessi dalle amministrazioni provinciali sono stati assegnati a lavori appartenenti a carattere religioso. Tutto questo ha detto, ed è la pura e sacrosanta verità, che si è voluta distorcere.

Ecco perchè, on. Presidente, io mi permetto di richiamare la sua attenzione. E' tempo ed è gran tempo che qui dentro chi viene a fare il giornalista debba essere conscio della professione che svolge. E' tempo ed è gran tempo che per entrare qui dentro si conceda una particolare tessera al giornalista che ha il difficilissimo compito di affrontare temi politici, temi amministrativi, temi che interessano tutta la vita della nostra Regione. C'è una particolare categoria di giornalisti che fa la cronaca nera, possono mandare anche quelli, forse starebbero meglio qui dentro quelli che fanno la cronaca sportiva, io non discuto, fatto è che bisogna assolutamente provvedere a moralizzare questo settore, non solo moralizzare, ma bisogna provvedere ad aumentare il prestigio del Consiglio, perchè qui dentro vengano persone che sappiano fare veramente quello che a loro compete. Detto questo, metto una pietra su quanto è avvenuto, non ne parlerò più e spero che le mie parole non debbano restare nel dimenticatoio per opportunità, perchè così piace, perchè così fa comodo. Non ho parlato per me, ho parlato per il Consiglio regionale e penso che proprio la dignità del

Consiglio debba dalla sua Presidenza essere tutelata.

Detto questo svolgerò alcune considerazioni, sproloquiando — come dice l'« Adige » — sui temi riguardanti l'Assessorato. Bisognerà partire dalla considerazione che in Italia esiste il drammatico peso di 4000 miliardi di debito consolidato, che grava sulle finanze comunali e pubbliche, e tutto ciò ha contribuito — ce lo ha detto lo stesso governatore della Banca d'Italia — alla rarefazione dei capitali, al restringersi del credito necessario allo sviluppo industriale. Tutto ciò avviene e si può ammettere soltanto se rendiamo valida la formula amministrativa del sindaco Santo, il quale disse « spendiamo i debiti »: e vorrei proprio sapere come i debiti si possano spendere. Di fronte a una situazione quale oggi ci si prospetta, piuttosto che l'aumento delle imposte sulle automobili e il rincaro della benzina sarebbe stato più utile istituire un caro-sindaco, onde evitare che gli amministratori intraprendano le loro opere, incanalandosi disinvoltamente nelle avventure finanziarie. Avventure che presto o tardi si scontano; e di queste avventure è responsabile, anche se in misura certo meno ampia che non lo Stato, anche la nostra Regione. Mi riferisco a questo proposito, soprattutto ai provvedimenti per i comuni deficitari. Prima di tentare una analisi della situazione che ci viene illustrata dalla sua relazione, vorrei chiederle, signor Assessore, se lei conosca il signor Carner. Penso di sì, penso proprio che lo conosca, che non possa fare a meno di conoscerlo perchè è il responsabile del consorzio dei Comuni della Provincia di Bolzano. I miei consiglieri di Merano, quelli del mio gruppo, mi hanno detto che esiste una sua circolare, signor Assessore, con la quale lei preannunciava, anche in provincia di Bolzano, la attuazione di una iniziativa già lodevolmente e utilmente attuata in provincia di Trento:

la riunione, per raggruppamenti, dei sindaci e dei segretari comunali dell'Alto Adige, per illustrare loro la nuova legge sull'ordinamento dei Comuni, che noi avevamo approvata. Ma la sua circolare non ha trovato applicazione alcuna nella provincia di Bolzano, dove la realizzazione dell'iniziativa ha incontrato scogli insuperabili. Poteva forse essere doveroso da parte della Provincia intervenire per quanto aveva intenzione di fare l'Assessorato: ma no, la competenza, il diritto di fare tutto ciò se li è arrogati il consorzio dei comuni, nella persona del signor Carner, già citato. Per questo la nuova legge sull'ordinamento dei Comuni non è stata da lei illustrata agli amministratori dell'Alto Adige, nè lo sarà. Che cosa dice questo signor Carner, signor Assessore? E' una strana figura. Lei, che più di me è versato nelle discipline giuridiche, mi insegna che un consorzio dei Comuni nasce quando esista una precisa esigenza che ne determina lo scopo; lei mi insegna anche che questi consorzi, una volta costituiti, devono essere amministrati e diretti dagli stessi amministratori comunali, non già da persone estranee, specialmente se invischiate in altri settori, e per carità non proseguiamo il discorso. Il Consorzio dei Comuni della provincia di Bolzano non rivela affatto queste caratteristiche. Ecco perchè lei, come Assessore, dovrebbe interessarsi profondamente del signor Carner, come dovrebbe interessarsene il Commissario del Governo, come dovrebbe interessarsene la stessa magistratura, perchè non è possibile che un consorzio sia amministrato da una persona estranea ai suoi interessi e ai suoi statuti. Pare anche che un tentativo ci sia stato in questo senso, ma che tutto poi sia tornato alla solita pace, che tutto si sia adagiato nel requiem del riposo, nel *parce sepulto*. E che cosa ha scritto questo signor Carner? Penso che le siano sfuggiti gli articoli, i diversi articoli, dovuti alla penna del sullodato signore, anche perchè

trattava argomenti che la riguardano personalmente. Scriveva, questo signor Carner, che i comuni sono in una situazione debitoria altissima, invocava la sanatoria da parte della Regione, e in attesa di questa sanatoria, richiedeva maggiori fondi regionali a favore dei comuni deficitari. Da più anni questa campagna è in atto. Ora, signor Assessore, se leggiamo la relazione che con tanta diligenza, di anno in anno, viene approntata dal suo Assessorato, dovremmo giungere invece a conclusioni del tutto opposte a quelle del Consorzio dei Comuni. A proposito della relazione, vorrei notare un fatto strano: partendo dall'anno 1958, quando ci fu presentata con una relazione veramente brillante e completa, encomiabile, ricca di dati statistici, di tabelle e di raffronti, che consentivano di farsi un panorama completo della realtà amministrativa che si impone al nostro Consiglio, da quel periodo questa relazione è diventata sempre più striminzita, povera, ridotta, ha abiurato le tabelle di raffronto, ha ignorato le medie, ostenta la carenza dei dati pro capite, non ci informa sulle differenze delle situazioni da quando la gestione dei fondi dei bilanci deficitari è stata trasmessa dalla Regione alla competenza delle Province, dimentica tutto ciò che era veramente utile per comprendere la reale situazione dei comuni deficitari, presenta difficoltà sempre maggiori a una nostra analisi su questa autentica piaga della nostra vita amministrativa. Devo rammentare anche un altro fatto che non dovrebbe sussistere: la mancanza di quella raccolta di dati statistici sui comuni, che apparve nel 1951 e nel 1955 nelle relazioni del suo Assessorato e poi non più, nonostante più volte fosse stata richiesta e nonostante più volte fosse stato assunto impegno a fornirla. Evidentemente le promesse sono secchi d'acqua, senza il fondo, e quando noi alziamo il nostro secchiello, ce lo ritroviamo regolarmente vuoto in mano. E allora non posso credere che il suo Assessorato

possa affermare che tutto ciò che i comuni gli trasmettono, e che riguarda i bilanci deficitari, corrisponda pienamente alla verità dei fatti. Io vorrei chiederle, signor Assessore, un elenco dei mutui contratti dai comuni della provincia di Bolzano, con l'indicazione degli istituti concedenti e gli estremi della delibera di assunzione; anzi, glielo chiedo senz'altro e le sarò molto grato se lei questo elenco potrà farmi avere. Tutto sarebbe stato evidentemente più logico e più facile se questo lavoro del '50 e del '55 fosse sempre stato proseguito e condotto a termine. Ora, signor Assessore, se analizziamo la sua relazione sugli interventi a favore dei comuni deficitari attuati nell'anno finanziario, vediamo subito la Provincia di Trento presente con mutui assunti da Comuni per 39 milioni e 518 mila, con una percentuale dell'8,24 per cento, mentre la Provincia di Bolzano è presente con mutui per 220 milioni 628.130 lire e con una percentuale del 56,84 per cento. E' su questi mutui che le chiedo la documentazione.

Supercontribuzioni: in provincia di Trento 295 milioni di supercontribuzioni, in provincia di Bolzano 71 milioni 443.097 lire di supercontribuzioni. Non mi pare possa esistere dubbio che il ricorso al contributo della Regione per il pareggio del bilancio dovrebbe costituire l'estrema delle misure alle quali una amministrazione comunale possa ricorrere: il contributo non può essere dato a chi non paga, a chi non percepisce le imposte alle quali ha diritto. E non potrà mai essere che 71 milioni di supercontribuzioni debbano ottenere un trattamento identico a 295 milioni di supercontribuzioni. Vorrei — ma dovrei avere per questo quei bilanci che neanche lei ha, signor Assessore — tentare una analisi della pressione tributaria esercitata dai comuni della provincia di Trento e di quella dei comuni della Provincia di Bolzano, vorrei eseguire un raffronto fra le diverse situazioni economiche e patrimoniali, sul tipo

e sul volume dell'imposta percepita dalle amministrazioni delle due Province. Allora, se la percentuale del 56,84 per cento dei mutui assunti dai comuni nella provincia di Bolzano viene ridimensionata — perchè quei mutui non vengono assunti, signor Assessore, non ne risultano presso la Cassa depositi e prestiti, e si potrebbe, tutt'al più, parlare di anticipazioni pluriennali di Cassa effettuate, naturalmente, dalla Cassa di risparmio di Bolzano — se questa percentuale ridimensioniamo, è evidente che la percentuale relativa ai contributi in capitale aumenta poderosamente nella provincia di Bolzano, mentre rimane immutata nella provincia di Trento. Non è un mistero certamente — neanche alla sua conoscenza signor Assessore — che i mutui che si mettono nel bilancio preventivo, poichè le assegnazioni delle integrazioni si fanno appunto sui preventivi — possono anche non comparire, sparire nei consuntivi. Abbiamo dei comuni nella provincia di Bolzano che hanno inventato la legge sui residui attivi e passivi, artefacendo con ciò la realtà della situazione. E un'altra legge esiste: quella della grandezza del disavanzo economico. Se questi disavanzi sono gravi, non si può fare una grande politica straordinaria di lavori, bisogna limitarsi alla politica dell'ordinario bilancio. Se noi procediamo a un raffronto fra le risultanze delle Province di Trento e di Bolzano, vediamo che i contributi sono spesso assegnati non già allo scopo di parificare i bilanci, ma come secondo contributo alla realizzazione di opere pubbliche che già hanno ottenuto un primo contributo sulle apposite leggi. Io non so davvero spiegarmi la concessione di contributi per la parte straordinaria del bilancio: l'art. 70 questo non prevede. Siamo ancora al settore dei lavori pubblici. Che cosa avviene, in definitiva? Che un Comune programma dei lavori, li esegue, intasca il 50 per cento di contributo sulla legge per i lavori pub-

blici, per il resto, si dice, accende un mutuo, che però trova una diversa collocazione nel bilancio; e l'anno successivo presenta un disavanzo amministrativo e si accede così a nuovi contributi. I disavanzi economici sono enormemente superiori a Bolzano di quanto non avvenga a Trento. Ma vediamo quel che avviene nei Comuni che sono affidati, da questo elenco, alla nostra considerazione. Vediamo Caines, ad esempio, con 295 abitanti; quale bilancio ordinario potrà avere? Sui tre milioni. Che disavanzo ha? Tre milioni. Quale la sua gestione ordinaria? 507 mila lire; quale il contributo concesso? 4 milioni. Caines ha eseguito lavori pubblici ottenendo contributi dalla Regione per 35 milioni 887 mila lire e negli ultimi quattro anni ha ottenuto dieci milioni a integrazione dei suoi bilanci deficitari. Questa è la realtà. Vediamo un altro comune, vediamo Cortaccia. Ha 1973 abitanti, ha un disavanzo di 450 mila lire su un bilancio ordinario che si aggira sui cinque milioni; ha una gestione ordinaria di 4.887 mila lire; ottiene un contributo di tre milioni a pareggio del bilancio. Ma ha eseguito lavori pubblici ottenendo ben 53 milioni di contributi dalla Regione e in 4 anni ha percepito ben 12 milioni di contributi a pareggio del bilancio. Questa è la realtà delle cifre, che sono scritte nei documenti ufficiali: basta avere la pazienza di andarle a cercare, di raccoglierle e di addizionarle. Vediamo Curon Venosta: ha 2125 abitanti; un bilancio che potrà aggirarsi sui 5 milioni; la gestione ordinaria è di un milione 830 mila lire; non ha avuto nulla quest'anno, ma ha eseguito lavori pubblici per un volume di contributi di 47 milioni di lire. Falzes: ha 1120 abitanti, un bilancio ordinario che può aggirarsi sui 4 milioni, una gestione ordinaria di 5 milioni, ha ottenuto un contributo di 4 milioni e mezzo. Quale il volume dei lavori pubblici eseguiti? Ha ottenuto contributi per 20 milioni 494

mila lire, e, negli ultimi quattro anni, contributi a pareggio del bilancio per 19 milioni. Monguelfo: 1954 abitanti, un bilancio ordinario sui 5 milioni, un disavanzo di 8 milioni, una gestione di un milione 350 mila lire; contributo, quest'anno, di 2 milioni. Contributi erogati dalla Regione per l'esecuzione di lavori pubblici: 59 milioni e per la parificazione dei bilanci 13 milioni negli ultimi 4 anni. Questa è la realtà delle cifre. Moso in Passiria — bello questo *excursus* fra le valli altoatesine... — ha 1800 abitanti, un bilancio ordinario sui 5 milioni non di più; una gestione ordinaria di 2,5 milioni: ottiene contributi a pareggio per un milione e mezzo, ha incassato di contributi per l'esecuzione di opere pubbliche 49 milioni 725 mila lire, ha ottenuto negli ultimi quattro anni, a pareggio del bilancio deficitario 19 milioni 700 mila lire. Naz Sciavez: abitanti 1456, 4 milioni di bilancio ordinario: disavanzo 4 milioni, gestione ordinaria 4,5 milioni, contributi quest'anno 3 milioni e mezzo. Ha avuto per contributi su lavori pubblici 49 milioni; per l'integrazione dei bilanci ottiene per la seconda volta quest'anno i 3 milioni e mezzo: sette milioni in tutto. Prato allo Stelvio: 2186 abitanti: che bilancio? Ha un bilancio di 10 milioni, un disavanzo di 23 milioni 800 mila, una gestione ordinaria di 6 milioni, ha ottenuto contributi sui lavori pubblici per 30 milioni. E che cosa ha avuto a pareggio dei bilanci? Ha avuto 26 milioni 800 mila lire. Volto pagina — e non risponde, come il libro del segretario galante — ma risponde senz'altro sui bilanci deficitari. Rifiano: stavolta non c'è fra i comuni che ottengono contributo ma lo cito lo stesso: è improvvisamente sparito dalla dolce messe dei contributi regionali. Dal 1953 questo comune da quando diede i suoi primi, timidi vagiti di vita democratica, ha ottenuto contributi per 25 milioni per la costruzione della sede comuna-

le, e ha incassato altri 27 milioni 324 mila lire per contributi su altre opere pubbliche; a pareggio del bilancio, poi, ha introitato altri 20 milioni 274 mila lire. Qui abbiamo un giro di cifre che è veramente vertiginoso: ecco Rifiano coi suoi 700 abitanti che riesce ad accumulare — ma come poi? — tanto disavanzo. Mi pare che, se siamo a questa situazione, sarebbe assai più logico, anzichè creare nuovi comuni, di chiuderli, abolirli. Passiamo a S. Genesio: 1992 abitanti, disavanzo non ne ha, la gestione ordinaria è sui 2 milioni, contributo per un milione e mezzo, lavori pubblici: contributi per 70 milioni, a parificazione dei bilanci, 3, 5 milioni. Senales, con 341 abitanti, può avere un bilancio di 3 milioni, non ha disavanzo, ha una gestione ordinaria di 2 milioni 533 mila lire, riceve, a pareggio del bilancio, un contributo di 2 milioni e mezzo. Per i lavori pubblici ha ottenuto 14 milioni 474 mila lire, a parificazione dei bilanci passati 12 milioni 774 mila lire. Il più macroscopico dei casi è però quello che corrisponde al nome di Silandro. E' noto che anche qui ci sono i trattati meglio e i trattati peggio e la Val Venosta ha certamente fatto la parte del leone. Chissà perchè? Non voglio addentrarmi in una indagine che sarebbe difficile, e poi esorbita dalle competenze regionali, è competenza della Provincia. Silandro (col suo ospedale, signor Assessore) ha 3942 abitanti: che bilancio ordinario? Non vertiginoso, certamente. Ma ha un disavanzo di 109 milioni, una gestione ordinaria di 8 milioni, riceve contributi per 6 milioni, assume mutui per 109 milioni. Silandro, signor Assessore, ha ricevuto 41 milioni 425 mila lire di contributi sui lavori pubblici, ed, a parificazione dei suoi bilanci, 24 milioni e mezzo. Queste cifre documentano la realtà di una situazione; si gonfiano i bilanci, si gioca fra i mutui e i passivi. E badate, io non contesto ad alcuna ammini-

strazione il diritto a richiedere e ottenere il contributo regionale nella misura più alta possibile; ma non sotto il pretesto che i bilanci sono deficitari, non per motivi del tutto diversi da quelli che sono stati illustrati. Agendo così lo stesso Consiglio regionale ha commesso un falso in atto pubblico...

BERTORELLE (Assessore enti locali - D.C.): Ma è spiegabile...

PREVE CECCON (M.S.I.): E' spiegabile? E allora lei lo spiegherà, e mi darà anche l'elenco che le ho chiesto dei mutui, con l'indicazione degli istituti di credito che li hanno concessi...

BERTORELLE (Assessore enti locali - D.C.): Dovrà chiederlo alla Provincia questo...

PREVE CECCON (M.S.I.): E perchè si svolge questa politica in provincia di Bolzano? Perchè oggi lo Stato ha deciso di assumere in proprio gli oneri dei mutui contratti dalle amministrazioni comunali. Ho sentito parlare, signor Assessore, di una legge regionale sulla finanza locale: verrà, questa legge, verrà, e vedrà, la Regione si accollerà l'onore di tutti i mutui contratti dai Comuni. Ecco le ragioni per le quali non posso ritenere la concessione dei contributi ai Comuni della provincia di Bolzano rispondente al dettato dell'art. 70 della legge. Per quanto riguarda il resto della sua relazione, signor Assessore, ho seguito attentamente la sua esposizione di ieri; mi ha colpito particolarmente il suo elogio alla bontà della nuova legge sull'ordinamento dei Comuni, e la sua affermazione delle due mozioni di sfiducia che, in base a questa legge sono state presentate. Peccato che questa conquista sia stata subito tolta di mezzo, almeno per i comuni della provincia di Bolzano, con l'ultima

legge elettorale che abbiamo approvato per favorire la presentazione della lista unica. Mi pare strana questa ansia, di tutti, di suggerire la lista unica, come un ritorno alla legge Acerbo; quando ci arriveremo, e solo allora, avremo veramente celebrato le nozze della democrazia col mondo moderno. Ma ci vorrebbe almeno il coraggio che altra volta si ebbe, di pronunciare il discorso del tre gennaio, il discorso dei pieni poteri: fatelo, e saremo d'accordo con voi. Questo strumento della mozione di sfiducia non è altro che una maggiore politicizzazione introdotta nelle nostre amministrazioni comunali, e Dio sa se ne avremo bisogno! Anche perchè la mozione di sfiducia serve egregiamente ai partiti per togliere di mezzo quei sindaci o quegli Assessori che, non più ligi agli ordini di scuderia, potrebbero diventare incomodi. Per quanto riguarda poi la nostra legge elettorale, devo ancora lamentare una disarmonia grave di ordine giuridico; e si che a Bolzano un conservatorio di musica c'è, con una cattedra, appunto, d'armonia: faremo bene a frequentarlo tutti un poco, per trasferire un po' d'armonia nel nostro ordinamento. Lo Stato, nelle sue leggi elettorali, ha indubbiamente stabilito una diversità fra i comuni con più di 10 mila abitanti e quelli con meno; e non vi è dubbio che nelle disposizioni statali il metodo elettorale è identico a seconda delle categorie dei vari comuni, divisi per popolazione. Noi, nella nostra legge, abbiamo stabilito che si eleggano venti consiglieri in alcuni comuni col sistema proporzionale, in altri comuni col sistema maggioritario; e mi pare proprio che non si possa codificare una cosa del genere. Per quanto riguarda i criteri della assistenza vera e propria, le critiche che le sono state più volte rivolte, conoscendo lei e conoscendo la situazione, non mi sento, in coscienza, di sottoscriverle. Non vi è alcun dubbio che nelle erogazioni sono state seguite

le necessità insite nella natura stessa delle cose, e non esiste colpa alcuna se esistono delle diversità fra le due province, e non dipende da lei certamente determinare dove possano scoppiare gli incendi e verificarsi le calamità. Non mi pare che possano essere accettate quelle accuse, anche perchè il principio del 50 per cento non è accettabile. E' discutibile in altri settori, ma non è nemmeno pensabile in questo, dove non ci sono percentuali, se non vogliamo ridurre a un livello avvilito la nostra azione, se non vogliamo essere, oltre che meschini, grotteschi. Voglio però richiamare la sua considerazione su alcuni aspetti: la diversità degli interventi fra la città e le periferie. Vero che anche qui si trova giustificazione, perchè evidentemente dove è maggiore la concentrazione, maggiori possono essere i bisogni, ma bisogna anche considerare che nelle città esiste una maggiore capacità contributiva, i comuni hanno possibilità che sono negate alle amministrazioni della montagna nel reperire fondi, operano, accanto agli enti pubblici, altri enti assistenziali e caritativi privati, inesistenti nei centri minori. Bisogna anche valutare certe avventure amministrative per le quali è certamente ingiusto sia la Regione a pagare, sia pure indirettamente, specialmente se queste avventure — dato che sono state nominate in quest'aula — si chiamano Panauto. Onorevole Assessore, mentre non posso assolutamente accettare quella parte della sua relazione, che riguarda i deficit dei bilanci comunali, per quant'altro attiene al suo Assessorato — fatte salve le critiche esposte sulla attività legislativa — non mi sento assolutamente di scagliare nella sua direzione la prima o alcuna pietra. Certo che tutti saremmo contenti — e lei ne sarebbe felice — quando questi stanziamenti potessero sparire dal nostro bilancio, o quando potessimo dire di aver dato a tutta la no-

stra gente la possibilità di una vita dignitosa e sicura. Auguriamoci che quel giorno possa presto venire.

**PRESIDENTE:** Chi prende ancora la parola? Risponde l'Assessore avv. Bertorelle.

**BERTORELLE** (Assessore enti locali - D.C.): Io ringrazio anzitutto i signori consiglieri che sono intervenuti nella discussione riguardante il mio Assessorato. Replicherò ad alcuni punti, fornendo chiarimenti. Il cons. Benedikter ha sollevato il tema della destatizzazione dei segretari comunali, per la quale, afferma, esisteva un impegno della Giunta. In effetti, il tema dei segretari comunali non era stato trattato, per cui un impegno specifico non esiste; mi sono riletto le dichiarazioni del Presidente per il bilancio 1963, vi si parla di personale dei Comuni, nel '64 questo impegno è ripreso, anche se alcune iniziative riguardanti le leggi sul personale comunale non hanno trovato opportuna collocazione. Lei, cons. Benedikter, in questo impegno, ha conglobato anche i segretari comunali...

**BENEDIKTER** (S.V.P.): Dichiarazioni del 1961...

**BERTORELLE** (Assessore enti locali - D.C.): Nel 1961 il Presidente della Giunta regionale aveva detto che la Giunta regionale accetta il trasferimento dei poteri dello Stato alla Regione, a proposito dei segretari comunali. Questo punto di vista lo riconfermo anche oggi. Senonchè, a quel che ci risulta, nelle opinioni del Consiglio è intervenuto, in questo frattempo, un mutamento. Se il problema sta nel trasferimento dei poteri dello Stato alla Regione, il nostro parere è immutato; ma mi pare che lo stesso cons. Benedikter ha modificato l'originaria posizione, quella assunta quando ha predisposto il disegno di legge sulla

destatizzazione della categoria. Infatti, sulla scia delle rivendicazioni del Consorzio dei comuni, e anche basandosi su una risoluzione degli Stati generali dei Comuni d'Europa, ora si vorrebbe la destatizzazione, ma non per una regionalizzazione, bensì per una comunalizzazione dei segretari: il che è alquanto diverso e non corrisponde alle scelte fatte dalla relazione sugli orientamenti della Giunta, come non corrisponde, a nostro giudizio, alle concrete possibilità nostre. Le alternative che ci si pongono per la soluzione del problema sono tre: o i segretari rimangono dipendenti dello Stato, il che sarebbe contro l'autonomia dei Comuni; oppure diventano personale amministrato dalla Regione, o, infine, diventano puramente e semplicemente degli impiegati dei Comuni. La legislazione attuale non consente la realizzazione della terza ipotesi; ecco perchè la Giunta regionale — che pure aveva predisposto un suo progetto di destatizzazione dei segretari — non ha presentato questo progetto, in quanto ha avuto la sensazione che da parte del Consiglio non sarebbe stata accolta la sola regionalizzazione, ma si sarebbe voluta la comunalizzazione. Sui segretari comunali, il discorso non è uguale a quello che si può fare sull'ordinamento del personale dei Comuni: si tratta di cose ben diverse. Riconfermo le dichiarazioni del 1961 e le posizioni allora assunte; riteniamo ancor oggi possibile e anche utile, la destatizzazione dei segretari comunali anche se siamo d'opinione diversa da quella del Consiglio regionale; mi pare che non sia il caso di discutere ulteriormente a questo riguardo. Il cons. Corsini è assente e mi spiace, perchè avrei dovuto rispondere a molte cose e non posso ora esporle tutte. Devo tuttavia affermare che quando egli invita la Giunta regionale a richiamare i comuni a una austerità di spese, sfonda soltanto una porta aperta; nella stessa relazione al bilancio sono dette

esattamente le stesse cose. Egli afferma anche che il momento per l'entrata in vigore della legge sull'ordinamento dei Comuni è quanto mai sfavorevole, perchè sarebbe necessario rendere, invece, più costanti e penetranti i controlli di merito. Vorrei rispondergli che uno dei motivi, dei documenti della bontà di questa nostra legge, è stato dato appunto dalla finalmente avvenuta applicazione dell'art. 130 della Costituzione, che affida la responsabilità e toglie le tutele agli amministratori comunali. Il cons. Corsini ha accennato ancora al tema dei presidenti di seggio, e io non voglio sicuramente entrare in una polemica con la Magistratura. C'è stata, è vero, qualche presa di posizione della categoria, sulla quale non ritengo opportuno fare dichiarazioni o commenti; resta il fatto che la azione della Giunta regionale prosegue normalmente in questo settore, i sindaci hanno raccolto e presenteranno nei prossimi giorni gli elenchi dei possibili presidenti di seggio, le elezioni si svolgeranno secondo le norme della legge. Il cons. Wahlmueller ha ripetuto anche in sede di Assessorato, per filo e per segno, la polemica che aveva aperto in sede di discussione generale, ripresentandone le tesi. Io non voglio muovergli degli addebiti, ma è evidente che tutto quanto io ho detto dopo le sue prime dichiarazioni, ad altro non è servito che ad aumentare l'intensità della sua particolare maniera di vedere i problemi. Ed è un discorso veramente penoso che ci si costringe a fare; e sarebbe anche più penoso che la distribuzione dei mezzi destinati all'assistenza avvenisse un tanto ai tedeschi e un tanto agli italiani, secondo una qualunque chiave di ripartizione; sarebbe davvero svilire, offendere l'assistenza. Io vorrei, qualche volta, invitare il cons. Wahlmueller a mettersi al mio posto e vorrei vedere quali criteri egli userebbe diversi dai miei. Perchè su tutte le cose si può dare giudizio, a tutte le

cose può essere mossa critica, ma quando si dibattono così i criteri di fondo su tutta l'impostazione dell'attività assistenziale, davvero non resta che dire: venga lei al posto mio e vediamo se farà meglio. Che cosa farebbe? Lei dividerebbe metà e metà i fondi tra le due Province, e non gliene importerebbe dei licenziamenti che a Trento sono avvenuti e a Bolzano no, non terrebbe conto che il Doss Trento è franato e ha costretto allo sgombero centinaia di famiglie a Trento e non a Bolzano. Per quanto riguarda poi la provincia di Bolzano, dividerebbe due terzi e un terzo, rispettivamente per il gruppo di lingua tedesca e quello di lingua italiana. Ma su questo criterio non andremo d'accordo, non saremo d'accordo mai. Mai abbiamo favorito la divisione, a qualunque titolo, della assistenza, come mai abbiamo appoggiato la divisione delle case popolari. E se proprio volete la polemica, perchè non ci dite come sono state ripartite le borse di studio concesse dalla Provincia di Bolzano: forse nella proporzione dei due terzi e di un terzo? Questo no, questo non lo chiedete. Mi rifiuto di discutere su questo tema: non accetterò mai la suddivisione dei fondi al 50 per cento fra la provincia o al terzo e ai due terzi nella provincia. Lei faccia come crede per quanto riguarda, ma non accetteremo mai questo criterio e credo che nessuno potrà mai accettarlo. E non basta venire qui a dire « i poveri di Stelvio »; bisogna dire: non avete assistito questo o quel caso e non lo avete sufficientemente assistito. In quanto a Stelvio, proprio, c'è stato uno stanziamento di mezzo milione per far fronte a una particolare situazione che si era verificata in quella località. Quando c'è stato bisogno si è intervenuti, sempre, in proporzione ai bisogni prospettati. E, sul tema della proporzione, lei non accenna, ad esempio, all'art. 177, quello non le fa comodo, lo ignora, forse perchè si è reso conto

che su quel capitolo alla popolazione di lingua tedesca è andato l'80 per cento dello stanziamento totale. Su questo lei sorvola, non le interessa; le interessa soltanto quando vengono dati i contributi alle colonie perchè non vengono dati a colonie del gruppo di lingua tedesca. Ma lei dovrebbe conoscere quale è l'azione dell'ente pubblico: e se colonie del gruppo di lingua tedesca non ce ne sono, come possiamo darli, questi contributi? A chi dovremmo darli? Dobbiamo costruirvela noi la colonia? Ma faccia almeno la proposta. Ora sembra che qualcosa sia stato fatto e vedrà che non mancheranno i contributi della Regione, come non mancherà quello della Provincia, ma non potete accusarci di non aver dato contributi a chi non c'era, a chi non esiste! Ho l'impressione che si voglia, ad ogni costo, e forse per sbandierarlo in pubblico, trovare soltanto il male. Se questa è la vostra intenzione, badate, altrettanto possiamo fare anche noi: se si vuol fare lo scandalo, lo si può fare anche in altri settori. Lei contesta le mie dichiarazioni di ieri sul capitolo 76, nega le cifre. Eccogliele le cifre, se vuole intenderle (*legge*). Basta che le veda, che le voglia vedere. La polemica, davvero, mi spiace, tanto più che non c'è alcuna difficoltà a fornire qualsiasi spiegazione. Il centro di assistenza sociale non funziona, dice; probabilmente si riferisce ai centri di servizio sociale. Ma questi centri non sono organi periferici della Regione, non sono uffici burocratici: costituiscono una nuova, moderna attrezzatura della società, svolgono una assistenza di servizio sociale qualificata, indirizzando i bisognosi verso i vari enti più qualificati ai loro bisogni, e non si può parlare di centri che non funzionano partendo dal suo punto di vista. Quando lei cita il caso di Merano, possiamo anche essere d'accordo, ma vorrei osservarle anche che si tratta di fornitura di protesi, cosa che non riguarda il mio

Assessorato. Potrei anche farle osservare che la stessa persona che ha sollevato quella famosa lamentela di cui si è fatta eco, ha ottenuto meno di due anni addietro una completa protesi dentaria a carico della Regione. E sa lei quante assistenti sociali di lingua tedesca ha il nostro centro? Ne ha una. Eppure sono state istituite borse di studio apposite, si sono incoraggiate in tutti i modi le frequenze delle altoatesine di lingua tedesca alla scuola superiore di servizio sociale di Trento. Perchè non vengono? Si muova, in questo campo, anche lei. E non venga poi a protestare perchè vengono. Non si possono dare tutte le colpe agli uffici periferici, nè si può svolgere una azione facendo presentare domande di sussidio a gente che non ha bisogno di sussidio e che mai aveva pensato di richiederlo! Presso il mio Assessorato è allo studio un progetto di legge sulla riforma degli enti comunali di assistenza, perchè essi diventino veramente i centri capillari dell'assistenza in tutti i Comuni. Oggi gli enti comunali di assistenza dormono permanentemente tutto l'anno, non funzionano, salvo le eccezioni, non sono per niente quei portavoce dei bisogni e delle esigenze delle rispettive zone che dovrebbero essere. Ecco un altro campo nel quale anche lei potrebbe e dovrebbe muoversi. E' assurdo che a 14 anni dalla emanazione della legge, ci siano degli enti che non presentano ancora domande per il contributo; è impossibile che non sappiano della legge. Lo sanno, ma non funzionano. Qui è necessario davvero una riforma perchè essi diventino veramente i centri della vita assistenziale. Il cons. Ceccon dice che il consorzio dei comuni della provincia di Bolzano non ha alcuna veste giuridica. Non ho difficoltà a riconoscerglielo: non ha ottenuto alcun riconoscimento. Ma esiste di fatto e nulla vieta che possa svolgere la sua attività: esistono anche la CGIL o la CISL, esistono le Camere del lavoro, organismi sorti da libere as-

sociazioni, l'attività delle quali nessuno può ostacolare. Così anche il Consorzio dei comuni della provincia di Bolzano ha diritto a esistere e operare. Vero è anche che in provincia di Trento sono stati tenuti convegni per la illustrazione della nuova legge sull'ordinamento dei Comuni e che questa iniziativa, programmata anche per la provincia di Bolzano, è stata sospesa. Il fatto è che erano sorte, fra i nostri uffici competenti e la Giunta provinciale di Bolzano, e anche il Consorzio dei Comuni, alcune divergenze sulla interpretazione di taluni articoli, ed è parso opportuno sospendere le riunioni e le illustrazioni, finchè non fosse stato chiarito con l'ente, la Giunta provinciale, che sarà effettivamente chiamata ad applicare la legge. Posso aggiungere che il chiarimento è stato cordialmente raggiunto e che ora i convegni si potrebbero anche fare: resta da considerarne l'opportunità, dopo che il periodo di rodaggio, sostanzialmente, è superato. D'altronde, se avessimo indetto i convegni allora, si sarebbe corso il rischio che gli amministratori potessero sentire — dalla Regione, dalla Provincia di Bolzano e dal Consorzio dei Comuni — tre voci diverse. Un altro discorso, il cons. Ceccon ha sviluppato analizzando le cifre dei contributi concessi ai comuni della provincia di Bolzano rilevando il volume delle opere pubbliche eseguite, indicando i bilanci deficitari e affermando il non ossequio alla legge. Vero è che a Trento i comuni con disavanzo economico sono veramente tanti mentre a Bolzano, per la maggior parte, le amministrazioni registrano il disavanzo finanziario. Si tratta di una polemica non nuova al Consiglio regionale; ma la legge sulla finanza locale del 31.12.1955 n. 2 assegna alle Province determinati fondi e non parla dei bilanci. Si tratta di una tipica assegnazione del tipo di quella dell'art. 70 e non possiamo limitarla o vincolarla a considerazioni di spareggio economico.

Vero che si deve tener conto dei contributi concessi sui lavori pubblici; vero che talora avviene che il contributo concesso dalla Provincia al bilancio deficitario, si risolve in un secondo contributo sul lavoro. Ma così è stabilito dalla legge; ed anche ciò non vuol dire che la somma dei contributi raggiunga il cento, o magari il centuno per cento della spesa. Questo, poi, è un discorso che va fatto, a parte, alle Province. E' evidente che questa parte della legge sulla finanza locale è stata delegata alle Province, che decidono sul merito dei contributi. Evidentemente anche noi, Regione, abbiamo il potere di esaminare la situazione, ma è la Provincia l'organismo più vicino e idoneo alle decisioni. Dire poi che Caines o Monguelfo hanno avuto determinate somme di contributi, è fare una constatazione di fatto, ma non dimostra che non si dovessero dare. Del resto il discorso da lei sviluppato su alcune situazioni particolari, non può, mi pare, essere esteso alla generalità della nostra Regione. Lei chiede ancora perchè la provincia di Trento sia così largamente superata da quella di Bolzano nella assunzione dei mutui: ebbene avviene perchè i comuni della Provincia di Trento non hanno più che esigue possibilità di ricorso al credito, al quale hanno largamente attinto negli anni scorsi, coprendo tutte o quasi le possibili delegazioni. Mi pare di avere così risposto a tutti e a tutte le richieste che mi sono state presentate.

PRESIDENTE: La seduta è tolta; riprendiamo alle ore 15. Raccomando ai signori consiglieri la puntualità all'inizio delle sedute.

(Ore 12.45).

Ore 15.25.

(Assume la Presidenza il Vicepresidente avv. Rosa).

**PRESIDENTE:** La seduta è aperta. Secondo le istruzioni che mi sono state lasciate dal signor Presidente, che ha dovuto assentarsi per oggi; è iscritto a parlare il cons. On. Paris che, durante la risposta dell'Assessore, ha chiesto di prendere la parola sull'art. 162. In base al regolamento che era stato concordato fra i capigruppo... non mi interrompa Paris, mi lasci finire... secondo questo regolamento si era deciso che in sede di discussione dei bilanci degli Assessorati, ognuno avrebbe potuto chiedere di prendere la parola su determinati articoli, sarebbe intervenuto, avrebbe parlato; ciò dopo la relazione generale dell'Assessore, il quale, a sua volta, avrebbe poi replicato agli interventi rispondendo anche sui singoli articoli e concludendo così la discussione. Questo era previsto dal regolamento, dall'accordo che ho citato. Qui invece abbiamo avuto la discussione generale, la discussione articolata; la risposta dell'Assessore ed ora torniamo da capo. Questo non è procedere secondo il regolamento che ci eravamo dati. Preghe-rei, in quanto possibile, che i signori consiglieri si attenessero al regolamento. Ora iniziamo: è in discussione l'Assessorato alle attività sociali; l'Assessore leggerà la relazione, chi intende parlare sui vari capitoli lo chieda, alla fine l'Assessore risponderà e la discussione sarà chiusa: questo è il regolamento che noi ci siamo dati. Ora la parola all'on. Paris.

**PARIS (P.S.I.):** Anzitutto sulle sue comunicazioni, signor Vicepresidente. D'accordo, mi pare, che durante la discussione generale non dovevamo entrare nel merito dei problemi di ogni singolo Assessorato. Se un consigliere intendeva affrontare un argomento specifico, non sarebbe certo stato opportuno lo avesse fatto durante la discussione generale. Per quanto riguarda gli accordi intercorsi, qui,

mi consenta, gli accordi non esistono: non esiste nemmeno il regolamento...

**PRESIDENTE:** Dopo glielo leggo...

**PARIS (P.S.I.):** Non importa, signor Vicepresidente; non c'è stata una discussione secondo regolamento. Agli inizi della discussione di bilancio, lei presente avvocato Rosa, ci fu una riunione dell'ufficio di Presidenza e dei capigruppo, nella quale si era assunto l'impegno formale a non introdurre, durante la discussione del bilancio, nessun altro argomento. Eppure questo accordo è stato dimenticato, e abbiamo indetto una speciale seduta per discutere addirittura di temi che non erano nemmeno all'ordine del giorno. Abbiamo approvato pure questa decisione, che era fuori luogo secondo gli accordi. E quando un consigliere chiede la parola sui singoli capitoli, mi pare che egli faccia, in sostanza, un favore all'economia dei lavori che non guadagnerebbero certo da una discussione iniziale che sollevasse tutte le questioni, anche quelle marginali. Piuttosto, vediamo di non perdere tempo osservando gli orari dei lavori; ogni seduta inizia con almeno mezz'ora di ritardo, ogni giorno perdiamo un'ora buona iniziando in ritardo. Questo dovrebbe essere eliminato. E avverto che mi riservo di chiedere, in ogni momento, la verifica del numero legale nel corso delle sedute.

**BENEDETTI (D.C.):** Basta che poi non si assenti...

**PARIS (P.S.I.):** Anche quello, posso anche assentarmi, è un mio diritto. Noi non siamo maggioranza, siamo all'opposizione, siamo minoranza...

**KESSLER (Presidente G.P. Trento - D.C.):** Siete la maggioranza della minoranza...

PARIS (P.S.I.): Siamo minoranza ed esercitiamo i nostri diritti. Lasciamo da parte ora queste cose per altre più serie. Vorrei sentire dal signor Assessore quale indirizzo l'Assessorato e la Giunta intendono assumere sull'eterno problema dei comuni, di questi piccoli comuni che il Consiglio regionale ha creato con le sue leggi. In vista delle elezioni amministrative, il mio partito, come tutti i partiti, ritengo, ha intensificato i contatti con le sezioni periferiche, si è preoccupato della loro organizzazione in misura maggiore, e ho trovato in tutti quei comuni uno scoramento, un disagio, un senso di rinuncia, un disinteresse, una amarezza impressionanti. Se, nei piccoli paesi, troviamo socialisti e democratici cristiani in accordo, è proprio su questo tema, nel senso di non presentarsi alle elezioni date le condizioni dei Comuni. Ho sentito dire da molti « venite voi qui, provate voi ad amministrare in queste condizioni »... Lo dico perchè so che, purtroppo, non è una situazione che tocchi e riguardi soltanto il partito socialista, ma ha carattere generale, anche per gli altri partiti. Ho letto nella relazione, signor Assessore, che, in un modo o nell'altro, sono più di ottocento le amministrazioni pubbliche che sono sottoposte alla vigilanza del suo Assessorato. E' un numero veramente spaventoso, anche perchè, purtroppo, quanto si sperava realizzando i nuovi comuni, non si è realizzato. Si pensava che fosse possibile che ogni comune potesse fare con un segretario, consorziato con altri, e un applicato: si è trattato però di speranze deluse. E' proprio stata data la prova della autenticità della legge di Parkins secondo cui in democrazia uno vale due: avviene infatti che quel che bastava per un comune, quando il comune è stato scisso, è rimasto a uno solo dei comuni e gli altri hanno dovuto provvedere a nuovo; di qui spese che non si sa come possano essere affrontate. C'è stato anche il pro-

blema dei disavanzi dovuti all'inesperienza degli amministratori: un quarto di secolo di vuoto, in questo campo, ha fatto sentire la sua influenza. Di fronte a questa situazione, va ricordato che nell'ultima tornata delle amministrative del Trentino, abbiamo già avuto un avvertimento: si trattava, mi pare, di una cinquantina di amministrazioni che dovevano rinnovare i Consigli. Ebbene, ce ne sono state tre nelle quali non è stata presentata lista alcuna. Ora, in questo turno, che comprende 132 comuni per la provincia di Trento, il mio partito è fortemente preoccupato perchè probabilmente, nonostante l'opera di convinzione che noi andiamo svolgendo — e che, non dubbio, viene svolta anche dagli altri partiti — il numero dei comuni nei quali non saranno presentate liste salirà notevolmente. Bisogna vedere quali siano i possibili rimedi: proviamo a domandarci quale sia il costo amministrativo nella nostra Regione, provincia per provincia, poichè in quella di Bolzano mi pare che la situazione sia migliore, e anche paragonato alle altre Province italiane. Facciamo anche un confronto, sia pure tenendo conto della avvenuta svalutazione della moneta, fra i costi di amministrazione del 1948 e quelli odierni nella nostra Regione; guardiamo se siamo in carreggiata coi costi medi nazionali; cerchiamo se vi siano dei comuni che sarebbero disposti, sperimentata la situazione, ad aggregarsi con altri comuni, e favoriamo queste esperienze. Dobbiamo deciderci, insomma, a fare marcia indietro. Questo dico perchè se si vuole veramente pensare a una programmazione, se la Provincia intende effettivamente realizzare i suoi piani urbanistici, come potrà trattare con tutti questi enti? Perchè il Comune, ne sono convinto, resterà sempre la cellula base dell'ordinamento amministrativo dello Stato, così come la famiglia è la cellula fondamentale dell'ordinamento sociale. E basta che

pensiamo ai comprensori che si vorrebbero realizzare, quale fatica costano, quale perdita di tempo, quante incomprensioni, quante liti, per avere una idea delle difficoltà dell'impresa. Vorrei avere dall'Assessore una assicurazione che mi tranquillizzasse: vorrei sapere che anche la Regione è orientata, in linea di massima, verso la riunificazione dei comuni. Io, in questa frantumazione, non ho responsabilità, ho sempre guardato con sospetto alle leggi relative. Non intendo tuttavia recriminare sul passato: ed, anzi, ritengo che non tutto sia stato negativo, se ci ha consentito di fare questa esperienza per le misure che dovremo adottare nel futuro. Quando fosse possibile documentare la pesantezza di taluni costi amministrativi, che potrebbero essere agevolmente ridotti, diffondere la coscienza che siamo di fronte a un eccessivo frazionamento, quando esistesse una possibilità di convincimento, dovremmo dare il nostro contributo; anche chiarendo che il problema, in ultima analisi, tocca le tasche del censita che, direttamente o indirettamente, è chiamato a sostenere il costo di questa disgregazione amministrativa, corrispondendo imposte che forse potrebbero essere evitate. Per cui mi pare veramente necessaria e urgente un'opera di persuasione che dovrebbe trovare l'Assessore sensibile è documentata a svolgere opera di persuasione in direzione della riunificazione dei comuni.

**PRESIDENTE:** La parola al cons. Wahlmüller.

**WAHLMÜLLER (S.V.P.):** Ich wollte nur ganz kurz zu dem Stellung nehmen, was Assessor Bertorelle gesagt hat. Ich habe vorgeschlagen, daß man das System der Fürsorge einer Revision unterziehen soll, damit es wirksamer gestaltet wird, wirksamer vor allem für den deutschen Bevölkerungsanteil. Diese

Klagen sind nicht neu, sie gehen schon Jahre zurück. Dr. Benedikter hat erklärt, daß diese Klagen schon damals erhoben wurden, als die Südtiroler Volkspartei noch im Regionalausschuß vertreten war. Ich selbst habe ähnliche Dinge und Aufstellungen bereits im Jahre 1961, also vor 3 Jahren, im Regionalrat anläßlich der Bilanzdebatte vorgebracht. Ich habe im kleineren Rahmen 1962 und 1963 darauf hingewiesen, daß man endlich diese Fürsorge mit den Provinzen koordinieren soll, daß endlich ein System gefunden werden soll, das auch den peripheren Gemeinden, den Tälern und Berggemeinden entsprechende Zuteilungen verschafft. Ich habe mich durchaus nicht auf eine Aufteilung von 1/3 zu 2/3 versteift, schon deshalb nicht, weil ich überzeugt bin, daß, wenn man die wirklichen Notwendigkeiten einmal untersuchen wird, sich herausstellen dürfte, daß die deutsche Bevölkerung in Südtirol in diesem Zusammenhang nicht 1/3 oder 2/3 ausmacht, sondern 80% an Bedürftigen aufweist. Aber wir erwarten gar nicht, 80% dieser Fürsorgegelder zu bekommen, jedoch den Anteil, der bevölkerungsmäßig notwendig wäre. Es ist durchaus nicht gesagt worden, daß man das strikte nach Prozentsätzen aufteilen soll. Aber ich bin überzeugt — und in dieser Überzeugung hat mich auch der Bericht des Präsidenten über die wirtschaftliche und soziale Lage der Bevölkerung bestärkt —, daß die deutsche Bevölkerung tatsächlich in einer schlechteren wirtschaftlichen und sozialen Situation lebt. Assessor Bertorelle hat auch durchaus nicht beantwortet, wieso es kommt, daß die zwei Hauptstädte Trient und Bozen 2/3 der Fürsorgegelder erhalten und 1/3 für den Rest der Provinz ausgegeben wird. Ich glaube nicht, daß Trient und Bozen Elendsstädte sind, bis jetzt wenigstens hat man uns das Gegenteil davon bewiesen. Bozen, das 23% der Bevölkerung Südti-

rols stellt, erhält über 50% der Fürsorgegelder in der Provinz. Mir scheint, daß das nicht eine gerechte Verteilung ist. Man kann natürlich alle möglichen Argumente anführen. Ich bin jederzeit damit einverstanden, daß das untersucht wird; ich habe auch niemanden angeklagt; ich habe aber dazu aufgefordert, ein besseres System zu finden und zu untersuchen, ob es nicht möglich ist, diese Gelder so zu verteilen, daß sie überall hin gelangen. Die Benachteiligung besteht für einen Teil der Bevölkerung. Wenn dann gesagt wird: « Ja, wir können das nicht machen und diese Fürsorgestellen hier sind nicht unsere peripheren Ämter », dann muß ich sagen: Wozu existieren sie? Dann sind sie eine Art Super-ECA, die die einzelnen Gesuchsteller an die Fürsorgestellen verweisen. Dafür, scheint mir, ist der Aufwand zu groß, weil ja dann eine Doppelgleisigkeit entsteht. Der Zweck dieser Ämter ist meines Erachtens nur gerechtfertigt, wenn sie als periphere Ämter der Region existieren und die zentralen Ämter in einzelnen Ortschaften der Provinz vertreten. Wenn sie das nicht können, wenn sie nur dazu da sind, einzelne Leute irgendwo hinzuleiten, meine Herren, dann haben wir hierfür genügend andere Ämter und genügend andere Fürsorgestellen. Dann hat man noch gesagt, die ECA, die Gemeindefürsorge funktioniere nicht. Wir haben bei einer anderen Gelegenheit das Gegenteil erleben müssen. Als nämlich das Gesetz über die Alterspension zur Debatte stand, beantragten wir eine Delegierung an die Provinz. Damals ist ausgerechnet von den Vertretern der Regionalregierung gesagt worden: Nein, nicht an die Provinz, an die ECA, das sind die geeigneten Stellen. Auf den Einwand, daß sie nicht gut funktionieren, wurde uns gesagt: Selbstverständlich funktionieren sie und werden gut funktionieren. Also funktionieren sie nun oder funktionieren sie nicht? Wenn man

ihnen die eine Aufgabe zutrauen kann, dann kann man ihnen auch die andere Aufgabe zutrauen. Und wenn man ihnen die eine nicht zutrauen kann, kann man ihnen auch die andere nicht zutrauen.

Man muß einmal eine klare Stellung einnehmen, aber nicht nur dann, wenn man eine Delegierung an die Provinz ablehnen will, um zu diesem Zweck die Fürsorgestellen wieder hochleben zu lassen oder aber zu sagen, die ECA funktioniere nicht und deshalb könne man nicht alle diese Zuweisungen über die ECA machen. Meine Herren das geht nicht! Zudem habe ich durchaus nicht eine strikte Aufteilung nach Prozentsätzen vertreten; das wäre ganz gegen meinen Sinn. Wenn dann aber gesagt wird, man wolle auch andere Dinge untersuchen, wollen jedoch keinen Skandal machen, dann muß ich sagen, daß eine Prüfung der Ausgaben der Provinz jederzeit möglich ist und wir uns einer solchen Prüfung durchaus nicht widersetzen. Ich bin überzeugt, daß innerhalb der Provinz alle diese Gelder entsprechend verteilt werden. Man kann nur nicht mit anderen Beispielen herankommen, wie z.B. die Verteilung für Beregnungs- oder Industrieanlagen usw., wenn wo kein Industrieller ist, kann ich keine Industriebeiträge geben, wo kein Bauer ist, kann ich keine Landwirtschaftsbeiträge geben. Das ist etwas ganz anderes und ist an die tatsächliche Notwendigkeit des Betriebes gebunden. Ich bin dagegen nicht der Überzeugung, daß die Fürsorgegelder tatsächlich so verschieden verteilt werden müssen, daß tatsächlich alle Armen in der Stadt Bozen wohnen und draußen in den Tälern keine, oder daß die Aufteilung der Armen auf die einzelnen Bevölkerungsgruppen so sehr verschieden ist. Es kommt nur darauf an, die Wege zu finden, die Fürsorge tatsächlich an diese Leute heranzubringen. Ich habe dem Assessor keinen Vorwurf gemacht

und es liegt mir auch ferne, ihm einen Vorwurf zu machen. Denn ich weiß ganz genau, daß es nirgends schwieriger ist, einen Überblick über das zu haben, was verteilt wird, als auf dem Gebiet der Fürsorge. Es wird gegeben solange Mittel vorhanden sind und es wird an den gegeben, der ein Gesuch macht. Das ist selbstverständlich und das verstehe ich auch. Das machen die Ämter und die Beamten. Aber am Ende muß man sich über das Ergebnis Rechenschaft geben und muß sagen: Was ist da herausgekommen? Wo sind Lücken, wo sind vielleicht Fehler? Wo sind Verbesserungen notwendig? Wenn der Assessor dann sagt: « Das ist ein Diskurs, den ich nicht annehme », dann allerdings erübrigt sich auch jeder Diskurs im Regionalrat.

*(Volevo soltanto pronunciarmi brevemente su quanto ha detto l'Assessore Bertorelle. Ho proposto di sottoporre ad una revisione tutta l'organizzazione assistenziale affinché essa risulti più efficace, soprattutto per la parte tedesca della popolazione. Queste lagnanze non sono nuove ma ormai vecchie di anni; il dott. Benedikter ha dichiarato che esse erano già state sollevate al tempo in cui la SVP era ancora rappresentata in Giunta ed io stesso ho presentato in Consiglio, in occasione della discussione sul bilancio 1961, dunque circa 3 anni fa, argomenti e questioni analoghi. Nel 1962 e nel 1963 ho accennato di nuovo, anche se meno profondamente, alla necessità di coordinare finalmente l'assistenza con le Province, di trovare finalmente un sistema che procuri assegnazioni adeguate anche ai comuni periferici, alle vallate ed ai comuni di montagna. Non mi sono irrigidito su una divisione di 1/3 e 2/3 soprattutto perchè sono convinto che una volta che si siano esaminate le reali necessità della popolazione tedesca in Sudtirolo, dovrebbe risultare che essa non ha una proporzione di 1/3 o 2/3 ma addirittura l'80% dei bisogno-*

*si. Non ci aspettiamo però l'80% dei fondi assistenziali bensì la quota necessaria in base alla popolazione. Non è stato detto assolutamente che la suddivisione debba essere fatta strettamente in base alla proporzionale: io sono però convinto che la popolazione tedesca viva in una situazione economica e sociale effettivamente peggiore ed in questa mia convinzione sono stato rafforzato dalla relazione del Presidente della Giunta sulla situazione economica della popolazione. L'Assessore Bertorelle non ha spiegato affatto come mai i due capoluoghi Trento e Bolzano ricevano i 2/3 dei fondi destinati all'assistenza mentre per il resto della provincia rimane a disposizione soltanto 1/3 del totale. Non credo che Trento e Bolzano siano delle città di miseria, finora almeno ci è stato dimostrato il contrario. Bolzano alberga il 23% della popolazione di tutta la provincia ed incassa il 50% dei fondi assistenziali: mi sembra che questa non sia una suddivisione equa. Naturalmente si potranno portare tutti gli argomenti possibili, io sono sempre d'accordo che si esamini la situazione e non ho accusato nessuno; io ho soltanto chiesto che si trovi un sistema migliore e si veda se non sia possibile distribuire questi fondi in modo che arrivino anche in periferia perchè allo stato attuale delle cose una parte della popolazione è indubbiamente in svantaggio. Se si afferma che ciò è impossibile e che questi centri sociali non sono uffici periferici della Regione, allora dovrò chiedere le ragioni per cui esistano. Si tratta dunque di una specie di super-ECA che indirizza i postulanti ai vari centri assistenziali. Mi sembra che in tal caso la spesa sia eccessiva perchè si lavora su un doppio binario. Mi pare che l'esistenza di questi centri sia giustificata soltanto se essi fungono da uffici periferici della Regione rappresentando gli uffici centrali in alcune località della provincia. Se essi non sono in grado di farlo, se esistono soltanto per*

*indirizzare i postulanti ad un altro ente, allora, signori miei, a questo scopo abbiamo già uffici e centri sociali a sufficienza. Si è poi detto che gli ECA non funzionano: in altra occasione abbiamo potuto sentire il contrario. Al tempo in cui si discuteva la legge sulla pensione per la vecchiaia noi avevamo proposto una delega alle Province e proprio in quel caso i rappresentanti del Governo regionale sostennero una delega agli ECA, come agli enti più adatti, invece che alle Province. All'obiezione che questi non funzionassero bene ci fu risposto che essi funzionavano, naturalmente, e che avrebbero funzionato benissimo. Dunque funzionano o no? Se li si considera capaci di svolgere un compito, si può affidare loro anche il secondo, altrimenti non si può farlo per nessuno dei due. Bisognerà esprimere chiaramente la propria opinione una volta per tutte e non levare alle stelle gli ECA soltanto quando si vuole evitare una delega alle Province o dire invece che essi non funzionano e che attraverso di essi le assegnazioni non si possono fare. Signori, questo non va! Inoltre io non ho affatto sostenuto una ripartizione secondo la proporzionale etnica, sarebbe contro ogni mia intenzione! Quando però si dice di voler esaminare anche altri argomenti senza volerne fare uno scandalo, allora dovrò dire che un esame delle spese della Provincia è possibile in ogni momento e che nessuno vi si oppone. Sono inoltre convinto che nell'ambito della provincia i fondi sono distribuiti adeguatamente, soltanto è impossibile portare esempi come le distribuzioni per impianti di irrigazione a pioggia, impianti industriali ecc. perchè dove non ci sono industriali non posso concedere contributi all'industria e dove non ci sono contadini non posso dare contributi all'agricoltura. Si tratta qui di una cosa del tutto diversa e legata alle necessità effettive dell'azienda. Non sono convinto invece che i fondi destinati all'assistenza deb-*

*bano venir distribuiti in modo tanto sproporzionato, che i poveri siano proprio tutti a Bolzano e nessuno nelle valli o che la proporzione dei poveri nei due gruppi etnici sia tanto diversa. Si tratta soltanto di trovare una via per portare l'assistenza a contatto con questa gente. Non ho fatto all'Assessore nessun rimprovero e sono ben lontano dal farglielo poichè so benissimo che proprio nel settore delle attività assistenziali è più difficile che in ogni altro avere una visione d'insieme sul complesso delle distribuzioni. Si dà insomma finchè ci sono mezzi a disposizione ed a chi presenti una domanda. Ciò è logico e lo capisco benissimo: questo è il compito degli uffici e dei funzionari. Alla fine però bisogna tirare le somme dei risultati e chiedersi che cosa si sia raggiunto, dove ancora sussistano dei vuoti, degli errori da correggere, miglioramenti da intraprendere. Se l'Assessore invece non accetta le osservazioni allora ogni intervento in Consiglio è superfluo).*

PRESIDENTE: La parola al cons. Ceccon.

PREVE CECCON (M.S.I.): Chiedo veramente scusa se prendo la parola per la seconda volta in questa discussione, trasgredendo agli accordi. Direi che per l'interpretazione dei nostri regolamenti, dovremmo veramente costituire un consorzio di consiglieri, per spiegare a noi stessi che cosa quei regolamenti significhino. E mi spiace, sinceramente, di essere, con questo mio intervento, elemento perturbatore. Ho appreso stamane dallo schietto, aperto intervento dell'Assessore, quale sia la realtà giuridica del Consorzio dei Comuni della provincia di Bolzano. Egli non ha avuto difficoltà a riconoscere che non gode di riconoscimento giuridico alcuno, per cui mi torna strano apprendere che esso consorzio possa

far valere una propria autorità per quanto riguarda, addirittura, l'interpretazione di una legge regionale. Signor Assessore, il Governo, quando viene approvata una legge, la fa seguire da circolari, magari di ottanta pagine, che ne indicano l'interpretazione autentica; anche lei può farlo e nessun ente, nè Provincia di Bolzano e tanto meno consorzi di comuni, possono arbitrarsi di interpretare in proprio le disposizioni che il Consiglio regionale ha varato. Detto questo, brevemente, tornerò anche sul tema dei comuni deficitari. Non vorrei andar via con l'impressione che si parlino, fra l'Assessore e me, due linguaggi diversi, che non ci intendiamo. Quale è la portata reale del termine deficitario? Quando, in sostanza, un bilancio comunale può essere ritenuto deficitario? Lo è soltanto quando il Comune non ha mezzi sufficienti per assicurare la vita ordinaria del Comune. Questo risulta da tutta la nostra tradizione amministrativa che ancora il termine « deficitario » al bilancio ordinario del Comune. Lo Stato stabilisce tuttora, nelle sue leggi, quanto i Comuni possono fare e quanto essi non possono fare. Noi questa distinzione abbiamo abolita, noi, viceversa, non stabiliamo nulla, così che il Comune può fare tutto. Abbiamo abolito anche la classificazione delle spese, abbiamo tolto di mezzo questa ripartizione: ma non abbiamo però abolito il concetto del bilancio ordinario e del bilancio straordinario, che esiste, saldo e inequivocabile, anche perchè corrisponde a una concezione economica, non a una concezione politica. E allora dico che se il deficit esiste nella parte ordinaria, soltanto allora si può riconoscere e sanare attraverso i fondi per i bilanci deficitari. Per le attività straordinarie esistono i bilanci straordinari e i mezzi straordinari cui attingere, che vanno dai mutui agli interventi sotto forma di contributo da parte dell'Ente Regione, a ogni altra operazione che non abbia atti-

nenza coi fondi stanziati sull'art. 70. Si ricorre, in questo articolo, alle funzioni che i comuni devono assolvere. Quali sono queste funzioni? Se si trattasse delle Province, non ci sarebbero dubbi: sono funzioni legislative e amministrative. Ma qui si tratta di comuni, e, più che di funzioni, si dovrebbero intendere compiti. Orbene i compiti dei Comuni nessuno ancora ha stabilito. E la nostra legge di intervento sui bilanci deficitari si è chiaramente ancorata alle analoghe disposizioni della legge statale che operò dal 1949 al 1959, intervenendo però, chiaramente e inequivocabilmente, soltanto a pareggio dei bilanci ordinari delle amministrazioni. Da quella impostazione legislativa è nata la nostra legge, alla quale non è possibile dare una diversa interpretazione. Infatti se di questa legge facesse parte anche il bilancio straordinario, perchè i nostri interventi non dovrebbero essere ricorrenti? Si tratta, sempre, di interventi sul bilancio ordinario: questa è una realtà legislativa che non possiamo discutere. Ed ecco, allora, che il discorso sui mutui assume tutt'altro valore. Se i mutui non esistessero, alla provincia di Bolzano sarebbero stati accordati contributi per il 72 per cento: ed è questa una realtà che abbiamo l'obbligo di acclarare. Signor Assessore, glielo ho chiesto, se non vado errato, quattro volte nel mio precedente intervento. E mi viene in mente la mia bambina che, quando le chiedo qualcosa, mi risponde: « ma te l'ho già detto cinque volte, papalino... ». Così, per la quinta volta anch'io le chiedo quel famoso elenco dei mutui assunti dai comuni della Provincia di Bolzano, con l'indicazione degli istituti che li hanno concessi. Lei mi ha detto che certe cose dovrei chiederle alle Province. Quando la delega fu concessa per legge, anzichè attraverso un atto amministrativo, avvertimmo quanto sarebbe accaduto: sarebbe accaduto che l'Assessore si sarebbe trovato a discutere

di cose che erano sottratte al suo controllo. Tuttavia lei, questo controllo, può farlo. Basta che mandi un suo funzionario a vedere, negli uffici della Giunta provinciale, se realmente quei mutui esistono; lei può, lei deve farlo, signor Assessore, perchè è lei che ne risponde. Io sono uso assumermi le mie responsabilità, e sono anche pronto a chiedere scusa quando sbaglio: ma se non avrò l'elenco di quei mutui, mi riterrò autorizzato a proclamare ad alta voce che non esiste alcun mutuo contratto dai comuni della Provincia di Bolzano a pareggio dei bilanci. La prego di acclarare questa mia dichiarazione, responsabile anche se non bella: sarò lieto se lei potrà smentirmi. Per quanto riguarda l'impressione generale, mi pare non ci sia alcun dubbio che la Provincia di Bolzano non rispetta affatto la volontà del legislatore nazionale e regionale quando questa legge traduce in attuazione.

PRESIDENTE: La parola al cons. Nardin.

NARDIN (P.C.I.): Brevissimamente, anch'io, sul tema della finanza locale, che è così importante e pressante, che meriterebbe bene una apposita sessione consiliare per discuterlo. Avrei molte cose da dire, ma mi limiterò a chiedere se sia possibile alla Giunta regionale predisporre uno studio sull'indebitamento dei comuni del Trentino-Alto Adige, indicando i mutui assunti da ogni comune, lo stato di ammortamento di essi, i piani di estinzione, la casuale dei mutui stessi. Ci sarebbe poi anche, da prendere in esame, il problema dei patrimoni comunali, il cui rilievo mi pare indispensabile: dovrebbe portare la Giunta regionale, il Consiglio, le Province a una esatta valutazione in futuro del come, coi tempi che corrono, si possa impostare la soluzione di determinati problemi fondamentali che, per ta-

lune amministrazioni, sono ancora da risolvere. Si potrebbe vedere se determinati patrimoni, un tempo utili — come pascoli o bosco — per determinati indirizzi economici, e oggi pressochè inutili, non si potrebbero sfruttare diversamente, magari alienandoli per investire parzialmente il ricavato in altre possibili fonti di reddito per il comune. Se Regione e Province vogliono — come devono — intervenire, è indispensabile che abbiano una esatta conoscenza dei problemi.

PRESIDENTE: La parola all'Assessore Bertorelle.

BERTORELLE (Assessore enti locali - D.C.): Il cons. Paris ha espresso nel suo intervento le sue vive preoccupazioni per il numero dei comuni deficitari cronici, e anche per la costituzione di un numero eccessivo di amministrazioni che non hanno la possibilità di reggersi, ha ricordato che, per protesta, nelle amministrative scorse tre comuni non videro presentare alcuna lista di candidati: si trattava per la precisione di Pieve Tesino, Brione e Casez, su un totale di 58 comuni. Chiede anche che cosa si intenda fare per trovare un prezzo standard dei servizi pubblici, entro limiti di economicità, anche per favorire le amministrazioni, e invita l'Assessore a appoggiare eventuali orientamenti alla riunificazione fra i Comuni. Stamattina, nel mio intervento, ho fatto un accenno alla particolare situazione storico-geografica della nostra Regione, dove, indubbiamente, il numero dei Comuni è alto. Su un territorio piccolissimo, povero, lontano dai grandi centri, abbiamo 337 comuni; e ricordo, come termine di paragone, che la provincia di Brindisi, con una popolazione pressappoco corrispondente alla nostra, sugli 800 mila abitanti, conta 35 comuni. Ho ricordato però anche l'esistenza di situazioni peggiori, in Francia

ad esempio, dove il frazionamento dei Comuni è molto superiore che da noi. Partendo da questa realtà, noi abbiamo costruito. Io personalmente sono scettico sulle possibilità di una azione di convincimento per la riunificazione; ci sono troppe situazioni geografiche, oltre che di tradizione, che impediscono questo. Vorrei anzi notare che alcune zone risentono ancora, a tanto tempo di distanza, e pesantemente, della unificazione imposta nel 1927 dalle leggi fasciste: ne abbiamo una riprova con la legge su Tajo, che dovremo ridiscutere e per la quale resterà nelle popolazioni — quando la avremo respinta — la sensazione che sia stato leso il loro diritto alla autonomia, anche se forse si tratta soltanto di spirito di campanile. Mi pare decisamente difficile che si possa pensare a tornare indietro nella unificazione dei comuni. Però va anche detto che le cose non stanno poi nei termini drammatici con i quali sono state espresse. Ci sono alcune situazioni di deficit cronico; ma direi che dei comuni deficitari di quell'elenco, 78 per la Provincia di Trento, 4 per la provincia di Bolzano, se dovessimo trarre quelli cronicamente e irrimediabilmente deficitari, il numero si ridurrebbe di moltissimo, a cifre assai modeste. In questo senso l'Assessorato farà quanto potrà, contando anche sulla collaborazione delle Province. E' in corso uno studio sul costo dei servizi, a carattere nazionale; il capo del nostro ufficio per gli enti locali fa parte della commissione regionale di rilevazione. Non sono in grado, ora, di fornire i dati che sono stati rilevati e che noi, logicamente, seguiamo con attenzione; mi riservo, tuttavia, di farlo in una prossima occasione. Si tratta di un problema che tutti sentono, di un problema che rientra nella programmazione economica e nei servizi di essa. Non mi pare il caso di tornare a fare della polemica con il cons. Wahlmüller: ci siamo detti quanto avevamo da dire. Fuori della polemica resta l'im-

pegno, che vorrei reciproco, della ricerca delle soluzioni, delle formule attraverso le quali sia possibile soddisfare le esigenze di tutti. Vorrei anche dirgli che non ho respinto le sue richieste; mi sono ribellato a una impostazione che mi pareva volesse ricondurre al livellamento della proporzione etnica un settore umanissimo come è quello dei bisogni. E se faccio anche un esame di coscienza, riandando al mio operato passato, non trovo motivo alcuno di rimprovero, nei confronti della Provincia o dei gruppi; anzi, direi che tutti i casi che sono prospettati hanno trovato la loro soluzione. Lei dice che ci sono altri bisogni da tenere presente, che si ignorano i poveri della campagna che sono in condizioni peggiori di quelli della città, dove esistono molti enti, e altrettante possibilità. E su questo tema il discorso si può fare, ma consentirà che anch'io le faccia le mie considerazioni: che, ad esempio, il povero della campagna quasi sempre non ha il carico dell'affitto, non deve comperare ogni giorno il latte e il pane; raramente questo avviene nelle campagne. Tuttavia il discorso si può aprire, come discorso sulla funzionalità degli uffici. Darò al Consiglio i dati sulla attività del centro sociale e desidererei che lei veramente li considerasse. Il servizio sociale sta sviluppandosi in tutto il mondo, altrove più che da noi, come una forma di moderno, concreto intervento, non per l'erogazione diretta dei sussidi, ma come strumento di educazione del bisognoso, sia per la ricerca dell'aiuto immediato, sia per il suo reinserimento, per la sua partecipazione alla vita sociale. Questa è opera che non può essere definita sbrigativamente se si tratti di organizzazione periferica o meno. Quando ho detto che non accettavo il discorso, non è che, con ciò, intendessi non accettare le critiche — sono troppo buon democratico per questo — ma bisogna, a un certo punto mettersi d'accordo, parlare uno stesso linguaggio,

altrimenti non ci si intende se proseguiamo su due diverse chiavi. Il cons. Ceccon è tornato sul tema delle erogazioni ai Comuni. Avevo già detto che il consorzio dei Comuni della provincia di Bolzano non ha alcun riconoscimento giuridico, ma avevo aggiunto che nulla vieta che possa sussistere una libera organizzazione che svolga funzioni di assistenza tecnica e anche di presa di posizione, di manifestazione di opinioni. Chiaro che non può avere alcun potere nel campo interpretativo delle leggi, ma in questo campo non ha agito. C'è stato, e lo ho già detto, un dibattito fra la Regione e la Giunta provinciale di Bolzano, — e anche col consorzio in quanto esponente della volontà dei Comuni — sulla interpretazione di alcune norme, da parte dei competenti uffici della Regione. Questo dibattito ha consigliato di non indire le assemblee pubbliche finché le divergenze non fossero state chiarite. Ho anche aggiunto che il chiarimento s'è avuto.

Circa i bilanci deficitari, quando sono essi tali, si chiede il cons. Ceccon? Quando non ci siano i mezzi sufficienti alla vita ordinaria dei Comuni. E io non contesto affatto questa sua interpretazione. Solo che, anche stamattina, gli ho letto l'articolo della nostra legge la quale non parla di bilanci straordinari, anzi afferma che la Regione può intervenire « in via eccezionale » escludendo con ciò stesso l'intervento ordinario e caratterizzandolo come intervento straordinario, per cui la Giunta provinciale, che amministra questi fondi, potrebbe anche un giorno — e sarebbe un gran bel giorno — restituirci intatti i fondi perchè necessità straordinarie non si sono verificate. La legge precisa anche che l'intervento avviene « ad integrazione del bilancio »: per ipotesi, quindi, potrebbe anche trattarsi di un bilancio non deficitario. Questo è l'articolo della legge, su questa legge deve essere fatto uso dei fondi, diversamente non si può operare. E' stato fatto

l'anno scorso l'accento alla possibilità di introdurre due diversi capitoli: uno dedicato all'integrazione dei disavanzi economici dei bilanci comunali, l'altro a carattere più generale. E' un tema che non è stato dimenticato; lo abbiamo studiato e lo approfondiremo, e potrà anche essere presentato in futuro un capitolo per i disavanzi economici e un secondo capitolo per gli scopi di cui all'art. 70. Mi scusi il cons. Ceccon se non gli ho dato risposta nel mio precedente intervento, alla richiesta che mi ha fatta degli elenchi: è stata pura dimenticanza. Naturalmente glieli fornirò, ma crede il consigliere di potere, attraverso questi elenchi, raggiungere qualcosa? Non scoprirà certamente l'America. Anche se riscontrasse che, per i 220 milioni preventivati, i comuni della Provincia di Bolzano non hanno assunto i mutui rispondenti, che cosa avrà provato? Niente di determinante. Avrà provato che il mutuo non è stato fatto: ma se non sarà stato fatto, non ci sarà la spesa corrispondente a quel mutuo, o perchè si è rivelata non necessaria, o perchè si è ritenuto di rinviarli o addirittura perchè si sono trovate altre fonti di entrata che hanno reso inutile il ricorso all'indebitamento.

PREVE CECCON (M.S.I.): E allora, niente contributo...

BERTORELLE (Assessore enti locali - D.C.): Ma lei sa che i contributi sono concessi sul bilancio preventivo. Qui tocca alle Giunte provinciali vigilare, le quali, del resto, già compiono un lavoro di taglio e di ridimensionamento delle richieste veramente notevole, ma agendo sulle previsioni che, tutte, possono essere smentite dalla realtà. Il cons. Nardin ha chiesto una indagine sullo stato di indebitamento dei comuni. Tale indagine è stata compiuta e ho portato l'altro giorno in Consiglio

i suoi risultati globali, distinti per le due Province di Trento e di Bolzano e distinte per voci. Sarà certo interessante un esame anche caso per caso. Penso che sia possibile uno studio nostro sullo stato generale e anche sulla possibile diversa utilizzazione dei patrimoni comunali. Non posso impegnare la Giunta, ma da parte mia l'intendimento di farlo c'è, e di portarlo a conoscenza del Consiglio non appena sarà possibile.

#### Art. 20

*Per la concessione di contributi a integrazione dei bilanci dei Comuni è autorizzata, per l'anno finanziario 1964, a sensi dell'art. 5 della legge regionale 31 dicembre 1955, n. 32, la spesa di lire 140 milioni, di cui lire a favore dei comuni della provincia di Trento e lire a favore dei comuni della provincia di Bolzano (capitolo n. 1649).*

C'è un emendamento, firmato Bertorelle, Ziller e Fronza, che propone di elevare da 140 a 190 milioni lo stanziamento di questo capitolo, togliendo i 50 milioni dal cap. 55. La ripartizione è proposta come segue: 100 milioni alla provincia di Trento, 80 milioni alla provincia di Bolzano.

La parola al cons. Benedikter.

BENEDIKTER (S.V.P.): Herr Präsident! Ich wollte noch kurz etwas zur Frage der Gemeindesekretäre sagen. Ich hatte mich deswegen vorher zu Worte gemeldet gehabt. Mit diesem Abänderungsantrag hat das an sich nichts zu tun. Trotzdem habe ich mich das zweite Mal zu Worte gemeldet, so wie andere. Der Regionalausschuß hatte am 20. April 1962 folgendes erklärt: « La Giunta presenterà anche un disegno di legge in attuazione dell'art. 56 dello Statuto speciale sull'ordinamento del personale dei Comuni, compresi i segreta-

ri comunali. Il disegno di legge tenderà a sostituire ai poteri centrali sugli impiegati comunali i poteri locali, ponendo nel contempo effettive garanzie non minori di quelle in atto che assicurino lo svolgimento delle funzioni del personale dei Comuni ». Damit wollte ich nur in Erinnerung bringen, daß es nicht stimmt, mit dieser Verpflichtung des Regionalausschusses sei die Frage der Entstaatlichung der Gemeindesekretäre nicht im Zusammenhang mit dem Art. 56 aufgeworfen worden. Eines möchte ich in diesem Zusammenhang den Assessor bitten. Ich habe Verständnis, daß eine Regionalregierung auch in die Lage kommen kann, freiwillig übernommene Verpflichtungen innerhalb einer bestimmten Zeit nicht einzuhalten. Nur die heute angeführte Begründung ist keine Begründung, nämlich zu sagen: « Wir wollten die Entstaatlichung im Sinne der Überführung der Verwaltung des Gemeindesekretärpersonals, sind aber darauf gekommen, daß der Regionalrat nun etwas anderes will ». Ich muß daher feststellen, daß das keine Begründung ist, denn erstens, ist der Regionalrat gewillt weiterzugehen, d.h. die Entstaatlichung im Sinne der Kommunalisierung zu betreiben, dann wäre das ein Grund mehr, das Gesetz einzubringen; zweitens weiß man ja noch gar nicht, was der Regionalrat eigentlich will, denn, wie bekannt, verfügt der Regionalausschuß auch im Regionalrat über eine gewisse Anzahl von Stimmen. Ich möchte daher bitten, daß, wenn die Nichtdurchführung einer freiwillig übernommenen Verpflichtung begründet wird, man doch den Regionalrat oder zumindest denjenigen, der die Frage stellt, nicht wie ein Kind behandelt.

*(Signor Presidente, volevo soltanto intervenire brevemente sulla questione dei segretari comunali e per questo avevo chiesto la parola. L'argomento non ha in sé niente a che fare con la proposta di emendamento ma nonostante ciò*

mi sono iscritto a parlare per la seconda volta, come già altri hanno fatto. Il 20 aprile 1962 la Giunta fece la seguente dichiarazione: « La Giunta presenterà anche un disegno di legge in attuazione dell'art. 56 dello Statuto speciale sull'ordinamento del personale dei Comuni, compresi i segretari comunali. Il disegno di legge tenderà a sostituire ai poteri centrali sugli impiegati comunali i poteri locali, ponendo nel contempo effettive garanzie non minori di quelle in atto che assicurino lo svolgimento delle funzioni del personale dei Comuni ». Con ciò volevo soltanto ricordare come non sia esatto dire che insieme con questo impegno della Giunta regionale non sia stata toccata la questione della destatalizzazione dei segretari comunali in concomitanza con l'art. 56. Una preghiera volevo però rivolgere in proposito all'assessore: capisco che un Governo regionale possa trovarsi nella situazione di non mantenere degli impegni presi spontaneamente. Soltanto, la motivazione addotta non può essere accettata per tale e cioè: « Noi volevamo la destatalizzazione sotto forma di un trasferimento amministrativo dei segretari comunali, abbiamo però notato che ora il Consiglio è di un altro avviso ».

Devo perciò constatare che questo non è un motivo valido perchè prima di tutto il Consiglio è seriamente intenzionato a proseguire, cioè a procedere alla destatalizzazione nel senso di un passaggio al comune dei segretari, e questa sarebbe già una ragione di più per presentare la legge: oltre a ciò ancora non si sa quali siano le intenzioni del Consiglio regionale perchè, come noto, la Giunta dispone in seno al Consiglio regionale di un certo numero di voti. Per motivare dunque la mancata attuazione di un impegno assunto spontaneamente vorrei pregare che non si tratti come un bambino il Consiglio regionale od almeno il presentatore della domanda).

PRESIDENTE: Metto ai voti l'emendamento.

Chi è d'accordo è pregato di alzare la mano: unanimità.

Ora votiamo l'art. 20.

Chi è d'accordo è pregato di alzare la mano: approvato a maggioranza con 5 astenuti.

#### Art. 21

A sensi dell'art. 9 della legge regionale 25 agosto 1962, n. 14 concernente norme di integrazione alle provvidenze statali per ciechi civili, è autorizzata per l'esercizio finanziario 1964 la spesa di lire 52 milioni di cui lire 32 milioni a favore della Provincia di Trento e lire 20 milioni a favore della Provincia di Bolzano (cap. n. 186).

La parola all'Assessore alle attività sociali per la lettura della relazione.

AVANCINI (Assessore previdenza sociale e sanità - P.S.D.I.):

#### RELAZIONE ACCOMPAGNATORIA AL BILANCIO 1964.

L'attività di un Assessorato cui compete la trattazione di un determinato settore delle competenze regionali non può essere vista isolatamente anno per anno, in occasione degli importanti adempimenti che rispondono al nome di approvazione del bilancio di previsione, in quanto necessariamente sia l'ispirazione che esprime le direttive per l'azione legislativa ed amministrativa, sia le singole iniziative che impegnano l'attività degli Uffici assessorili si rifanno ad un più generale quadro politico ed amministrativo delineato all'inizio della legislatura, nonchè alla serie di interventi attuati nel passato e che rappresentano un supporto diretto ed indiretto all'azione futura.

Egualemente dicasi per quanto riguarda le prospettive e gli orientamenti del lavoro avvenire, di cui è pur sempre necessario tenere conto nella valutazione del bilancio di un anno di lavoro.

Così nello stendere queste alcune pagine, che hanno il compito di illustrare ai Signori Consiglieri gli impegni e gli intendimenti operativi per l'anno 1964 dell'Assessorato che ho l'onore di presiedere, sarà mia cura riallacciarmi al lavoro ed alle iniziative impostate precedentemente e tener conto delle previsioni programmatiche, che la attuale Giunta ha formulato all'inizio del suo mandato.

#### ATTIVITA' DI STUDIO

I COMMISSIONE E COMITATO DEGLI ESPERTI PER LO STUDIO SULL'ASSISTENZA SANITARIA ED OSPEDALIERA, SULL'ASSISTENZA E BENEFICENZA PUBBLICA, SULLA MUTUALITA' ASSISTENZA ED ASSICURAZIONE MALATTIE, SULLA PREVIDENZA ED ASSICURAZIONI SOCIALI, NONCHE' PER EFFETTUARE INDAGINI TENDENTI A DETERMINARE GLI ISTITUTI, I SISTEMI ED I MEZZI TECNICAMENTE E SOCIALMENTE PIU' ADATTI PER UN PIANO ORGANICO DI RIFORME.

Con D.P.G.R. n. 1442/A del 26 luglio 1961, veniva costituita una Commissione regionale per lo studio dei problemi sull'assistenza sanitaria ed ospedaliera, sull'assistenza e beneficenza pubblica, sulla mutualità, assistenza ed assicurazione malattie, sulla previdenza ed assicurazioni sociali, nonché per determinare gli istituti, i sistemi ed i mezzi socialmente e tecnicamente più adatti per un piano organico di riforme; veniva altresì nominato un Comitato di esperti nelle materie concernenti l'assi-

stenza sanitaria ed ospedaliera, l'assistenza e beneficenza pubblica, la mutualità, l'assistenza e l'assicurazione malattie, la previdenza e le assicurazioni sociali, nonché nelle questioni di rilevanza costituzionale, di diritto amministrativo e quelle concernenti l'ordinamento degli enti locali.

Nella formazione della Commissione, in considerazione che la riforma deve essere studiata attraverso opportune consultazioni tra le varie categorie interessate alla riforma stessa, vennero inseriti i rappresentanti degli Istituti previdenziali, mutualistici, degli Ordini e delle Organizzazioni dei medici, delle ostetriche e dei farmacisti, delle Associazioni ospedaliere, delle Organizzazioni sindacali dei lavoratori e dei datori di lavoro, degli enti di patronato e degli uffici statali interessati alla riforma e operanti nella Regione, nonché i rappresentanti della Regione, della provincia e di altri enti locali.

La Commissione è stata insediata il 21 ottobre 1961 ed ha tenuto successivamente altre riunioni in data 21 dicembre 1961, 20 marzo 1962, 24 giugno 1962, con conclusione ufficiale avvenuta il 2 dicembre 1962.

Da parte dei componenti la Commissione sono state presentate un'ottantina di relazioni sui vari argomenti di studio tra i quali in particolare sull'assistenza sanitaria ed ospedaliera, sull'assistenza ostetrica e farmaceutica, sull'assistenza economica e sui mezzi finanziari relativi all'istituzione di un piano regionale di assistenza sanitaria.

Per quanto si riferisce al Comitato degli esperti, istituito con il decreto sopra citato, lo stesso ha tenuto complessivamente 19 riunioni. Sulla scorta delle indicazioni e dei suggerimenti contenuti nelle relazioni presentate dai componenti la Commissione regionale, il Comitato, che ha concluso i suoi lavori il 31 luglio 1963, ha presentato alla Giunta Regionale la seguente raccomandazione:

« Il Comitato degli esperti nominato con decreto del Presidente della Giunta regionale n. 1442/A di data 26 luglio 1961 per lo studio nelle materie concernenti l'assistenza sanitaria ed ospedaliera; l'assistenza e beneficenza pubblica; la mutualità, l'assistenza e l'assicurazione malattie; la previdenza e le assicurazioni sociali; nonchè nelle questioni di rilevanza costituzionale, di diritto amministrativo e quelle concernenti l'ordinamento degli Enti locali, ha concluso i suoi lavori predisponendo un documento che contiene indicazioni sui seguenti punti:

- 1) concezione unitaria dell'intervento sanitario che superi la tradizionale suddivisione tra medicina preventiva e medicina curativa, intesa ad affermare la necessità di un bilancio completo dello stato di salute dell'individuo onde meglio garantire il diritto alla tutela della salute;
- 2) riconoscimento che tre sono i momenti dell'intervento sanitario — prevenzione, cura, riabilitazione — e la conseguente necessità di sviluppare più intensamente il momento della medicina preventiva, per la quale non si può fare assegnamento altro che sull'intervento della pubblica autorità soprattutto per il valore di investimento sociale che ha questo intervento;
  - a) il numero globale dei posti letto in ospedali per acuti (4778) appare pressochè rispondente agli standard indicati dall'OMS (6 per mille) anche grazie agli ospedali in corso di ammodernamento e di costruzione, ma nei singoli settori si notano specifiche carenze e in particolare relativamente ai reparti pediatrici ed ostetrici;
  - b) una grave carenza quantitativa di posti letto è stata riscontrata negli istituti di assistenza psichiatrica, sia per il super affolla-

mento dell'unico istituto esistente a Pergine, che per le caratteristiche edilizie del medesimo che andrebbe ridotto e mai aumentato e, infine, per la mancanza di una rete di consultori di igiene mentale e di istituti di ricupero;

- c) in relazione ai servizi di vigilanza igienica, di medicina scolastica, di medicina preventiva in senso generale;
- d) riguardo alla disponibilità attuale di medici e di personale sanitario ausiliario sia nella distribuzione territoriale che nelle qualifiche specialistiche.

Considerata la situazione attuale delle attrezzature, in previsione del loro miglioramento a breve e lunga scadenza, e comunque entro le prossime quattro Legislature, che vedranno presumibilmente aumentare la popolazione fino a 950.000 abitanti, gli esperti hanno elaborato una serie di principi per un piano sanitario della Regione inteso come un programma di promozione di una rete di presidi sanitari che consenta di garantire a ciascun individuo di godere del suo innato diritto alla salute.

Tale rete dovrebbe articolarsi in senso piramidale partendo dalla istituzione di quaranta unità sanitarie locali, intese a garantire ad un territorio con al massimo 50.000 abitanti, i servizi di igiene e profilassi, di medicina scolastica e di medicina sociale e ad assicurare l'assistenza medica, chirurgica ed ostetrica a tutta la popolazione. Le Unità Sanitarie Locali integrano la rete delle condotte mediche ed ostetriche, raggruppando con formula consorziale più comuni e la provincia di appartenenza.

Si propone una organizzazione ospedaliera generale costituita da 12 ospedali di terza categoria (quelli esistenti più Laives), cinque di seconda categoria (quelli esistenti più Pergine nuovo e Cles, elevato a questa categoria), per

un numero di letti complessivo di 5.700 posti. Ed una nuova rete di presidi psichiatrici costituita da sette unità psichiatriche attive (affiancate ciascuna ad un ospedale di prima e di seconda categoria), due unità pedopsichiatriche affiancate agli ospedali di prima categoria, due unità psicogeriatriche che pure queste affiancate agli ospedali di prima categoria ed una unità neurologica e neurochirurgica a livello regionale.

Il piano propone anche una struttura amministrativa dell'organizzazione regionale sanitaria basata sull'Assessorato regionale alla sanità, affiancato da un Consiglio regionale di sanità; sui due Assessorati provinciali con i rispettivi Consigli provinciali di sanità, sui Consorzi di comuni e provincia per la gestione delle 40 Unità Sanitarie Locali.

Visto il documento così riassunto, si raccomanda:

- 1) di istituire nell'ambito del già previsto Centro regionale per la programmazione un ufficio permanente di studio dedicato alla programmazione sanitaria che è l'unica per la quale la nostra Regione disponga di specifici poteri costituzionali;
- 2) di seguire ed orientare la futura attività sanitaria della Regione nel senso indicato dalla proposta di piano e suoi allegati, riconoscendo l'utilità dei lavori svolti come premessa di un piano di attività e garanzia atta ad evitare iniziative contrastanti con una visione organica della nostra politica sanitaria;
- 3) di proseguire l'elaborazione del piano, non solo per l'acquisizione dei dati mancanti per la più esatta previsione del fabbisogno, ma soprattutto per l'elaborazione dei testi legislativi necessari a consentire un piano particolareggiato di attività e la valutazione

dei problemi economici e finanziari connessi al medesimo.

Inoltre il Comitato ha approvato a maggioranza uno studio riguardante un « Piano territoriale per l'attrezzatura sanitaria nella Regione Trentino - Alto Adige » redatto dal suo componente dott. Severino Delogiu, in collaborazione con l'arch. Angeletti, studio che è stato presentato al III. Convegno degli Assessori regionali alla Sanità a Merano.

Per quanto riflette i risultati pratici, ovviamente parziali, cui gli organismi in questione sono pervenuti in seguito alla discussione svolta in sede di Commissione e di Comitato, si può affermare che è stato possibile sulla scorta delle rispettive indicazioni proporre in Consiglio Regionale l'approvazione dei seguenti provvedimenti di legge regionali:

- L. R. 25 agosto 1962, n. 14, concernente norme di integrazione alle previdenze statali per i ciechi civili;
- L. R. 7 dicembre 1962, n. 23, concernente norme per l'assicurazione contro le malattie e per la tutela fisica ed economica delle lavoratrici madri a favore dei lavoratori dell'agricoltura e per la concessione di un contributo alle C.M.P.M. di Trento e Bolzano;
- L. R. 7 dicembre 1962, n. 22 concernente norme per l'assicurazione obbligatoria contro le malattie e per la tutela fisica ed economica delle lavoratrici madri a favore dei lavoratori addetti ai servizi personali e domestici, degli apprendisti, degli addetti ai cantieri scuola e di rimboschimento, nonché dei lavoratori a domicilio e per la concessione di un contributo alle C.M.P.M. di Trento e di Bolzano;
- disegno di legge relativo alla estensione dell'assegno mensile previsto dalla Legge

regionale 19 luglio 1962, n. 12 alle categorie dei lavoratori autonomi dei coltivatori diretti e degli artigiani, disegno di Legge approvato dal Consiglio regionale il 7 gennaio 1963.

Altri provvedimenti, di carattere sanitario e previdenziale, potranno essere in seguito suggeriti alla Giunta regionale, e ciò sempre in base alle risultanze scaturite dalle discussioni avvenute in seno alla Commissione e al Comitato.

## II CONVEGNO DEGLI ASSESSORI ALLA SANITA' DELLE REGIONI A STATUTO SPECIALE AD ALGHERO E CAGLIARI.

Nel marzo 1963 una nutrita rappresentanza di amministratori, esperti e studiosi della regione ha partecipato al Convegno di Alghero e Cagliari, portandovi il contributo delle particolari esperienze maturate in regione sul delicato tema dei rapporti tra le Casse Mutue e gli Ospedali.

In quella sede ebbi anzi l'onore di svolgere la relazione « La Regione Trentino - Alto Adige e l'assistenza ospedaliera », relazione che ha vivamente interessato i partecipanti al Convegno.

Nella stessa vennero illustrate, sia pure in termini succinti, le questioni riguardanti le competenze della nostra Regione in materia di assistenza sanitaria ed ospedaliera, i problemi concernenti i sanitari ospedalieri e le reti ospedaliere; infine vennero espresse alcune considerazioni in ordine al dibattuto tema della riforma delle vigenti norme per l'ordinamento dei servizi sanitari e del personale sanitario degli Ospedali.

Al termine del Convegno, i quattro Assessori regionali approvarono una dichiarazione conclusiva, che ritengo opportuno riportare integralmente qui di seguito, dato l'interesse

dell'argomento: « Gli Assessori alla Sanità delle Regioni a Statuto Speciale, a chiusura del II Convegno di Studio su « Le Regioni nella programmazione ospedaliera », esprimono il loro più vivo compiacimento per il proficuo dibattito che ha condotto ad orientamenti di concreti indirizzi applicativi della programmazione ospedaliera regionale.

L'incontro segna una prima importante conferma delle indicazioni espresse nel Convegno di St. Vincent e degli impegni assunti in quella sede in ordine alle necessità di approfondire il dialogo ed incrementare l'interscambio di esperienze tra le quattro Regioni nell'intento di giungere ad una più precisa definizione degli obiettivi della loro politica unitaria, sia nelle lunghe prospettive che nelle più immediate realizzazioni. E ciò non solo nell'intento di adempiere ai loro compiti istituzionali, ma anche con il proposito di offrire un contributo attivo all'impostazione risolutiva del problema nell'ambito nazionale.

Pertanto gli Assessori alla Sanità sottolineano come i criteri di impostazione del Convegno rispondano alla precisa scelta di portare l'attenzione su quegli aspetti della politica sanitaria che nella situazione attuale del Paese è possibile affrontare immediatamente con reali prospettive di razionali soluzioni, e cioè:

- l'unificazione della direzione della politica sanitaria nazionale, accentrando nel Ministero della Sanità tutte quelle funzioni attualmente frazionate e disperse in altri organi della pubblica amministrazione ed in enti parastatali;
- il superamento del vigente sistema mutualistico e previdenziale che consenta di rendere effettiva l'unificazione della direzione della politica sanitaria e pertanto venga compiutamente garantito per tutti i citta-

- dini in quanto tali il diritto alla salute sancito nella Costituzione;
- il riconoscimento conseguente che l'assistenza sanitaria costituisce il primo e più immediato obiettivo attraverso la realizzazione del quale si renderà più facilmente attuabile un sistema di sicurezza sociale che costituisce la prospettiva fondamentale;
  - la scelta conseguente di un sistema di finanziamento inserito nel bilancio dello Stato adeguato alla caratteristica di pubblico servizio che l'assistenza sanitaria è chiamata a svolgere nell'interesse del singolo cittadino e della collettività ed assicurando alle Regioni i mezzi finanziari occorrenti.

L'applicazione di queste scelte costituisce premessa indispensabile per la realizzazione di validi piani di sviluppo economico il cui fine ultimo in definitiva non può non essere che il miglioramento delle condizioni di vita socio-economico-culturale, presupponendo al tempo stesso la più vasta ed ampia partecipazione di tutti i cittadini al progresso civile del Paese.

Gli Assessori alla Sanità delle Regioni Autonome riaffermano pertanto che solo l'Ente Regione, per la sua natura e per la sua funzione, si caratterizza come lo strumento unico e capace di operare, con la necessaria ed indispensabile differenziazione e nell'unitarietà di una impostazione nazionale, le opportune e necessarie scelte per la rapida ed efficiente realizzazione di una politica sanitaria.

In ordine al problema che ha costituito l'oggetto di studio del Convegno, nel compiacersi del contributo offerto dalla relazione e dalla discussione, gli Assessori sottolineano che un'assistenza ospedaliera capace di assicurare alle popolazioni i più moderni ritrovati della scienza medica deve basarsi sui seguenti criteri fondamentali:

1. il superamento dei vecchi statuti ed ordinamenti che con la loro natura impediscono qualunque possibilità di politica ospedaliera programmata;
2. il riconoscimento dell'autonomia degli ospedali sul piano funzionale e tecnico e di conseguenza la loro definizione di aziende di pubblico servizio;
3. la statuzione dell'inefficacia delle rette come strumento di finanziamento per la gestione e la sua sostituzione con un sistema organico di intervento conseguente alla già affermata caratteristica di pubblico servizio;
4. la predisposizione di idonee forme di programmazione ospedaliera che riconoscano nella Regione l'organo primario di elaborazione e di indirizzo. La programmazione ospedaliera deve pertanto essere realizzata attraverso un attento studio delle esigenze demografiche, nosologiche e di sviluppo generale; deve essere fondata su criteri di larga elasticità atti a garantire il rispetto ed il rafforzamento delle autonomie degli enti locali; deve trovare inserimento nella pianificazione urbanistica e territoriale; deve predisporre l'articolazione di idonei strumenti di esecuzione nel numero e nel tipo dei livelli necessari.

Gli Assessori pertanto riaffermano con tutta la piena consapevolezza della loro responsabilità che la democraticità della programmazione, in ordine ai criteri enunciati nella presente dichiarazione, deve essere garantita dalla istituzione del Consiglio Regionale di Sanità quale organo tecnico-consultivo e di iniziativa degli Assessorati.

Nel riaffermare in fine l'opportunità di sviluppare e completare il dialogo già proficuamente apertosi con l'incontro di St. Vincent e con l'attuale, decidono che il terzo Convegno di

Studio avrà luogo nella Regione Trentino - Alto Adige sul tema: « Assistenza sanitaria: forme e metodi in un piano sanitario regionale ».

### III CONVEGNO DEGLI ASSESSORI ALLA SANITA' DELLE REGIONI A STATUTO SPECIALE - MERANO NEI GIORNI 14, 15 e 16 OTTOBRE 1963.

Ad organizzazione dell'Assessorato si svolse a Merano il 3° Convegno di studio degli Assessori alla Sanità delle Regioni a Statuto speciale.

Il tema proposto fu: « Assistenza sanitaria: forme e metodi per una programmazione regionale ».

Il Convegno ebbe un notevole successo sia per i temi trattati sia per la qualificata partecipazione di amministratori, di studiosi e di esperti del settore ospedaliero, sanitario e mutualistico.

Tennero le relazioni di base, oltre a quella introduttiva, svolta dallo scrivente, sul tema del convegno, il prof. Onorato Sepe, che parlò sulla pianificazione regionale delle attrezzature sanitarie ed il prof. Delogiu con il dott. Angeletti, che illustrarono le proposte per un piano territoriale delle attrezzature sanitarie nella Regione Trentino - Alto Adige, frutto di una accurata indagine e di studi particolari, da essi condotti sul tema.

Animati dibattiti svilupparono ed approfondirono gli argomenti presentati dai relatori dando consistente apporto di dottrina ed esperienza ai lavori del Convegno.

Al termine i quattro Assessori stesero e presentarono ai partecipanti la dichiarazione conclusiva che viene qui di seguito riportata:

*« Dichiarazione conclusiva degli Onorevoli Assessori alla Sanità delle regioni Autonome a Statuto speciale ».*

Gli Assessori alla sanità delle Regioni autonome a statuto speciale, a conclusione dei lavori del III° Convegno di Studi sul tema: « Assistenza sanitaria: forme e metodi per una programmazione regionale », esprimono innanzitutto il loro vivo compiacimento per il successo della manifestazione che convalida l'iniziativa a suo tempo intrapresa con i precedenti Convegni di St. Vincent e di Alghero - Cagliari per un continuativo e proficuo scambio di esperienze tra le quattro Regioni.

Sottolineano, a questo proposito, il valore esemplare che questo tipo d'incontro rappresenta per le Regioni a Statuto ordinario della cui istituzione, anche in occasione del Convegno di Merano, si è riconosciuta l'importanza ai fini di dare compiuta realizzazione all'ordinamento regionale dello Stato, così come esplicitamente indicato dalla Corte Costituzionale.

Riguardo invece all'argomento oggetto di trattazione del III° Convegno gli Assessori regionali indicano, anche per lo specifico settore sanitario, la necessità di sostituire agli interventi parziali e frammentari una programmazione a base regionale dell'organizzazione di tutti i servizi, mediante una precisa determinazione dei fini da raggiungere ed un razionale impiego dei mezzi per farvi fronte.

Precisano pertanto che presupposto primo per il raggiungimento degli obiettivi programmati è la piena consapevolezza del fatto che la sanità pubblica ha per fine essenziale il conseguimento dell'optimum di salute, che la Costituzione indica come diritto essenziale dei cittadini, il quale costituisce uno degli obiettivi di ogni programmazione economica che non può non tendere al miglioramento delle condizioni di vita dell'intera collettività.

Debbono altresì assumersi a fondamento di una politica programmata di sanità pubblica i seguenti principi essenziali:

- 1) la medicina deve essere una e totale, cioè all'occasione preventiva e sociale, curativa e riabilitativa;
- 2) l'organizzazione sanitaria, benchè rivolta alla collettività, mira al benessere dell'individuo e pertanto l'intervento medico deve conservare sempre le sue caratteristiche di azione individuale;
- 3) l'organizzazione della sanità pubblica deve conservare un carattere umano in quanto usa di tecniche scientificamente molto avanzate in una condizione di estrema tensione psicologica che non può essere assolutamente sottovalutata; ne consegue che non potrà ottenersi alcun risultato positivo se non rafforzando il clima di fiducia tra popolazioni ed organizzazioni sanitarie.

L'efficacia di una programmazione sanitaria manifesta la sua massima espressione in una visione nazionale e generale di politica sanitaria che trovi però concreta ed operativa definizione ed attuazione nell'ambito di programma territoriali che, nell'ordinamento della Repubblica Italiana, non possono non coincidere con l'ambito regionale.

A questo fine gli Assessori, pur nella diversità delle formulazioni normative delle loro Regioni, affermano la necessità di concordare comuni linee di azione tendenti al superamento di ogni artificiosa contrapposizione tra Stato e Regioni laddove, pur nella diversità delle potestà e dei livelli di competenza, debbono ritenersi egualmente impegnati al soddisfacimento del richiamato precetto costituzionale del diritto alla salute.

A tale scopo si propongono di predisporre, facendone oggetto di studio, nel prossimo Convegno da indirsi in Sicilia nella primavera del 1964, concrete proposte da sottoporre agli

Organi competenti sulla base degli studi e delle esperienze maturate nel corso dei Convegni svolti.

## P R O B L E M I

- 1) VERTENZA TRA LE CASSE MUTUE PROVINCIALI DI MALATTIA DI TRENTO E DI BOLZANO ED I MEDICI MUTUALISTICI.

Nel corso dell'anno il problema del trattamento economico normativo dei medici mutualistici da parte delle due Casse Mutue Provinciali di Malattia di Trento e di Bolzano è venuto più volte alla ribalta anche nella nostra regione in concomitanza con l'azione svolta su scala nazionale della categoria sanitaria interessata.

I Consiglieri Regionali certamente ricordano che la controversia ebbe a sfociare nell'aprile del 1963 in una prolungata azione di sciopero proclamato dalla Federazione Nazionale degli Ordini dei Medici nei confronti dell'I.N.A.M.: anche gli Ordini di Trento e di Bolzano aderirono allo sciopero.

In quella occasione l'Assessorato intervenne tempestivamente; si ebbero numerosi contatti diretti tra i dirigenti responsabili delle categorie mediche della Regione da una parte e gli amministratori delle Casse dall'altra sotto la presidenza dell'Assessore competente, che intese svolgere in tale modo opera di mediazione sia per scongiurare lo sciopero e le conseguenze di disagio dallo stesso determinate, sia per far sì che le trattative tra le parti venissero avviate verso la definizione della vertenza.

L'intervento della Regione portò le parti in causa alla stipulazione di un accordo definitivo di reciproca soddisfazione in provincia di Trento.

Invece in provincia di Bolzano le trattative avviate non sortirono analogo effetto, anzi, in conseguenza di un progressivo irrigidimento delle parti su una questione di carattere pregiudiziale, arrivarono ad un punto morto sicchè si rese necessario il reiterato ulteriore intervento dell'Assessorato.

Soltanto sul finire del 1963 la nostra paziente opera di mediazione valse a scongiurare uno sciopero ormai proclamato portando le parti alla ripresa delle trattative su basi di massima concordate in varie riunioni presiedute dall'Assessore competente.

Nei riguardi di questa questione l'attenzione dell'Assessorato rimane vigile, trattandosi di problemi particolarmente complessi e di vitale importanza per l'attività delle nostre Casse, per un sereno lavoro della classe medica mutualistica e per l'interesse delle categorie assicurate.

## 2) RETTE OSPEDALIERE

Il problema delle rette ospedaliere è stato vivamente seguito dall'Assessorato nel corso del 1963.

Quest'anno infatti ha registrato un ulteriore progressivo incremento delle spese che gli ospedali devono sostenere per fornire il vitto e l'assistenza sanitaria ai propri degenti.

Ciò ha determinato l'esigenza di un reiterato aggiornamento delle rette: la Regione non poteva non interessarsi del problema, stante la rilevante importanza che riveste sia nel settore dell'assistenza ospedaliera, sia in quello delle assicurazioni di malattia in generale e delle Casse Mutue Provinciali di Malattia di Trento e di Bolzano in particolare.

L'aumento delle rette ospedaliere ha portato infatti un duro contraccolpo ai bilanci delle Casse Mutue Provinciali di Malattia di Trento e di Bolzano e questo contraccolpo è stato ac-

centuato anche dal concomitante fenomeno del maggior ricorso alle cure ospedaliere (sia in fatto di frequenze che in fatto di durata delle degenze) da parte della popolazione assicurata.

Si pensi che il numero annuo dei casi di ricovero ospedaliero degli assicurati delle due Casse è passato dai 18.697 del 1954 ai 37.091 nel 1961; il corrispettivo numero annuo delle giornate di degenza ospedaliera è stato, sempre per le predette Casse, di 515.233; il che ha comportato in quell'anno una spesa di Lire 1.473.114.931 a carico dei rispettivi bilanci.

La percentuale delle presenze annue negli Ospedali della regione a carico degli Enti mutualistici operanti nelle due provincie è salito dal 50% del 1954 all'80% del 1961, mentre il numero di quelle a carico dei Comuni, Stato e Consorzi è sceso dal 35% del 1954 al 12% del 1961, e quelle dei paganti in proprio è sceso dal 15% del 1954 all'8% del 1961.

E' sugli Enti mutualistici che ricade sempre più l'onere dell'assistenza ospedaliera. D'altro canto le entrate assicurative a favore dei bilanci delle Mutue non sono aumentati parallelamente.

In particolare, per quanto riguarda le Casse Mutue Provinciali di Malattia, in forza dell'articolo 17 della Legge Regionale 20 agosto 1954, n. 25 le aliquote contributive sono allineate a quelle vigenti in campo nazionale; queste ultime hanno registrato aumenti solo come corrispettivo di maggiori prestazioni disposte per legge (ad esempio l'estensione dell'assistenza sanitaria ai pensionati di invalidità e vecchiaia).

E' ben comprensibile quindi come tutto ciò abbia portato notevoli preoccupazioni sia nei Consigli di amministrazione delle Casse sia in quelli degli Ospedali: le Casse furono costrette a ritardare sensibilmente il pagamento

delle spese ospedaliere dei propri assicurati e a svolgere un'azione tendente a frenare gli aumenti delle rette di degenza negli Ospedali.

D'altro canto gli Ospedali, (che sono quasi tutti impegnati in un lodevole sforzo di rinnovamento e di potenziamento dei rispettivi servizi), premevano per ottenere più sollecitamente il versamento da parte della Cassa di quanto loro spettava ed il riconoscimento dei vari aumenti apportati alle rette di degenza.

In una siffatta situazione l'Assessorato ha compiuto una delicata azione di mediazione e di intervento: di intervento, studiando la proposta di legge regionale « Concessione di un contributo della Regione a favore delle C.M.P.M. di Trento e Bolzano in conto interessi passivi su anticipazioni bancarie da effettuarsi dalle Casse stesse per il pagamento delle spese di degenza dei propri assicurati divenuta la l.r. 19 luglio 1962, n. 11, e la proposta di legge regionale « Modificazioni alla L. R. 19 luglio 1962, n. 11, che dopo l'approvazione della Giunta Regionale, è stata sottoposta all'esame del Consiglio; di mediazione cercando in numerose riunioni di conciliare le esigenze, d'altronde legittime sia degli Ospedali che delle Casse.

Nel quadro di quest'ultima azione è da segnalare il lavoro prezioso svolto dalle due Commissioni nominate con D.P.G.R. 16 febbraio 1960, con l'incarico di esprimere dei pareri sulle deliberazioni adottate dalle Amministrazioni ospedaliere in materia di determinazione, aggiornamento e coordinamento delle rette di degenza per gli assicurati mutualistici.

Queste due Commissioni, che sono presiedute dai Medici provinciali di Trento e di Bolzano, attualmente sono di nuovo impegnate nell'esame dei provvedimenti deliberativi in materia di aumento delle rette di degenza assunti recentemente da varie Amministrazioni ospedaliere.

### 3) MEDICI OSPEDALIERI

Nel quadro dei problemi ospedaliere particolarmente acuti venuti alla ribalta od accentuatisi nel corso del 1963, hanno avuto una loro specifica evidenza quelli riguardanti i sanitari ospedaliere e più propriamente i medici primari ed i medici secondari (aiuti e assistenti).

Questi problemi sono stati, ed in parte sono tuttora presenti anche nella nostra regione: l'Assessorato ha ritenuto di doversene interessare nella convinzione che la loro soluzione avrebbe portato quel clima di serenità necessario perchè la delicata e complessa opera dei sanitari ospedaliere potesse svolgersi nelle migliori condizioni.

Uno di questi problemi riguarda la posizione di numerosi sanitari ospedaliere incaricati che aspirano ad una definizione dei loro rapporti nei confronti delle rispettive amministrazioni, dopo vari anni di lodevole prestazione della loro attività.

A tal fine l'Assessorato ha continuato gli studi di un progetto di legge regionale, studi che la complessità della materia e le diversità delle situazioni hanno reso impegnativi e difficili.

Allo stato attuale questo progetto, che prevede la sistemazione in ruolo di primari, farmacisti ed ostetriche ospedaliere incaricati in possesso di determinati requisiti, nonchè la proroga dei limiti del periodo di servizio dei medici secondari ospedaliere, dopo l'approvazione della Giunta regionale, è all'esame della competente Commissione consiliare.

Un altro problema è quello concernente la ripartizione tra i sanitari ospedaliere dei compensi fissi previsti dalle vigenti disposizioni per i ricoveri in regime assicurativo.

Nell'intento di portare alla soluzione questo problema, il Decreto ministeriale 24 gennaio 1963, ha sancito i criteri di massima per

la determinazione e le modalità della ripartizione anzidetta ed in questi giorni, caduti i tentativi di un'intesa fra i primari ed i secondari in merito alla ripartizione stessa, è allo studio in sede romana un provvedimento ministeriale destinato a dirimere d'autorità la questione.

A parte ciò l'Assessorato si è interessato anche dei problemi riguardanti il trattamento economico e normativo dei primari e dei secondari ospedalieri, rappresentati dalle rispettive Organizzazioni sindacali A.N.P.O. - C.I.M.O. - A.N.A.O., nonché delle rivendicazioni sindacali dei dipendenti amministrativi, tecnici e salariati dei nosocomi.

Ciò ben inteso senza interferire nella sfera di competenza delle Amministrazioni ospedaliere: sono infatti i Consigli di amministrazione degli Ospedali (o le loro organizzazioni rappresentative) che devono trattare con i propri dipendenti i termini economici e normativi sulla base dei quali stabilire i regolamenti organici.

Piace qui segnalare due risultati concreti e positivi raggiunti in questo campo nel corso del 1963: il nuovo contratto di lavoro per i dipendenti amministrativi, tecnici e salariati degli ospedali e delle infermerie, che assicura loro nuove condizioni di lavoro ed un miglior trattamento economico, nonché l'accordo stipulato nel luglio scorso tra l'Associazione Trentina degli Ospedali e la Sezione provinciale dell'Associazione Nazionale Aiuti ed Assistenti ospedalieri, accordo che assicurando un più dignitoso trattamento economico ai medici secondari ospedalieri, rappresenta un innovamento di rilevante importanza nelle condizioni di lavoro di questa categoria. E' sperabile anzi che l'esempio di questo accordo possa venire seguito anche dagli Ospedali della provincia di Bolzano.

## PREVIDENZA E ASSICURAZIONI SOCIALI

### a) *Assicurazione Malattia - Casse Mutue Prov. Malattia*

La entrata in vigore delle leggi regionali n. 22 e 23 del 7 dicembre 1962, con le quali le prestazioni mutualistiche di malattia del settore dell'industria sono state estese ai lavoratori dell'agricoltura, dei servizi domestici, agli apprendisti, agli addetti ai cantieri di lavoro ed infine ai lavoratori a domicilio, ha assorbito l'attività di questo settore nei primi mesi dell'anno 1963.

Sul contenuto, sull'importanza e sulla portata dei due provvedimenti di legge sopra menzionati si è già avuta occasione di dire nella precedente relazione al bilancio; in questa sede vi è soltanto da aggiungere che per la pratica esecuzione di queste due leggi regionali è stato necessario anzitutto provvedere agli adempimenti delle medesime espressamente previsti, quali, ad esempio, la determinazione delle retribuzioni medie convenzionali da valere, nell'ambito di ciascuna delle categorie contemplate dai provvedimenti in parola, agli effetti del calcolo delle prestazioni economiche (D.P.G.R. n. 38 e n. 39 del 26 aprile 1963), in secondo luogo si sono dovuti risolvere numerosi e complessi problemi (specialmente nel settore dell'agricoltura) di carattere organizzativo e burocratico, e di coordinamento, che la radicale riforma del regime assistenziale nei settori predetti comportava per le due Casse.

Tutti i problemi hanno trovato, grazie anche alla pronta ed efficiente collaborazione delle due Casse, completa soluzione, rendendo pienamente operanti le leggi regionali n. 22 e n. 23.

Soltanto per quanto riguarda la denuncia e l'accertamento dei lavoratori agricoli ma limi-

tatamente alla provincia di Bolzano, il nuovo sistema previsto dalla legge regionale n. 23 ha palesato qualche inconveniente che, nonostante ogni possibile sforzo, non si è riusciti ad eliminare.

L'Assessorato, pertanto, già da tempo si è interessato alla questione di comune intesa con la Cassa di Bolzano e con l'Unione degli Agricoltori della provincia, allo scopo di determinare più idonee modalità in ordine alla denuncia ed all'accertamento dei lavoratori agricoli e si può affermare che la soluzione definitiva a questo problema sia ormai cosa imminente.

Tra gli argomenti che nel corso dell'anno hanno richiesto particolare interessamento, eccedente cioè la normale attività di vigilanza esercitata dall'Assessorato sulle C.M.P.M. e nell'ambito della assicurazione di malattia dalle medesime gestita, si ricordano diversi problemi riguardanti l'allineamento delle prestazioni sanitarie ed economiche erogate dalle Casse a quelle erogate dall'INAM. Ciò in conseguenza di una serie di provvedimenti che migliorano il regime assistenziale adottati da quell'Istituto, che hanno reso necessario promuovere analoghe iniziative in sede regionale, in ossequio alla norma contenuta nell'art. 6 dello Statuto speciale per il Trentino - Alto Adige e nell'Articolo 25 della L. R. 20 agosto 1954, n. 25, secondo la quale le prestazioni erogate dalle Casse di Trento e Bolzano non possono essere inferiori a quelle erogate dall'INAM nelle altre provincie.

Si ricorda ancora che nel corso dell'anno 1963, e precisamente nel mese di luglio, è scaduto il mandato quadriennale degli Organi delle Casse di Trento e Bolzano.

Dopo una vacanza di quasi cinque mesi gli Organi medesimi sono stati riconfermati in carica con pieni poteri in attesa che venga emanato l'apposito provvedimento di legge regionale

per la elezione dei membri degli Organi stessi previsto dall'art. 40 della L. R. 20 agosto 1954, n. 25, di cui si dirà in altra parte della presente relazione.

Come è noto l'attività dell'Assessorato in questo settore viene affiancata da quella svolta dal Comitato di collegamento fra le C.M.P.M. di Trento e Bolzano. Nell'anno trascorso l'attività del predetto Comitato non è stata molto intensa, ma ciò è da ascrivere in parte alla forzata inattività dei Consigli di amministrazione delle Casse per un lungo periodo dell'anno, che ha bloccato quella del Comitato di collegamento, composto in maggioranza, come è noto, di membri dei due Consigli di amministrazione, in parte invece al fatto che le esigenze di perfezionamento e parificazione del trattamento erogato dalle due Casse, nonché di applicazione di uguali sistemi di amministrazione di uguali procedure e di pari trattamento economico al personale, non sono più così sentite come nei primi anni di vita delle due Casse grazie ad una ormai raggiunta stabilità organizzativa e funzionale.

Particolare attenzione è stata rivolta, nell'arco dell'intero anno, ai bilanci delle due Casse ed in generale alla situazione economica e finanziaria delle medesime: il progressivo appesantirsi dei costi dell'assistenza, fenomeno questo che è peraltro connesso con la situazione generale dell'economia nazionale, ha fatto sì che l'andamento delle gestioni delle due Casse fosse attentamente seguito dall'Assessorato in modo da poter tempestivamente proporre opportuni provvedimenti ove ciò dovesse rendersi necessario.

In questa sede è possibile fornire alcune notizie per quanto riguarda i risultati definitivi della gestione 1962 (i cui bilanci consuntivi sono già stati approvati dalla Giunta Regionale), mentre per quanto riguarda l'anno 1963 i relativi consuntivi sono attualmente in fase di ela-

borazione e saranno presentati alla Giunta regionale per l'approvazione entro il mese di giugno del corrente anno.

I risultati della gestione 1962 sono stati i seguenti:

Cassa di Bolzano

*Situazione patrimoniale*

Attività	1.012.563.133
Passività	866.708.376
Patrimonio	145.854.757
Patrimonio alla chiusura dell'esercizio 1962	145.854.757
Patrimonio alla chiusura dell'esercizio 1961	297.795.932
Peggioramento patrimoniale	151.941.175

*Rendiconto generale dell'esercizio finanziario*

Entrate (effettive, per movim. di capitali, per partite di giro)	4.912.710.083
Uscite (effettive, per movim. di capitali, per partite di giro)	5.038.924.079
	126.213.996
Aumento e diminuzione residui anni precedenti	50.178.532
Disavanzo finanz. di comp.	176.392.528

*Rendiconto economico complessivo*

Rendite	3.521.402.278
Spese	3.673.343.453
Disavanzo di gestione	151.941.175

Cassa di Trento

*Conto patrimoniale*

Attività	1.215.699.612
Passività	1.069.887.468

Avanzo patrim. al 31.12.1962 145.812.144

*Rendiconto economico*

*Entrate:*

Gestione residui	850.586.259
Conto di competenza	6.958.212.143
Totale entrate	7.808.798.402

*Uscite:*

Gestione residui	687.216.981
Conto di competenza	6.996.126.789
Totale	7.683.343.770

Scopertura di cassa al 1.1.1962 310.378.477

Totale uscite	7.993.722.247
Totale generale uscite	7.993.722.247
Totale generale entrate	7.808.798.402

Disavanzo 184.923.845

Il raffronto tra le entrate e le uscite effettive accertate nell'esercizio 1962 rispetto a quelle del precedente esercizio 1961 denuncia i seguenti risultati:

## Cassa di Bolzano

	1961	1962	Differenza
Entrate effettive	2.810.864.748	3.468.350.578	+ 657.485.830
Uscite effettive	2.850.807.174	3.591.947.861	+ 741.140.687
Differenze	39.942.426	123.597.283	+ 83.654.857

## Cassa di Trento

	1961	1962	Differenza
Entrate effettive	2.322.631.452	2.889.766.893	+ 567.135.441
Uscite effettive	2.300.402.035	2.768.582.959	+ 468.180.924
Differenze	22.229.417	121.183.934	+ 98.954.517

Per quanto riguarda particolarmente i contributi di assicurazione malattia il raffronto tra gli esercizi 1962 e 1961 consente di stabilire quanto segue:

	1961	1962	Differenza
Cassa di Bolzano	2.007.286.152	2.440.491.125	+ 433.204.973
Cassa di Trento	1.726.488.851	2.020.629.916	+ 294.141.065

Si può osservare che rispetto al 1961 l'incremento dei contributi di assicurazione è stato pari al 21 per cento per la Cassa di Bolzano rispettivamente al 17 per cento per quella di Trento.

Per le spese di assistenza sanitaria ed economica si ha:

## Cassa di Bolzano

	1961	1962	Differenza
Assistenza sanitaria	1.578.385.219	2.033.654.195	+ 455.268.976
Assistenza economica	503.478.492	647.893.108	+ 144.414.616
In totale	2.081.863.711	2.681.547.303	+ 599.683.592

## Cassa di Trento

	1961	1962	Differenza
Assistenza sanitaria	1.370.078.363	1.779.363.399	+ 409.285.036
Assistenza economica	328.468.927	420.210.942	+ 91.742.015
In totale	1.698.547.290	2.199.574.341	+ 501.027.051

Si può rilevare che rispetto all'esercizio 1961 l'incremento delle spese di assistenza sanitaria ed economica è pari al 28 per cento per la Cassa di Bolzano rispettivamente al 29 per cento per quella di Trento.

Tra le singole voci di assistenza sanitaria che hanno segnato nel 1962 i più considerevoli aumenti rispetto all'esercizio 1961, meritano di essere ricordate:

Spese mediche - Il relativo onere per la Cassa di Bolzano è passato da Lire 393.346.398 nel 1961 a Lire 566.228.601 nel 1962, con un incremento di Lire 172.882.203 pari al 43 per cento. Per la Cassa di Trento da Lire 376.253.843 nel 1961 a Lire 461.565.746 nel 1962 con un incremento di Lire 85.311.903 pari al 22 per cento.

Spese farmaceutiche - L'onere relativo per la Cassa di Bolzano passa da Lire 470.125.697 nel 1961 a Lire 757.932.524 nel 1962 con un incremento di Lire 287.806.827 pari al 61 per cento. Per la Cassa di Trento da Lire 398.325.639 nel 1961 a Lire 504.318.999 nel 1962, con un incremento di Lire 105.993.360 pari al 26 per cento.

Spese ospedaliere - Per la Cassa di Bolzano passano da Lire 809.779.706 nel 1961 a Lire 973.762.702 nel 1962 con un incremento di Lire 163.982.996 pari al 20 per cento. Per la Cassa di Trento da Lire 443.290.647 nel 1961 a Lire 627.619.874 nel 1962 con un in-

cremento di Lire 184.329.227, pari al 41 per cento.

Nelle pagine che seguono si fa cenno della attività legislativa svolta dall'Assessorato in questo settore nell'anno 1963.

Si tenga presente al riguardo che la attuazione concreta dei provvedimenti di legge regionale non ancora entrati in vigore — ci si riferisce in modo particolare al disegno di legge regionale per la elezione degli Organi delle Casse e a quello apportante modifiche ad integrazioni alla L.R. 20 agosto 1954, n. 25 che si presentano maggiormente impegnativi sotto questo aspetto — assorbiranno in parte non trascurabile l'attività di questo settore nell'anno 1964.

*Attività legislativa:*

Nella seduta del 27 novembre 1963 il Consiglio regionale approvava il disegno di legge regionale concernente « Concessione di un contributo alle Casse Mutue provinciali di Malattia per gli esercenti attività commerciali ».

Il provvedimento, ottenuto il visto del Governo, diventava la L.R. 28 dicembre 1963, n. 34 che, pubblicata nel Bollettino Ufficiale della Regione n. 54 del 31 dicembre 1963, entrava in vigore il 15 gennaio 1964.

Il provvedimento in parola è stato proposto dall'Assessorato ai competenti Organi della Regione tenuto conto della viva attesa

manifestata dalla categoria degli esercenti attività commerciali per un intervento finanziario della Regione che consentisse, analogamente a quanto avviene per i Coltivatori Diretti (L.R. 3 settembre 1958, n. 21) e per gli Artigiani (L.R. 15 agosto 1959, n. 14), un allargamento dell'assistenza di malattia in modo da comprendervi prestazioni sanitarie non previste dalla Legge nazionale istitutiva dell'assicurazione obbligatoria di malattia per i commercianti.

Sulla base dell'esperienza maturata in seguito all'applicazione delle due predette leggi regionali, si è potuto rilevare che le forme integrative di assistenza sanitarie che si sono dimostrate più utili — sia presso le Casse Mutue dei Coltivatori Diretti, sia presso quelle degli Artigiani — sono le seguenti:

- assistenza pediatrica generica;
- assistenza specialistica ambulatoriale da parte dei medici condotti;
- assistenza agli iscritti affetti da malattie congenite recuperabili;
- assistenza agli iscritti affetti da malattie contratte precedentemente all'inizio del rapporto assicurativo;
- assistenza medica generica e farmaceutica agli iscritti che si trovano in condizione di particolare bisogno economico;
- sussidi straordinari agli iscritti più bisognosi nei casi di interventi speciali di forte incidenza economica.

Tali sono pertanto le forme integrative di assistenza che in concreto sono state introdotte dalla L.R. 28 dicembre 1963, n. 34 a favore degli iscritti alle Casse Mutue di Trento e Bolzano degli esercenti attività commerciali, e che consentono di completare, in modo efficace e più adeguato alle effettive esigenze della categoria, il sistema assistenziale previsto dalla

Legge nazionale istitutiva dell'assicurazione obbligatoria di malattia in questo settore.

Col provvedimento in parola, pertanto, l'intervento finanziario della Regione allo scopo di concorrere alla concessione di prestazioni sanitarie integrative si estende a tutto il settore previdenziale di malattia dei lavoratori autonomi e precisamente Coltivatori Diretti, Artigiani e Commercianti.

E' da ritenere che qualora l'assicurazione obbligatoria di malattia venga estesa in futuro ad altre categorie di lavoratori autonomi, la Regione — sensibile alle esigenze reali delle categorie interessate potrà — intervenire con provvidenze analoghe a quelle di cui attualmente beneficiano i settori sopra menzionati.

L'intervento finanziario regionale è limitato a Lire 10.000.000 per l'esercizio 1963, aumentati però a Lire 15.000.000 per l'esercizio 1964.

E' auspicabile che per gli esercizi successivi il contributo possa essere fissato in misura non inferiore a Lire 20.000.000.

La Giunta regionale approvava, nella seduta del 15 novembre 1963, il disegno di legge concernente modificazioni alla L.R. 19 luglio 1962, n. 11, relativa alla concessione di un contributo della Regione a favore delle C.M.P.M. di Trento e Bolzano, in conto interessi passivi su anticipazioni bancarie da effettuarsi dalle Casse stesse per il pagamento agli Ospedali delle spese di degenza dei propri assicurati.

Attualmente il progetto di provvedimento non ha ancora concluso il suo iter, ma si prevede che ciò avverrà entro brevissimo tempo.

Questo disegno di legge regionale si riallaccia alla legge regionale 19 luglio 1962, n. 11, con la quale la Regione interviene a favore delle Casse mutue provinciali di malattia di Trento e Bolzano allo scopo di ristabilire tra le Casse stesse e gli Ospedali della Regione la

regolarità dei loro reciproci rapporti, assicurando l'osservanza dei termini convenzionali per il pagamento delle spese di ospedalità mediante un contributo non superiore al 60 per cento della spesa per interessi passivi maturati su conti correnti speciali accesi dalle Casse con gli istituti di credito all'uopo prescelti.

Per l'esercizio 1963 l'importo del contributo regionale era fissato nella misura di Lire 20 milioni.

Tuttavia la difficile situazione finanziaria, sempre esistita ma ulteriormente aggravatasi negli ultimi tempi, che investe contemporaneamente le Casse di malattia di Trento e Bolzano e gli Ospedali della Regione, causata essenzialmente dalla scarsa disponibilità di liquidi che non consente alle Casse di provvedere con tempestività al pagamento delle spese di degenza dei propri assistiti originando di conseguenza gravi difficoltà finanziarie anche per gli Ospedali, ha indotto l'Assessorato a proporre il disegno di legge regionale in parola allo scopo di potenziare l'intervento finanziario della Regione in questo settore di primario interesse pubblico.

Il disegno di legge regionale presentato prevede anzitutto l'aumento dell'intervento finanziario da Lire 20.000.000 a Lire 40.000.000 per ciascuno degli esercizi dal 1964 al 1968, e in secondo luogo la elevazione dal 60 per cento all'80 per cento del limite di spesa sugli interessi passivi maturati sui conti correnti speciali accesi dalle Casse di Trento e Bolzano in relazione a quanto previsto dall'art. 1 della L.R. 19 luglio 1962, n. 11.

Si ritiene che le modificazioni introdotte con questo disegno di legge varranno a riportare, sia pure gradualmente, alla normalità i rapporti finanziari tra le Casse e gli Ospedali, alleggerendo la attuale grave situazione in cui versano gli enti stessi, situazione che appare

oggi assolutamente insostenibile in quanto compromette gravemente l'espletamento degli importantissimi compiti demandati agli enti predetti.

L'Assessorato, di concerto con l'Assessorato agli Enti Locali, ha sottoposto, alla Giunta regionale, che lo ha approvato nella seduta del 3 luglio 1963, il disegno di legge concernente la composizione e la elezione dei Consigli di amministrazione e dei Comitati mandamentali delle Casse mutue provinciali di malattia di Trento e Bolzano.

Con questo provvedimento si intende dare esecuzione alla norma contenuta nell'articolo 40 della L.R. 20 agosto 1954, n. 25 che prevede che con apposito provvedimento di legge regionale vengano determinate le modalità per la elezione dei rappresentanti dei lavoratori e dei datori di lavoro negli Organi delle Casse, in modo da dare una definitiva soluzione al problema, assai dibattuto in sede politica, della ripartizione dei posti in seno agli Organi delle due Casse, tra le diverse Organizzazioni sindacali dei lavoratori e dei datori di lavoro e, per quanto riguarda la Cassa di Bolzano, anche della rappresentanza etnica nell'ambito di ciascuna Organizzazione sindacale.

Trattasi di un progetto di legge alquanto complesso che si compone di ben 33 articoli. Quale sistema elettivo è stato scelto, tenuto conto anche del parere espresso fin dal 1957 dalle Organizzazioni sindacali interessate, quello proporzionale, attuato con il metodo del quoziente naturale e dei più alti resti ai fini dell'assegnazione dei seggi residui, con facoltà per le liste concorrenti di collegarsi in gruppi nel recupero dei resti.

La presentazione delle liste da parte dei lavoratori e dei datori di lavoro è riservata alle rispettive organizzazioni sindacali particolarmente qualificate, che abbiano cioè stipulato

contratti collettivi di lavoro con efficacia almeno provinciale.

Non è il caso, in questa sede, di dilungarsi in una illustrazione particolareggiata delle norme contenute nel disegno di legge in parola, norme di carattere squisitamente tecnico elettorale, tuttavia si può rilevare come per la organizzazione e la esecuzione del procedimento elettorale ci si avvarrà sia di organi all'uopo previsti dalla legge stessa (quali la Commissione elettorale regionale, due Commissioni elettorali provinciali, l'Ufficio elettorale regionale ed i Seggi elettorali) sia di organi già esistenti a cui verranno affidati particolari adempimenti (Segretari comunali, Direttori delle due Casse).

Come considerazione di carattere generale si può osservare che il procedimento elettorale, sia tecnicamente che dal punto di vista della complessità delle operazioni necessarie è previsto si svolga in modo analogo alle elezioni politiche ed amministrative.

Con ciò si ritiene, peraltro, che sarà data piena e completa attuazione nel modo più democratico, alla norma dell'art. 40 della L.R. 20 agosto 1954, n. 25.

Ultimo in ordine di tempo, non certo in ordine di importanza, è il disegno di legge regionale apportante modifiche ed integrazioni alla legge regionale 20 agosto 1954, n. 25.

Trattasi anche in questo caso di un progetto di provvedimento assai complesso, sia per la mole (33 articoli) sia, soprattutto, dal punto di vista tecnico.

I motivi che hanno indotto l'Assessorato ad elaborare a proporre il provvedimento in esame non ancora passato al vaglio della Giunta regionale, sono da ricercarsi da una parte nelle inevitabili lacune ed imperfezioni messe in luce attraverso l'esperienza maturata in quasi un decennio di applicazione della legge 20

agosto 1954, n. 25 istitutiva delle C.M.P.M. di Trento e Bolzano, dall'altra parte dal continuo evolversi della assicurazione obbligatoria di malattia, sia in campo nazionale sia in campo regionale, che con il sovrapporsi di nuove leggi e disposizioni ha creato, in relazione alla struttura originaria della L.R. n. 25, problemi e situazioni di difficile risoluzione ed attuazione tecnica e giuridica.

Il vigilante intervento dell'Assessorato e la fattiva collaborazione sempre offerta dagli Organi delle Casse e dalle Associazioni di categoria interessate hanno permesso finora di superare, con opportuni e temporanei accorgimenti amministrativi, gli inconvenienti manifestatisi, lasciandoli tuttavia insoluti dal punto di vista giuridico, sicchè appare ormai indifferibile la necessità di sistemare in sede legislativa la situazione che si è venuta via via determinandosi attraverso contingenti soluzioni.

Con questo disegno di legge si intende pertanto apportare le necessarie modificazioni ed integrazioni alla legge regionale 20 agosto 1954, n. 25, sì da rimuovere gli inconvenienti cui sopra si è accennato, colmare le lacune esistenti e perfezionare (innovando dove sia necessario) ordinamenti e procedure alla luce dell'esperienza maturata dal 1954 ad oggi.

La riforma della legge regionale n. 25 porterà come necessaria conseguenza la revisione del suo Regolamento di esecuzione, approvato con D.P.G.R. 10 aprile 1957, n. 33, strumento di primaria importanza — soprattutto dal punto di vista della quotidiana prassi amministrativa nel campo dell'assicurazione di malattia — sia per le Casse Mutue, enti gestori della assicurazione predetta, sia in ordine alle esigenze di chiarezza e di certezza nel diritto alle prestazioni e nelle modalità per ottenerle, particolarmente sentite dagli assicurati, quali beneficiari dell'assicurazione, e delle Organizzazioni e Patronati che li rappresentano.

## b) Assicurazioni sociali regionali:

Il settore della previdenza e delle assicurazioni sociali è indubbiamente uno dei più importanti ed impegnativi, in quanto viene ad incidere sull'indirizzo generale di politica economico-sociale ed interessa l'intera collettività assumendo di questa le giustificate attese ed i problemi più attuali.

Riassumendo l'attività dell'Assessorato, sia essa legislativa che amministrativa, di tale settore e relativa al 1963, vediamo quali iniziative concrete sono state svolte a realizzare e se tali iniziative corrispondono alle attese della collettività.

I provvedimenti già approvati od in corso di approvazione, nonché gli altri in corso di preparazione sono legati da una comune aspirazione e da una identica finalità: la premura e l'ansia di offrire alla comunità una più provvida tutela.

E' comunque pacifico che la tutela della collettività per la parte relativa all'assistenza e alla previdenza sociale, troverà una migliore attuazione nella riforma organica della previdenza sociale, riforma che dovrà pervenire alla istituzione di quel sistema di sicurezza sociale che rappresenta il traguardo finale e ideale.

Va comunque sottolineato che la vita sociale si evolve e si perfeziona marciando con passo più veloce dell'iniziativa legislativa ed è compito quindi del legislatore intervenire al più presto allorchè i fatti vengono a suggerire nuove norme al fine di adeguare la legge alle nuove situazioni determinatesi per il progredire della vita sociale nei suoi vari aspetti.

Parlando dei provvedimenti specifici ci si consenta di menzionare per primo il disegno di legge relativo a « Modifiche ed estensione ai lavoratori autonomi dei coltivatori diretti ed artigiani della legge regionale 19 luglio

1962, n. 12 », concernente la corresponsione di un assegno mensile ai vecchi lavoratori.

Con questo provvedimento, che ha sollevato un legittimo interessamento, contribuendo a mettere in maggior rilievo il grande significato dell'assistenza in favore di categorie di lavoratori autonomi, si è inteso allargare l'area dei soggetti chiamando a parteciparvi quelle categorie di lavoratori (coltivatori diretti ed artigiani), che non essendo stati in grado di procurarsi da sè alcuna forma di pensione o assistenza, di questa hanno maggiore necessità ed urgenza.

Del resto tutto il problema dell'assistenza e della previdenza deve essere avviato verso mete più ampie e verso soluzioni che provvide e meditate riforme non potranno concretizzare in un prossimo futuro.

Le limitazioni attuali relative all'area dei soggetti ed alla misura dell'assegno mensile presentano il fianco a facili critiche, ma occorre tener presente che provvedimenti di tale natura debbono essere necessariamente graduati nel tempo, in quanto non può dimenticarsi che detti provvedimenti sono assai gravosi e vanno applicati con la necessaria cautela.

Per quanto riguarda le modifiche alla legge regionale 19 luglio 1962, n. 12, queste si riferiscono essenzialmente alla procedura del pagamento degli assegni. La Regione, all'inizio di ogni anno, metterà a disposizione degli E.C.A. le somme occorrenti per il pagamento mensile degli assegni salvo chiedere, alla fine di ogni anno, un rendiconto giustificativo delle somme liquidate. Con tale provvedimento si sono finalmente superate le difficoltà che si erano frapposte ad una piana e concreta applicazione della legge regionale.

Il disegno di legge regionale concernente la « Approvazione dello Statuto del Fondo di previdenza e di quiescenza a favore del personale dipendente dagli Enti locali », elaborato

dall'Assessorato, rappresenta un punto di partenza significativo per quanto attiene la potestà legislativa della Regione nella materia della previdenza e delle assicurazioni sociali. Il provvedimento è sostitutivo, e non integrativo, di analoghe forme di previdenza e quiescenza gestite da Enti statali: su questo fatto il Governo non ha sollevato alcun rilievo.

In virtù del provvedimento in parola, il personale dipendente dalla Regione Trentino-Alto Adige, dai Comuni della regione, dagli Enti provinciali per il turismo, dalle Aziende autonome di cura, soggiorno e turismo, dalle Istituzioni pubbliche di assistenza e beneficenza, dalle Aziende municipalizzate o consorziali, dai Consorzi di diritto pubblico esistenti nella regione e, successivamente, il personale dipendente dalle Province autonome di Trento e Bolzano, dagli Istituti autonomi Case Popolari, dalle Amministrazioni Separate Usi Civici e dagli altri Enti sui quali le Province hanno potestà legislativa a sensi dell'art. 11 dello Statuto di Autonomia, godranno di prestazioni previdenziali e di quiescenza notevolmente superiori a quelle ora erogate dagli Enti presso i quali sono attualmente assicurati.

Il provvedimento, da anni atteso e sollecitato, rappresenta quanto di meglio potesse farsi nella specifica materia della previdenza e della quiescenza.

Lo stesso, pertanto, è stato favorevolmente accolto dalle categorie interessate che hanno visto in tal modo concretarsi una delle loro maggiori e più attese aspettative.

La costituzione del Fondo rappresenta inoltre un valido esperimento per quanto attiene alla unificazione degli enti preposti alla erogazione delle forme di previdenza e di quiescenza, unificazione particolarmente sentita e voluta e meta ideale verso la quale da anni si cerca di pervenire. I vantaggi di tale unifica-

zione sono ovvii: se da un lato si tende a perequare le prestazioni attualmente le più disparate per le varie categorie di dipendenti, dall'altro si vuole immettere nella diretta conduzione dell'ente i rappresentanti delle categorie dei dipendenti, i più idonei affinché la funzionalità dell'ente stesso sia garantita.

Un provvedimento legislativo entrato in vigore nel corso del 1963 è quello relativo alla legge regionale 20 aprile 1963, n. 13, concernente « Modifiche ed integrazioni allo Statuto del Fondo di pensione e di quiescenza a favore del personale delle Camere di Commercio Industria ed Agricoltura di Bolzano e di Trento ». Con la legge in parola si sono approvate modifiche ed integrazioni allo Statuto del Fondo, per quanto riflette il trattamento pensionistico e di quiescenza del personale di ruolo che cessa dal servizio presso le Camere. Il successivo Regolamento di esecuzione, già approvato dal Consiglio di Amministrazione e poi dalla Giunta regionale, ha determinato anche le modalità ed i limiti per il riconoscimento dei periodi di servizio, nonchè le norme integrative per la nuova attività assistenziale affidata al Fondo riguardante la concessione di prestiti a breve scadenza e di prestiti quinquennali o decennali ai dipendenti delle Camere.

La legge ha altresì modificato la composizione e la nomina del Consiglio di Amministrazione del Fondo.

In materia di Regolamenti varati dalla G.R., su proposte di questo Assessorato sono da ricordare:

— il D.P.G.R. 10 giugno 1963, n. 132 che approva le modifiche al Regolamento di esecuzione alla legge regionale 25 agosto 1962, n. 14, concernente « Integrazioni alle provvidenze statali per i ciechi civili », approvato con D.P.G.R. 19 dicembre 1962, n. 155;

— il D.P.G.R. 26 novembre 1963, n. 182 di approvazione del Regolamento di esecuzione alla legge regionale 11 settembre 1961, n. 8 concernente « Norme integrative per l'assicurazione obbligatoria contro la silicosi e l'asbestosi », in sostituzione di quello approvato con D.P.G.R. 5 giugno 1962, n. 111.

L'elaborazione del nuovo Regolamento di esecuzione si è resa necessaria per una più pratica attuazione delle disposizioni contenute nella legge regionale in parola.

#### Attività amministrative e legislative

Per quanto attiene l'attività amministrativa nel settore della previdenza e delle assicurazioni sociali, occorre rilevare che nel corso del 1963 è stata data pratica attuazione alla:

— Legge regionale 19 luglio 1962, n. 12, concernente la corresponsione di un « Assegno mensile ai vecchi lavoratori » autorizzando all'uopo gli E.C.A. a provvedere al pagamento degli assegni, comprensivi del cumulo delle mensilità arretrate, per tutto l'anno 1963, mediante anticipazione dei fondi da parte degli E.C.A. stessi. Per il corrente anno, come è noto, agli E.C.A. saranno somministrati, con ordini di accreditamento intestati ai Presidenti degli E.C.A. medesimi, i fondi occorrenti per il pagamento degli assegni per l'intero anno.

Per quanto riguarda la definizione dei ricorsi presentati avverso le decisioni negative dei Comitati di amministrazione degli E.C.A., l'Assessorato ha già iniziato le relative istruttorie (i ricorsi ammontano complessivamente a n. 27).

— Legge regionale 25 agosto 1963, n. 14, concernente « Norme integrative alle provvidenze statali per ciechi civili ». Alle Province di Trento e Bolzano, delegate nel-

l'esercizio delle funzioni amministrative, sono stati erogati, per il 1963, rispettivamente Lire 32.000.000 e Lire 13.500.000, in considerazione del numero delle domande presentate (633 Provincia di Trento, 277 Provincia di Bolzano), per far fronte alla corresponsione degli assegni mensili. Anche per questa legge, contro le decisioni delle Giunte Provinciali, sono stati presentati complessivamente n. 47 ricorsi in via di definizione.

— Legge regionale 11 settembre 1961, n. 8 concernente « Norme integrative per l'assicurazione obbligatoria contro la silicosi e l'asbestosi ».

Con l'emanazione del nuovo Regolamento di esecuzione, in precedenza menzionato, è stato possibile autorizzare i Consorzi provinciali Antitubercolari di Trento e Bolzano, delegati per legge nelle funzioni amministrative, a dare inizio alla istruttoria delle domande ed alla relativa concessione delle rendite. I ricorsi, in corso di definizione sono complessivamente n. 26.

Per concludere, è doveroso fare un accenno alla Legge regionale 9 agosto 1957, n. 15, concernente la « Erogazione di contributi a favore degli Istituti di patronato e di assistenza sociale giuridicamente riconosciuti a norma del D.L.C.P.S. 29 luglio 1947, n. 804 ».

Nel corso del 1963, in aggiunta ai 22 milioni stanziati in bilancio, sono stati erogati altri 3 milioni per consentire ai Patronati sociali dei lavoratori di provvedere più estesamente alla tutela assistenziale e legale dei lavoratori nei confronti degli Istituti previdenziali operanti nel territorio della regione.

Per quanto si riferisce alla ripartizione del contributo regionale fra i Patronati, l'Assessorato ha elaborato, un criterio di ripartizione che si avvicina di molto a quello adottato

dal Ministero del Lavoro e della Previdenza Sociale. Premesso che la ripartizione è operata con riferimento alla efficienza dei servizi desumibile dal volume di attività assistenziale comparativamente svolta da ciascun Istituto di patronato, la somma disponibile è così suddivisa:

- 60% per l'attività previdenziale medica;
- 15% per l'attività giudiziaria;
- 5% per le pratiche varie;
- 20% per l'organizzazione degli uffici, le iniziative, ecc.

Accennando alle iniziative legislative da attuarsi nel corso del 1964 è doveroso ricordare che l'Assessorato sta predisponendo il disegno di legge di modifica alla Legge regionale 25 agosto 1962, n. 14, in favore dei ciechi civili. Con il provvedimento in parola saranno elevati i limiti degli assegni mensili, previsti attualmente in 6.000 e 4.000 Lire, rispettivamente a Lire 8.000 e 6.000 con decorrenza 1° luglio.

In materia regolamentare, sono in via di approvazione o di studio:

- 1) La modifica e l'integrazione del regolamento di esecuzione alla Legge regionale 19 luglio 1962, n. 12, concernente la corresponsione di un « assegno mensile ai vecchi lavoratori ».
- 2) La modifica del Regolamento di esecuzione alla Legge regionale 25 agosto 1962, n. 14, concernente « Norme integrative alle provvidenze statali per i ciechi civili »;
- 3) Il Regolamento di esecuzione al disegno di legge concernente la « Approvazione dello Statuto del Fondo di previdenza e di quiescenza a favore del personale dipendente dagli Enti locali della Regione ».

## ASSISTENZA SANITARIA E OSPEDALIERA

### a) Gli ospedali della Regione

Nell'agosto e settembre del 1963 ho avuto occasione di effettuare una visita a tutti gli ospedali civili della regione, al fine di poter rendermi conto di persona e con diretta conoscenza di causa, delle situazioni in cui versano questi nosocomi.

Qui vorrei richiamarmi alla relazione sugli ospedali, che ebbi occasione di svolgere in Consiglio regionale nel maggio scorso ed il cui testo fu distribuito a tutti i signori Consiglieri. Al riguardo devo precisare che le informazioni, le cifre e le notizie date in quella occasione trovarono di massima corrispondenza nelle constatazioni che ebbi modo di fare sul posto durante le mie visite.

Pertanto, al fine di non ripetere cose già dette e di soffermarmi solo su considerazioni e valutazioni riassuntive o di particolare rilievo, ritengo di dare per scontato in questa relazione tutto quanto ebbi occasione di riferire allora in Consiglio regionale.

## PROVINCIA DI BOLZANO

La situazione ospedaliera della provincia di Bolzano è effettivamente in condizioni più precarie di quella di Trento e ciò sia per l'insufficienza dei posti-letto sia per la inadeguatezza di taluni nosocomi che non rispondono più alle moderne esigenze o difettano in tutto o in parte di quella funzionalità che si richiede oggi-giorno in un moderno complesso ospedaliero.

Ho trovato ovunque dei corpi sanitari vivamente impegnati ed appassionati nel loro lavoro: essi spesse volte suppliscono con diretto sacrificio personale oltre che con la loro qualificata capacità professionale, alle carenze tecniche funzionali delle istituzioni. Ho trovato al-

tresi dappertutto amministratori disinteressati e solerti nell'adempimento dei loro compiti pure in mezzo alle difficoltà finanziarie.

In particolare la situazione più precaria mi è parsa quella dell'Ospedale Civile di Vipiteno, Opera Pia, che ha una sistemazione che si può qualificare indecente.

Spesso sovra affollato, ha dislocato i posti-letto nei corridoi ed in ogni angolo utile della vetusta costruzione, assolutamente inadatta e con i servizi di tutta insufficienza. Il personale supplisce come può, ma urge provvedere.

Per questo i Comuni interessati hanno deciso di fare compilare il progetto di un nuovo ospedale con la consulenza di una organizzazione svizzera tecnico-sanitaria altamente qualificata in studi e progettazioni ospedaliere. (Preventivo circa 1 miliardo).

Il problema è finanziario: gli amministratori oltre che nel concorso dei Comuni interessati confidano nell'intervento del Ministero della Sanità, della Regione e della provincia di Bolzano.

L'Ospedale Civile di Vipiteno non è compreso in quelli citati dalla Legge Regionale n. 7. Ospedale Civile di Merano.

Pur non essendo nelle condizioni di quello di Vipiteno mi sembra che l'Ospedale Civile di Merano in fatto di precarietà venga subito dopo. Anche qui insufficienza di posti-letto e disadattamento ambientale.

La costruzione del nuovo ospedale (perchè ormai si parla di nuovo ospedale e non di ampliamento come previsto dalla L. R. n. 7) è purtroppo ancora lontana, anche se è già stato reperito il suolo, in un'area quanto mai adatta. Basta pensare infatti, che non solo non si è dato l'incarico di progettazione, ma che si è ancora in fare di costituzione del Consorzio di Comuni che dovrebbe subentrare al solo Comune di Merano, nell'impegno per la costruzione del

nuovo ospedale e per la sua successiva gestione. La spesa prevedibile non sarà inferiore al miliardo e mezzo.

Ospedale Civile di Bressanone.

Si nota una netta differenza tra la situazione dell'Ospedale Civile di Bressanone e quella della Casa di Cura (sanatoriale) ambedue di proprietà del Comune e dallo stesso amministrati.

Infatti il sanatorio si presenta in condizioni di piena soddisfazione mentre l'ospedale rivela insufficienza nella disponibilità dei posti e precarietà nella funzionalità dei servizi.

Il Comune di Bressanone ha fatto redigere il progetto per la costruzione del nuovo ospedale dato che la L. R. n. 7 prevede il concorso regionale nella spesa. Questo progetto (900 milioni) è ora all'esame del Comitato Tecnico provinciale per le Opere pubbliche.

Una nota qui è da fare circa la situazione di tensione esistente in questo Ospedale tra il primario chirurgo ed il radiologo, nonchè tra il direttore sanitario, primario chirurgo e l'Assessore comunale, incaricato degli affari dell'Ospedale. Di questa particolare situazione se ne è avuta un'eco anche in Consiglio Regionale. Il Consiglio comunale di Bressanone in merito ha nominato una commissione d'inchiesta, la quale ha presentato una relazione. Sulla base di alcune indicazioni emerse, l'Assessorato ha invitato il Comune ad ovviarvi ed ha pregato il medico provinciale di Bolzano di controllare l'osservanza delle norme vigenti.

Gli Ospedali Civili di Brunico, S. Candido e di Silandro che completano la serie degli Ospedali minori o di vallata della provincia di Bolzano rappresentano il tipo di ospedale di 3ª categoria, di non remota costruzione, destinati a soddisfare limitate esigenze di un ampio comprensorio: essi servono delle sedi dislocate perifericamente.

Il migliore in fatto di ambiente e servizi è certo quello di Silandro, recentemente costruito da quel Comune con uno sforzo finanziario che, seppure sovvenuto dalla Regione e dalla Provincia di Bolzano, appesantisce tuttora di non indifferenti oneri annuali il bilancio comunale.

Tuttavia a distanza di appena sette anni dalla sua entrata in funzione, questo nosocomio si rivela, a detta dei medici e degli amministratori, insufficiente in fatto di posti-letto per cui si sta già pensando ad un ampliamento che consenta di potenziare le capacità ricettive dell'edificio.

Gli Ospedali di Brunico e di S. Candido si presentano abbastanza bene e lamentano soltanto insufficiente disponibilità di posti-letto in rapporto all'afflusso, specialmente invernale ed estivo, di un forte numero di degenti.

Gli amministratori di ambedue queste istituzioni pensano ad un ampliamento delle rispettive sedi con delle spese di gran massima aggirantisi sui 100-150 milioni per ciascuna.

Oltre alle difficoltà di natura finanziaria, per cui i due Ospedali sperano vivamente nell'aiuto della Regione, emergono anche remore di altra natura: così per l'Ospedale di Brunico le perplessità di carattere tecnico relative all'ampliamento e per l'Ospedale di S. Candido dei vincoli posti dalla Sovrintendenza alle belle arti e monumenti su un'ala vecchia dell'edificio che dovrebbe essere trasformata in padiglione degenze.

Resta infine da parlare dell'Ospedale Civile di BOLZANO.

Attualmente esso è sistemato in un ambiente insufficiente in fatto di ricettività e solo parzialmente efficiente nei servizi. Dico solo parzialmente in quanto specialmente i reparti dislocati all'ultimo piano si devono considerare funzionalmente in situazione precaria. Qui il problema si risolve con la ormai avviata co-

struzione del nuovo Ospedale Civile che beneficia di un contributo, in conto capitale ed in conto interessi, della Regione a sensi della legge regionale 11 giugno 1959, n. 7.

Gli amministratori ed i sanitari in questi quattro-cinque anni che passeranno prima di aver la disponibilità della nuova sede, si sforzeranno di adeguare, come possibile, ambiente e servizi.

Con Bolzano è completato l'esame degli Ospedali di quella provincia; resta ancora un breve accenno ad un Ospedale che ora non esiste che sulla carta e cioè a quello di CALDARO.

Al riguardo è già stato costituito il Consorzio dei Comuni della Bassa Atesina interessati alla sua costruzione e gestione ed è stato redatto il progetto di massima della sede che ha avuto il parere favorevole da parte del Comitato Tecnico regionale per le Opere Pubbliche.

Ora è in corso la redazione del progetto esecutivo che dovrà nuovamente essere sottoposto all'esame di detto Comitato e quindi potrà essere presentato alla Giunta regionale con la proposta di concessione del contributo. La spesa prevista è di Lire 900 milioni.

## PROVINCIA DI TRENTO

Già si è detto che in provincia di Trento, generalmente parlando, la situazione ospeliera si presenta con una fisionomia migliore; mancano infatti le precarietà e le insufficienze che troviamo negli Ospedali di Vipiteno o di Merano.

Qui inoltre le amministrazioni degli Ospedali interessate (Trento e Rovereto) sono state più pronte ad approfittare della legge regionale n. 7, sicchè le prospettive in un prossimo futuro sono concretamente migliori.

Ma veniamo al particolare, incominciando dagli Ospedali meno brillanti, come abbiamo fatto per la provincia di Bolzano.

L'infermeria mista di Ala, che aspira a diventare Ospedale di III categoria, è un nosocomio di modeste pretese, ospitato in una sede che è stata via via migliorata ma presenta ancora qualche aspetto precario.

Un accenno appena all'Infermeria Mista di S. Croce del Bleggio che limita la sua attività al reparto maternità, al reparto cronici ed a qualche intervento traumatologico di portata modesta.

Gli altri Ospedali minori sono tutti in condizioni generali che si possono definire buone.

A qualche insufficienza nel numero dei posti-letto fa sempre riscontro una soddisfacente sistemazione dei servizi che assolvono ai loro compiti in modo dignitoso e funzionale.

Il nuovo Ospedale Civile di ARCO, di recentissima costruzione, trova una sua ragione di esistere oltre che nel modesto comprensorio di sua pertinenza (è a 3 km. appena dall'Ospedale Civile di Riva sul Garda), nel fatto che sorge in una zona sanatoriale con 2.000 degenti tbc che confluiscono in questo nosocomio per le malattie acute o per qualche operazione.

L'Ospedale Civile di RIVA sul Garda, che è classificato « Infermeria Mista », ha il suo problema maggiore nell'attuale forzata convivenza con il ricovero per vecchi.

Quegli amministratori pensano giustamente che la costruzione di una casa di riposo, che è allo studio, consentirà quella maggiore ricettività e migliore sistemazione dei servizi che sono necessarie per una più adeguata rispondenza dell'Ospedale alle attuali esigenze.

L'Ospedale Civile di MEZZOLOMBARDO è stato recentemente promosso da Infer-

meria Mista a Ospedale di III categoria e si presenta senz'altro in condizioni di poter servire adeguatamente la plaga rotaliana.

Esso non ha grandi problemi ed esigenze: solo un graduale miglioramento in qualche aspetto particolare: al che stanno provvedendo gli amministratori dell'Ospedale con l'aiuto della Regione.

Questo Ospedale potrà registrare qualche difficoltà quando entrerà in funzione il nuovo Ospedale Civile S. Chiara di Trento (la stessa cosa si può dire dell'Ospedale Civile di Ala con riguardo all'ampliando Ospedale Civile di Rovereto) a causa della relativa vicinanza dei due nosocomi e della notevole agibilità delle vie di comunicazione (in corso di miglioramento) a nord di Trento e tra Ala e Rovereto.

L'Ospedale Civile di CLES, moderno e funzionale, è un esempio tipico di nosocomio autosufficiente, che serve con adeguata rispondenza un'ampia zona popolosa.

L'unico problema che presenta è quello di un opportuno ampliamento nel numero dei posti-letto.

Appunto a ciò stanno interessandosi gli amministratori di questo Ospedale.

L'Ospedale Mandamentale « 3 Novembre » di TIONE è sito in un edificio che, pur non recente, per la concezione architettonica e per la posizione appare funzionalmente idoneo; difetta sensibilmente nel numero dei posti-letto che deve essere incrementato per far fronte alle accresciute richieste di ricovero provenienti da una zona fortemente decentrata e con comunicazioni non sempre ideali con il capoluogo della provincia, specialmente d'inverno.

Il Consiglio di Amministrazione ha fatto redigere un progetto di massima e ha espresso l'intenzione di rivolgersi alla Regione per ottenere un congruo contributo.

L'Ospedale Civile di S. Lorenzo di Borgo Valsugana in questo ultimo decennio è stato ampliato con una sopraelevazione che ha portato il numero dei posti-letto ad un livello soddisfacente.

Ospita il moderno Centro tumori che rappresenta senz'altro l'aspetto più interessante e che svolge una funzione a carattere regionale.

Presso questo Centro è aperto anche il Laboratorio regionale per la misurazione della radioattività nell'atmosfera.

In un padiglione a parte dell'Ospedale è in attività il reparto sanatoriale non molto ampio, ma convenientemente sistemato ed attrezzato.

L'Ospedale Civile di Fiemme di CAVALESE è stato realizzato con criteri di modernità e funzionalità simili a quelli dell'Ospedale di Cles e pressapoco nello stesso periodo di tempo.

E' amministrato da un Consorzio nel cui Consiglio di Amministrazione è presente in netta prevalenza la Magnifica Comunità di Fiemme.

Si presenta in modo inappuntabile sia nella sistemazione ambientale che nelle attrezzature tecniche-sanitarie.

Grave preoccupazione di quel Consiglio di Amministrazione è la gestione dell'Ospedale stesso che da qualche anno presenta un rilevante deficit di bilancio.

Causa di ciò è la relativamente scarsa affluenza di pazienti a questo nosocomio che deve registrare una media annuale di degenze di poco più della metà dei posti-letto disponibili.

Il Consiglio di amministrazione ha in atto un tentativo per superare questa situazione attraverso il potenziamento del servizio d'assistenza sanitaria e l'assunzione di un primario medico.

L'Ospedale Civile di Rovereto ha in corso la realizzazione di un imponente ampliamento che praticamente rinnoverà l'intera sede.

Il primo lotto dei lavori per una spesa di Lire 350 milioni sta per essere finito.

Il secondo lotto recentemente approvato nel progetto esecutivo comporta Lire 648 milioni: seguiranno quindi gli altri lotti secondo il progetto generale di massima che prevede una spesa complessiva di Lire 1.330.000.000.

Si tratta certamente di un'opera assai importante e che risponde alle necessità di un'ampia zona in incessante sviluppo industriale, opera però che impegna a fondo gli amministratori per il suo rilevante onere finanziario.

La stessa legge regionale n. 7 che prevede uno stanziamento a favore di questo Ospedale non è più in grado di contribuire in modo adeguato perchè affronta una spesa venuta via via così ampiamente incrementandosi.

Per quanto riguarda questo Ospedale è da mettere in rilievo la buona funzionalità di due reparti, quello di maternità dislocato in sede separata ed il Centro regionale per discinetici pure in sede separata. Quest'ultimo rappresenta un'iniziativa che desta interesse anche al di fuori dell'ambito regionale.

Ospedale Civile S. Chiara di TRENTO. Il Consiglio di Amministrazione di questo Ospedale è proteso nella realizzazione della nuova sede.

La costruzione è stata iniziata nel 1960 e si prevede potrà essere completata per la primavera del 1965. Si tratta di un'opera veramente ammirevole sia sotto il profilo architettonico che tecnico-funzionale. Realizzerà una capacità ricettiva di oltre 800 posti-letto. L'impostazione economico-finanziaria di quest'opera è stata certamente avveduta.

Ciò nonostante e per l'aumento dei costi del lavoro e del materiale e per la sopraelevazione di un piano in più del previsto, verrà a comportare complessivamente 3 miliardi di spesa, 1 miliardo in più della previsione.

Il Consiglio di Amministrazione su questa maggiore spesa attende un intervento della Regione in aggiunta al contributo di 1 miliardo a fondo perduto ed il contributo in conto interessi di 240 milioni già deliberati.

#### Ospedale Provinciale Infantile di TRENTO

E' veramente una delle più belle istituzioni ospedaliere che la nostra regione possa vantare; recentemente è stato assunto al rango di ospedale specializzato di 1.a categoria, il che premia un accurato lavoro di restaurazione non soltanto materiale attuata in questi ultimi anni attraverso la riorganizzazione e regolarizzazione dei reparti, dei servizi e dei primariati.

Imponenti lavori di ampliamento che stanno per essere ultimati, portano questo Ospedale ad avere una capienza di quasi 400 posti letto.

Le spese per questo ampliamento vengono sovvenzionate per la maggior parte dal Ministero della Sanità e dalla Regione.

L'afflusso di un notevole numero di pazienti anche della provincia di Bolzano, consentirebbe di definire « regionale » questo nosocomio, che la voce popolare impropriamente chiama « ospedalino » avendo riferimento probabilmente ai bambini, per i quali esso è stato costruito.

Non ho voluto mancare di visitare, al termine dei miei giri in regione, anche l'Ospedale Provinciale Psichiatrico di Pergine, pur avendo presente la peculiare caratteristica di questo nosocomio e la sua dipendenza amministrativa della Provincia di Trento.

La Regione peraltro ha titolo di interessarsi anche di questo Ospedale in virtù delle norme di attuazione in materia di assistenza sanitaria ed ospedaliera ed anche perchè presso questo ospedale funziona un reparto neurologico che è assimilabile a qualsiasi reparto di ospedale civile.

L'impressione più immediata visitando l'Ospedale Psichiatrico (eccezione fatta per il citato reparto neurologico) è quella di un sovraffollamento addirittura impossibile.

Basti pensare che il numero dei ricoverati è di 1.700, mentre il complesso degli edifici per quanto imponente, non potrebbe ospitare più di 800-1000 ammalati.

L'Amministrazione provinciale di Trento vi ha condotto dei lavori di ampliamento e tuttora è in corso di rifinitura un nuovo padiglione che metterà a disposizione altri 200 posti letto.

Putroppo il ritmo di questi ampliamenti non è in grado di sanare la pesante situazione tra l'altro che si sta aggravando per il crescente numero degli ammalati di mente.

Gli amministratori ed i medici dell'Ospedale Psichiatrico auspicano una soluzione che potrebbe risolvere per la massima parte il problema: la Provincia di Bolzano costruisca un proprio Ospedale Psichiatrico e vi trasferisca i 600-700 propri assistiti che oggi sono a Pergine.

In tale modo verrebbe a verificarsi un sostanziale alleggerimento delle degenze e l'intero ospedale potrebbe essere adeguatamente risistemato. A tale riguardo, risulta che la Provincia di Bolzano sta affrontando concretamente la realizzazione dell'opera.

Da quanto premesso vorrei trarre una conclusione: è in atto uno sforzo veramente notevole ed encomiabile per il miglioramento ed il potenziamento della rete ospedaliera nella regione.

La nostra Amministrazione partecipa a questo sforzo con la Legge regionale n. 7 e con la Legge regionale n. 3, le cui competenze sono state delegate alle Provincie; inoltre alcune voci del bilancio dell'Assessorato regionale alla Previdenza Sociale e Sanità stanziavano cifre minori a favore degli Ospedali.

Per quanto concerne la Legge n. 7, che rappresenta lo sforzo più massiccio in quanto comporta un impegno finanziario a carico dei bilanci della Regione di complessive Lire 3.295 milioni, di cui Lire 2.795 milioni di contributi in conto capitale e Lire 500 milioni per contributi su mutui contratti dalle Amministrazioni ospedaliere, è da dire che detta legge nel corso del 1963 è tornata in Consiglio Regionale, cui è stato sottoposto un progetto di legge per l'aumento da Lire 250 milioni a Lire 500 milioni dello stanziamento previsto a sensi dell'art. 2 della Legge stessa.

Nel corso di questa relazione è già stato detto che gli Ospedali di Trento, Bolzano e Rovereto hanno già beneficiato e stanno beneficiando delle provvidenze disposte dalla Legge in parola.

Infatti, l'Ospedale di Trento ha già ottenuto circa un miliardo di contributi in conto capitale e 245 milioni di contributo in conto interessi, beninteso diluiti su più bilanci regionali.

L'Ospedale di Bolzano ha ottenuto il contributo di un miliardo in conto capitale e ha in corso la concessione del contributo in conto interessi.

L'Ospedale di Rovereto, infine, ha ottenuto un contributo di 375 milioni in conto capitale e di 63.700.000 in conto interessi sul primo lotto per la realizzazione del nuovo Ospedale.

L'Ospedale di Silandro ha già incassato i 70 milioni previsti dalla legge regionale.

Gli altri Ospedali di cui è fatta menzione nella legge stessa, e cioè Bressanone, Caldaro e Merano, hanno avviato le procedure necessarie per realizzare la costruzione delle nuove sedi.

Bressanone e Caldaro hanno già concluso la fase di progettazione ed i relativi elaborati sono all'esame dei competenti Organi tecnico-amministrativi; per l'ospedale di Merano, co-

me è stato detto, si sta costituendo il consorzio dei comuni, interessati alla sua costruzione ed alla sua gestione.

Tutto ciò in virtù dello sforzo operato dalla Regione, sforzo che abbiamo definito imponente, ma che però non basta.

Prevediamo, infatti, che la Legge regionale n. 7 debba essere ulteriormente e adeguatamente rifinanziata: l'Assessorato e la Giunta Regionale hanno allo studio l'argomento e si propongono di stabilire concrete proposte appena saranno conosciuti i dati definitivi dei progetti dei nuovi Ospedali ancora non approvati.

Inoltre occorre studiare come intervenire a favore degli Ospedali minori, non compresi nella Legge regionale n. 7, che devono affrontare delle spese nell'ordine di centinaia di milioni per il loro ampliamento.

Al riguardo verrà esaminata, in accordo con le Province in virtù della delega di cui alla Legge Regionale 7 marzo 1963, n. 9, la possibilità di realizzare un graduale e coordinato piano di intervento.

Per parte sua inoltre l'Assessorato non mancherà d'interessarsi anche presso il Ministero della Sanità perchè i benefici del cosiddetto « piano bianco » (di cui da tempo ormai si sta parlando) possano affluire anche nella nostra regione.

#### b) Attività legislativa

Con legge regionale 24 marzo 1963, n. 11, è stata delegata alle Province la nomina delle Commissioni giudicatrici dei concorsi per l'assegnazione delle condotte sanitarie vacanti nelle provincie di Trento e di Bolzano.

La legge ha inoltre modificato la composizione delle Commissioni giudicatrici, per rendere possibile nella provincia di Bolzano l'applicazione del principio della rappresentanza proporzionale dei gruppi linguistici, così come sono rappresentati nel Consiglio Provinciale.

Sono rimaste quindi alla Regione tutte le altre attribuzioni in materia di concorsi sanitari.

Si è proceduto a rivedere radicalmente, sulla base delle osservazioni pervenute da parte degli organi in qualche modo interessati al provvedimento, il disegno di legge « Norme a favore dei sanitari ospedalieri della regione », che, dopo molteplici rimaneggiamenti, è stato approvato dalla Giunta Regionale in data 5 maggio 1963. Attualmente il provvedimento è all'esame della competente Commissione legislativa e dovrebbe quanto prima essere sottoposto al voto del Consiglio Regionale.

Vengono seguite con particolare attenzione le varie proposte e disegni di legge elaborati in campo nazionale nel settore dell'assistenza farmaceutica e si sta valutando la possibilità di rivedere la legislazione vigente per adeguarla alle mutate esigenze.

#### c) Attività amministrativa

Per la provincia di Trento sono proseguiti i lavori per l'assegnazione delle farmacie messe a concorso con bando dell'11 maggio 1961. In tal modo nell'anno 1963 sono entrate in funzione numero 13 farmacie.

Attualmente non sono state ancora conferite le sedi più disagiate e si può fin d'ora presumere che alcune di queste non potranno essere aperte per mancanza di professionisti disposti ad accettarle.

Nella provincia di Bolzano si è proceduto all'assegnazione delle farmacie messe a concorso con bando del 12 luglio 1961; ne sono state assegnate 7, di cui due di nuova istituzione. Poichè a seguito del ricorso di un concorrente, accolto dal Consiglio di Stato, si sono annullate due delle graduatorie a suo tempo approvate, per queste è stato necessario rifare completamente i lavori per la formazione delle nuove graduatorie. Attualmente risultano ancora da assegnare le farmacie di Bolzano-Gries, Bolza-

no-Rencio e Brunico. La sede di Ultimo non è stata accettata da alcun concorrente e quindi dovrà essere rimessa a concorso.

Per quanto concerne la revisione della pianta organica delle provincie di Trento e Bolzano, resasi necessaria a seguito della proclamazione ufficiale dei dati del censimento della popolazione (D.P.R. 31 gennaio 1963 n. 18) alcuni Comuni hanno già formulato le loro proposte, per cui sarà possibile giungere quanto prima al provvedimento di istituzione di nuove farmacie; 4 nel Comune di Bolzano, due nel Comune di Trento; si sta inoltre attendendo che il Comune di Rovereto adotti una decisione a proposito dell'istituzione di due farmacie comunali.

Successivamente si procederà all'indizione dei concorsi e si prevede di giungere quanto prima all'apertura dei nuovi esercizi.

Nel quadro di un'azione intesa a venire incontro alle esigenze dei titolari delle farmacie rurali, si è concessa, a titolo sperimentale, la chiusura festiva alternata quindicinale degli esercizi posti nei piccoli centri. Poichè tale esperimento ha avuto esito favorevole, verrà elaborato prossimamente un organico piano per la definitiva attuazione di quanto sopra.

Con la legge regionale n. 29 del 21 ottobre 1963, concernente norme per l'ordinamento dei Comuni, è stata delegata alle Provincie di Trento e di Bolzano la potestà di costituire consorzi e quindi anche quelli per il servizio sanitario.

E' stato espletato altresì il concorso a posti di veterinario condotto vacanti in provincia di Trento: i concorrenti erano 47 e di questi 37 hanno sostenuto le prove pratiche d'esame. Le condotte a concorso erano Borgo Val-sugana, Calliano, Cavalese, Civezzano, Levico.

Si sta terminando l'espletamento del concorso a posti di medico condotto vacanti in provincia di Trento; hanno presentato domanda

di ammissione n. 115 concorrenti e di questi 57 hanno sostenuto le prove pratiche d'esame; le sedi a concorso erano 19.

Successivamente si inizieranno i lavori del concorso per il conferimento dei posti di ostetrica condotta vacanti in provincia di Trento. Le domande pervenute sono 112, le condotte a concorso n. 22.

In attuazione al disposto della legge regionale 24 marzo 1963, n. 11, relativa alla delega alla Provincia della composizione e nomina delle commissioni giudicatrici dei concorsi a posti sanitari condotti, si è espletata l'istruttoria delle domande e della relativa documentazione pervenute da parte dei partecipanti al secondo concorso per il conferimento delle condotte veterinarie vacanti in provincia di Trento e dei tre concorsi per il conferimento delle condotte mediche, veterinarie ed ostetriche vacanti in provincia di Bolzano.

E' imminente l'emanazione di 6 bandi di concorso per l'assegnazione delle condotte mediche, veterinarie ed ostetriche vacanti nelle due provincie al 30 novembre 1963.

Con decreto del Presidente della Giunta regionale n. 179 del 6 dicembre 1963, è stata approvata la nuova tariffa per le prestazioni dei medici condotti a favore delle persone non aventi diritto all'assistenza gratuita. Con analogo provvedimento del 27 agosto 1963, è stata approvata una modifica delle tariffe per le prestazioni delle ostetriche condotte a favore delle non aventi diritto all'assistenza gratuita.

## INIZIATIVE VARIE

### *Formazione del personale sanitario.*

L'intervento finanziario e l'appoggio morale della Regione ha favorito anche nel 1963 l'attuazione di un vasto programma di iniziati-

ve per la formazione, aggiornamento e perfezionamento delle categorie sanitarie.

In particolare sono da segnalare i corsi indetti dal Collegio Infermiere Professionali-Assistenti Sanitarie di Trento, dalla Scuola Convitto Infermiere di Merano, dall'Associazione Infermiere Professionali di Bolzano, dall'Ospedale Civile S. Chiara di Trento, dall'Unione Italiana Ostetriche di Trento, dalla Croce Rossa Italiana di Trento e dal Collegio Ostetriche di Bolzano.

L'aiuto della Regione ha pure incentivato l'apprezzato lavoro scientifico-culturale realizzato dall'Ordine dei Medici e dalla Società Medico Chirurgica di Bolzano: quest'ultima ha potuto così proseguire nella pubblicazione degli « Atti della Società Medico Chirurgica » che favorisce la divulgazione fra i medici altoatesini di importanti esperienze e di tecniche innovative del settore professionale.

In provincia di Trento è da segnalare, inoltre, il bando di concorso per due borse di studio a favore di medici presso il Centro di chirurgia toracica-cardio vascolare dell'Ospedale Civile S. Chiara di Trento: questa iniziativa sovvenzionata dalla Regione rappresenta un ulteriore passo nel potenziamento di questo Centro sorto qualche anno fa dalla collaborazione tra l'Ospedale di Trento e l'Assessorato regionale alla sanità.

E' senz'altro da prevedere che tutto questo complesso di iniziative avrà nel futuro quello sviluppo che l'esigenza dei tempi, la coscienza professionale delle categorie sanitarie e la sensibilità degli amministratori vivamente richiedono: la Regione non potrà mancare di dare il proprio concreto aiuto perchè ciò avvenga.

### *Assistenza ai minorati bisognosi.*

Il ricorso di numerosissimi minorati bisognosi alle provvidenze disposte dalla Regio-

ne a loro favore per l'acquisto di apparecchi di protesi, già verificatosi nello scorso anno, ha subito un ulteriore incremento nel corso del 1963: testimonianza questa della bontà degli interventi regionali in questo settore che presenta purtroppo ancora spazi scoperti nel quadro dell'assistenza mutualistica.

Nel corso dell'anno si sono potute accogliere 221 richieste di intervento: in tal modo in moltissimi casi si è potuto fare recuperare totalmente o parzialmente determinate capacità lavorative di minorati fisici, comunque si è sempre raggiunto il risultato di alleviare, almeno in parte, le conseguenze dolorose delle minorazioni.

Una maggiore disponibilità di fondi sull'apposito capitolo di bilancio potrà consentire di far fronte più adeguatamente alle richieste tuttora inevase o che perverranno nel corso di questo esercizio finanziario: basti pensare che al termine del 1963 sono rimaste, non potute accettare per insufficienza di mezzi, ben 180 richieste.

L'Ufficio del servizio sociale regionale, che attende all'istruttoria di queste pratiche, sta esaminando la possibilità di dare alle stesse, anche alla luce dell'esperienza del passato, un'impostazione migliore che valga a rendere sempre più sollecito e concreto l'intervento della Regione in questo settore.

Un accenno devo qui ancora dare ad una particolare iniziativa che la Regione ha attuato due anni fa e che è stata ripetuta con vivo successo nel corso del 1963: intendo parlare del corso di rieducazione fonatoria per i muti della laringe.

Questa volta, al posto di un unico corso a carattere regionale, è stata studiata ed attuata una serie di corsi anche periferici in modo di alleviare il più possibile i disagi dei partecipanti ai corsi stessi. Le lezioni così sono state tenute con ottimi risultati da un insegnante della

Scuola di fonetica di Brescia, a Trento, Ala, Riva e Bolzano.

Questi corsi hanno registrato complessivamente n. 52 frequentanti ed hanno avuto la durata di quattro mesi, con una giornata di lezione alla settimana.

E' intendimento dell'Assessorato studiare la possibilità di rendere permanenti questi corsi e ciò sia per il numero dei laringectomizzati che purtroppo costantemente aumenta, sia per la particolare esigenza di un continuo esercizio e perfezionamento nell'uso della parola anche da parte di coloro che hanno già ultimamente frequentato i corsi.

A tal fine sono già stati presi gli opportuni contatti con i Consorzi obbligatori per la lotta contro i tumori, che sono istituzionalmente interessati ad iniziative del genere.

#### *Prevenzione infortuni.*

Nel campo della prevenzione degli infortuni sul lavoro la Regione, continuando la sua collaborazione con l'E.N.P.I. e con l'Ispettorato del lavoro, ha realizzato numerose iniziative, parte ormai tradizionali, altre originali, allo scopo di suscitare sempre nuovi interessamenti verso il problema infortunistico e di contribuire alla formazione della coscienza antinfortunistica.

Così si sono ripetuti con successo i corsi per diplomandi degli Istituti tecnici per geometri ed industriali, delle Scuole tecniche agrarie, nonchè delle Scuole tecniche industriali, sia in provincia di Bolzano, mentre a Rovereto è stato realizzato un corso di cultura industriale con particolare riferimento alla prevenzione degli infortuni sul lavoro, riservato a insegnanti elementari della zona.

Numerosi boscaioli sono stati avvicinati nel corso di convegni ed incontri, tenuti sia nel Trentino che nell'Alto Adige, dai tecnici del-

l'EN.P.I. in località caratterizzate dalla presenza di questi lavoratori del legno.

In collaborazione con i Provveditorati agli studi di Trento e di Bolzano è stata inoltre lanciata la « giornata della sicurezza nelle scuole elementari » iniziativa già sperimentata in altre provincie con notevole successo; è stata inoltre autorizzata la spesa per la traduzione e la pubblicazione in lingua tedesca dell'opuscolo « Il pronto soccorso in attesa del medico » volumetto edito dall'ENPI e destinato ad entrare come vademecum pratico e di rapida consultazione nelle case dei lavoratori e dei contadini dell'Alto Adige.

La realizzazione di tutte queste iniziative è stata, come gli anni precedenti, studiata e proposta dall'apposita Commissione regionale antinfortunistica, la quale recentemente ha suggerito l'indizione di corsi di prevenzione infortuni per assistenti edili e capomastri, da tenersi in dieci località della regione.

#### *Centro di studi e ricerche sull'alimentazione.*

Mi pare doveroso accennare alla situazione attuale del lavoro per l'istituzione di questo centro, le cui finalità sono state ampiamente illustrate nella relazione al bilancio 1963.

Come è noto alla realizzazione di questo Centro, che sorge ad opera dell'Istituto Nazionale della Nutrizione, è chiamata a concorrere anche la Regione.

A tal fine la Giunta regionale ha approvato un progetto di legge, predisposto da questo Assessorato sulla scorta di analogo provvedimento della Regione Valdostana, che stabilisce i limiti dell'intervento regionale.

Purtroppo questo progetto di legge trasmesso al Consiglio regionale in data 14 dicembre 1962 attende tuttora l'esame della competente Commissione.

E' auspicabile che il suo iter venga il più possibile sollecitato, anche per aderire ai pres-

santi inviti dell'Istituto nazionale della Nutrizione il quale, in caso di ulteriore eccessivo ritardo, si vedrebbe costretto a dare la precedenza ai lavori per l'istituzione di un analogo Centro in collaborazione con la Regione Sarda.

#### *Centri medico - sociali.*

La medicina sociale sta assumendo nei tempi che corrono un'importanza sempre crescente, di pari passo con l'imporsi in termini sociali di tutti i problemi che interessano la comunità.

Il Ministero della Sanità ha inteso interpretare queste esigenze disponendo recentemente il potenziamento dei centri di medicina sociale esistenti e raccomandandone vivamente l'istituzione laddove essi sono ancora mancanti: all'uopo ha provveduto anche a disporre talune provvidenze per sostenere lo sforzo degli Ospedali e degli Enti a cura dei quali i Centri vengono aperti e fatti funzionare.

In linea con questi provvedimenti, la nostra Amministrazione nel passato è intervenuta in varie occasioni sia deliberando contributi e sussidi per il funzionamento, l'attrezzature e l'aggiornamento di vari centri di medicina sociale, sia creando con apposite leggi dei Consorzi obbligatori incaricati di attuare particolari servizi di assistenza medico-sociale.

E' opportuno qui ricordare la Legge regionale 12 agosto 1959, n. 13, istitutiva dei Consorzi provinciali per la lotta contro i tumori: questo provvedimento aveva l'intento di promuovere attraverso l'istituzione di appositi Enti e con il concorso finanziario di varie Istituzioni pubbliche interessate, e prime fra esse la Regione e le Provincie, strumenti ed iniziative per:

- 1) attuare interventi ed opere necessarie per la difesa contro i tumori;

- 2) promuovere e disciplinare la propaganda per la diagnosi precoce e per l'assistenza delle malattie cancerose;
- 3) promuovere il perfezionamento dei medici chirurghi e degli esercenti le professioni sanitarie ausiliarie;
- 4) curare la protezione e l'assistenza sanitaria e sociale dei cancerosi.

Sulla base di queste direttrici, i due Consorzi provinciali per la lotta contro i tumori di Trento e di Bolzano hanno redatto ed in parte iniziato ad attuare sia pure in tempi diversi dei programmi di intervento ed iniziative, nel settore loro affidato.

Questi programmi prevedono il potenziamento degli ambulatori oncologici già funzionanti e l'intensificarsi della propaganda, sia presso i corpi medico-sanitari, sia presso la popolazione, per l'attuazione della diagnosi precoce.

Particolari iniziative verranno indette nel campo della formazione e del perfezionamento dei medici chirurghi e degli esercenti le professioni sanitarie in genere.

I due Consorzi provvederanno infine a rendere sempre più organizzate ed efficienti le iniziative di assistenza ospedaliera e domiciliare dei cancerosi non coperti da assicurazione o che comunque versino in condizioni economiche di bisogno: una speciale assistenza verrà fornita anche alle rispettive famiglie e pertanto è previsto che in questo settore possa operare dell'apposito personale (assistenti sociali, assistenti sanitarie).

Ricordo qui infine l'aiuto finanziario che la Regione concede ogni anno a sostegno dei Centri medico-psico-pedagogici dell'Ente nazionale per la protezione morale del fanciullo e dell'O.N.M.I. di Trento e Bolzano; nonchè a favore del Centro per la lotta contro la nevrosi, funzionante a Bolzano.

#### *IV Congresso internazionale sui problemi dei Centri tumori.*

Entro il corrente anno avrà luogo in regione un Congresso internazionale sui problemi dei Centri tumori organizzato, sotto l'egida del Ministero della Sanità, dal Centro tumori di Borgo Valsugana in collaborazione con l'Università di Padova e con la Regione.

A questo Congresso hanno già assicurato la loro adesione eminenti cattedratici e specialisti americani, inglesi, russi, svedesi, ecc.

A nessuno può sfuggire l'importanza fondamentale di questa manifestazione di altissimo valore scientifico, culturale e sanitario.

Con la scelta della nostra regione a sede di questo IV Congresso e con l'incarico organizzativo affidato al Centro regionale per la lotta contro i tumori di Borgo Valsugana, viene dato un significativo riconoscimento allo sforzo che la Regione e l'Ospedale di S. Lorenzo di Borgo Valsugana hanno attuato, con l'aiuto governativo, al fine di dotare la nostra terra di un modernissimo ed efficiente strumento di lotta contro il morbo e per il fatto che siamo stati i primi in Italia a promuovere con legge i Consorzi provinciali obbligatori per la lotta contro i tumori.

La Regione, nell'assicurare a questa manifestazione il suo appoggio morale e finanziario, esprime la speranza che la scienza medica più avanzata, che sarà autorevolmente rappresentata al Congresso in argomento, possa in questa occasione compiere nuovi e decisivi passi per il perfezionamento di conoscenze di strumenti adeguati nella lotta contro questa malattia sociale.

A conclusione di questa rapida illustrazione del lavoro che ha impegnato l'Assessorato per il passato e che lo attende ancora in questo scorcio di legislatura, non posso che far mie le considerazioni svolte in Consiglio regio-

nale dal signor Presidente in occasione della presentazione del bilancio per il corrente anno.

Spetta ai signori Consiglieri valutare l'opera dell'Assessorato ed esprimere sulla stessa quei giudizi, quei suggerimenti, gli stimoli ed anche quelle critiche, che mi auguro costruttive, per una sempre più sollecita ed adeguata azione nei settori di nostra competenza.

Per parte mia sono il primo a riconoscere che tutto non è stato fatto e che quanto è stato fatto è senz'altro perfettibile: devo peraltro confermare che questi mesi di lavoro in seno all'Assessorato mi hanno ulteriormente convinto della delicatezza e della complessità dei problemi riguardanti gli affari di competenza. Ne sono una riprova le difficoltà ed i problemi che nelle stesse materie affaticano i vari Governi che si succedono alla guida della Nazione.

D'altra parte una serie di provvedimenti legislativi, che hanno avuto l'approvazione di questo Consiglio regionale, ed il lavoro amministrativo svolto dalla Giunta e dall'Assessorato, stanno ad indicare che si è lavorato positivamente e con intensità.

Per questo devo ringraziare oltre al Consiglio regionale che ha dato dignità di legge a varie proposte dell'Assessorato, il Presidente della Giunta ed i Colleghi Assessori che mi sono stati vicini in questo lavoro per me nuovo e perciò doppiamente impegnativo.

Un'attestazione di merito debbo ancora rivolgere ai dipendenti dell'Assessorato che hanno prestato la loro qualificata opera con impegno e con appassionata dedizione.

Auspico infine che quanto è stato prospettato in questa relazione come programma di lavoro per questi pochi mesi che ancora rimangono alla presente legislatura, possa essere attuato nell'interesse delle nostre popolazioni.

Mi rimane ora da rispondere a alcuni quesiti propostimi sia in Commissione, sia nel

corso della discussione generale sul bilancio. Il cons. Odorizzi ha chiesto di conoscere la situazione finanziaria delle due Casse di malattia; lo rimando ai dati contenuti nella relazione che ho testè svolto e il cui testo è stato distribuito ai signori consiglieri.

Il cons. Wahlmüller ha chiesto chiarimenti sulla concessione di contributi per l'acquisto di apparecchi di protesi: a Trento sono stati concessi 5 milioni, a Bolzano oltre 6. Egli ha anche parlato di una certa lentezza nell'evazione delle pratiche relative; in parte è vero. Gli faccio notare, però, che per la concessione di questi contributi si tratta di controllare che i richiedenti siano veramente bisognosi e ciò richiede evidentemente un certo tempo. Tuttavia, dal gennaio di quest'anno, la procedura burocratica è stata sensibilmente accelerata. Il cons. Benedikter ha parlato della situazione negli ospedali dell'Alto Adige per quanto riguarda la proporzione etnica del personale addetto; in particolare ha chiesto notizie sull'ospedale di Bolzano. E' stata svolta una inchiesta che, anche se non sarà perfetta in senso assoluto, tuttavia è da ritenere assai vicina alla situazione reale, essendo stata condotta con serietà e diligenza. Si tratta di un lungo elenco che mi premurerò di distribuire in copia dopo Pasqua. Devo dire, però, che la situazione è interessante e deve senz'altro essere esaminata e prospettata. Alle signorine Perazzolli e Lorenzi ha già risposto, per i problemi da esse posti, il Presidente della Giunta nella sua replica.

Il cons. Nardin ha insistito per conoscere il parere delle Casse di malattia sulle prestazioni ospedaliere. La Cassa di Bolzano ha risposto in questi termini:

*« In relazione alla richiesta di cui alla nota prot. n. 301/46. F del 4.2 c.a. circa l'assistenza fornita dai vari Ospedali pubblici della*

Provincia ai degenti ricoverati per conto di questa Cassa, mi prego formulare alla S.V. alcuni rilievi e qualche constatazione di fatto.

Anzitutto un rilievo comune a tutti gli Ospedali in questione: appare troppo rilevante la percentuale dei ricoveri effettuati con carattere « d'urgenza » (65%) nei confronti di quelli effettuati su espressa volontà del medico curante e cioè con normale impegnativa.

Pur ammettendo il continuo incremento nel numero degli eventi traumatici prodotti da incidenti stradali, sportivi ecc., resta pur sempre evidenziabile un congruo numero di ricoveri per cui la stessa diagnosi emessa dal medico di guardia all'accettazione non giustifica il provvedimento adottato.

Negli Ospedali maggiori e che sono poi quelli di vecchia costruzione (Bolzano, Merano e Bressanone) si verifica un perenne sovraffollamento di pazienti e la conseguente relativa inadeguatezza di attrezzature comporta molto spesso un prolungamento eccessivo del periodo dedicato agli accertamenti (esami radiologici e di laboratorio) e quindi una ritardata soluzione dei casi altrimenti facilmente dimissibili, con intasamento delle corsie e questo anche a scapito dei casi veramente necessitanti di prolungata degenza.

Presso l'Ospedale di Merano c'è una vera carenza di posti-letto; manca il reparto pediatrico per gli immaturi ed i servizi igienici sono ormai inadeguati al numero dei degenti.

Presso l'Ospedale di Silandro la consulenza radiologica viene garantita solo due volte alla settimana e quella otorinolaringoiatrica una sola volta alla settimana.

Presso l'Ospedale di Brunico opera un troppo scarso numero di medici (due addetti alla parte chirurgica e solamente uno a quella medica).

Infine, un altro rilievo comune: sempre meno gli Ospedali predispongono metodica-

mente l'allestimento di diete particolari e differenziate aventi riguardo per le diverse categorie di pazienti (stati febbrili, stati pre e post operatori, ecc.)».

La risposta di quella di Trento è molto più dettagliata e più lunga:

« Ho dovuto attendere di avere una completa relazione sulla situazione attuale degli ospedali, onde rispondere compiutamente alla richiesta della S.V. e, pertanto, la risposta ha dovuto subire un ritardo.

Il servizio sanitario, da me incaricato di effettuare gli accertamenti, mi ha fatto la seguente relazione:

Ospedale Civile di S. Chiara di Trento ha due reparti chirurgici, due reparti medici, un reparto otorinolaringoiatrico, oculista, urologico, radiologico, dermatologico e un gabinetto analisi. Dotato di una buona attrezzatura e non suscettibile di critica per quanto riguarda l'organizzazione e qualificazione dei servizi, si è dimostrato a tutt'oggi decisamente insufficiente per quanto riguarda il numero dei posti letto e questo forse non soltanto relativamente al sensibile aumento dei ricoveri dell'assistito mutualizzato. Tale insufficienza si fa più sensibile per alcuni reparti, anche in rapporto ai limiti imposti dall'attuale ambiente. Buona la qualificazione di tutti i servizi esistenti e particolarmente qualificato il gabinetto analisi, sia in rapporto alla sua attrezzatura in grado di soddisfare ogni richiesta, sia soprattutto in rapporto alla specifica competenza del prof. Gastaldi che lo dirige.

Qualche perplessità si è avuta talvolta in merito all'assistenza riservata al traumatizzato o meglio all'assistito ricoverato (d'urgenza) e suscettibile di trattamento ortopedico, e questo probabilmente anche in rapporto alla mancanza di una attrezzatura adeguata.

Come è noto infatti, fino ad ora, il reparto ortopedico di S. Chiara è dislocato presso il C.T.P. dell'INAIL o Villa Igea. E' dotato di una attrezzatura e di una qualificazione senz'altro adeguate, non altrettanto invece per i posti letto che fino a questo momento sono senz'altro insufficienti.

Ci risulta d'altra parte siano in corso lavori di ampliamento che potranno senz'altro in futuro ovviare a tale deficienza.

Mai avute proteste da parte dei nostri assistiti, nemmeno per quanto si riferisce all'assistenza da parte del personale infermieristico oppure al vitto che è particolarmente curato ed abbondante. Ospedale infantile provinciale: ottima qualificazione di tutti i servizi che non hanno mai dato origine a critiche da parte dei nostri assistiti. Buona l'assistenza da parte del personale infermieristico ed il vitto che è selettivamente condizionato dalla più scrupolosa regola della dietetica infantile. La precedente cronica insufficiente di posti, legata anche alla mancanza di un reparto pediatrico in tutti gli ospedali della bassa Vallagarina, è stata per ora risolta con i recenti lavori di ampliamento ed ammodernamento del precedente edificio.

Ospedale Psichiatrico di Pergine: esiste convenzione per i ricoveri in reparto neurologico per i quali sono d'altra parte sorte spesso da parte dei nostri assistiti notevoli difficoltà specie di ordine psicologico, relativamente alla sede dei ricoveri stessi. Ciò ha portato a qualche richiesta di ricovero in Case di Cura fuori provincia, che non trovando giustificazione in ragioni di esclusivo carattere sanitario, ha portato a spiacevoli contestazioni con relativo danno economico da parte di quegli assistiti che hanno voluto ricorrere a tale tipo di assistenza. La frequenza di tali richieste è andata invero riducendosi in tale ultimo periodo, anche in seguito alla costruzione del nuovo reparto neu-

rologico che ha dato senz'altro un aspetto perlomeno più dignitoso all'ambiente.

Proporzionalmente anche le critiche al trattamento ed all'assistenza sono attualmente meno frequentemente condivise. Pressochè la totalità dei ricoveri avviene con procedura ordinaria, presupponendo una visita preventiva da parte dello specialista neurologo.

Ospedale Civile di Rovereto: prevede i reparti di medicina, chirurgia, neurologia, otorinolaringoiatria, oculistica, ostetricia, ginecologia, radiodiagnostica.

Il reparto di ostetricia-ginecologia è dislocato in altra sede e manca di una completa attrezzatura complementare che lo possa rendere autosufficiente, in quanto manca ad esempio di un gabinetto analisi e di un gabinetto radiologico, per i quali deve servirsi dell'attrezzatura dell'ospedale Civile.

Decisamente sentita la mancanza di un reparto pediatrico, che costringe a dirottare i pazienti sotto i dieci anni presso l'Ospedale Infantile di Trento. Tale deficienza risulterà più evidente qualora si tenga presente che pure gli Ospedali di Riva ed Arco non sono provvisti di reparto pediatrico e quindi praticamente tutta la zona del basso Trentino deve gravitare per tale assistenza sull'Ospedale Infantile di Trento. Analoga situazione si prospetta pure per la mancanza di un attrezzato reparto ortopedico traumatologico che costringe i nostri assicurati a ripetuti ricoveri in altre sedi, anche fuori provincia.

Non altrettanto urgente l'istituzione di un reparto dermatologico. Prevalente la procedura d'urgenza per i ricoveri in reparto ostetrico-ginecologico e chirurgico. Sufficiente il servizio assistenza. Qualche lagnanza per quanto si riferisce al vitto non ha trovato conferma. Forse eccessivamente affollato il reparto medico, ma non è certo l'unica causa che condiziona tale stato di cose, spesso dovuto anche

ad una degenza prolungata per quei casi che si rendono suscettibili di indagini ripetute.

Ospedale di Ala (Infermeria Mista) — lo dirige il Primario chirurgo che provvede anche al reparto medico. Quest'ultimo si traduce spesso in un reparto lungo-degenti, sia per la competenza senz'altro meno specifica in questo campo del primario stesso, dotato di un indirizzo prettamente chirurgico, sia per la qualità stessa degli accertamenti che per queste prestazioni richiedono anche una attrezzatura più specializzata.

Per ragioni facilmente intuibili i ricoveri anche in reparto medico si effettuano al 100% con procedura d'urgenza, portando di conseguenza a spiacevoli contestazioni per quanto si riferisce alla giustificazione dei motivi che dovrebbero confermare l'urgenza stessa ed a frequenti ricoveri ripetuti per lo stesso evento morboso in Ospedali diversi.

Nulla da obiettare per quanto riguarda le degenze in reparto ortopedico, che trovano un preventivo accordo con i medici fiduciari dell'Agenzia di Rovereto.

Non particolari lamenti per quanto riguarda il trattamento e l'assistenza da parte del personale infermieristico.

Ospedale civile di Riva: è provvisto di un reparto chirurgico (medico), otorinolaringoiatrico, ostetrico, oculistico, radiologico e di un gabinetto analisi, sufficientemente attrezzati e qualificati sul piano funzionale. La mancanza di un reparto pediatrico è da intendersi solo relativa alla mancanza dello stesso reparto presso l'Ospedale di Rovereto, il che crea una situazione di grave disagio per tutti gli assistiti della bassa Vallagarina ed un sovraffollamento dell'Ospedale Infantile di Trento, dove di necessità devono convergere tutti i piccoli assistiti di età inferiore agli anni dieci. Opportuna invece presso l'Ospedale di Riva l'istituzione di un effettivo primariato medico con una attrez-

zatura adeguata per quelli accertamenti diagnostici particolareggiati che sono ormai diventati un comune indirizzo della medicina moderna. Anche il reparto radiologico sarebbe auspicabile potesse avere quell'assetto definitivo, che gli permettesse di essere funzionalmente più rispondente alle effettive esigenze di tutti i reparti (attualmente il radiologo è presente in Ospedale solo tre giorni in settimana).

Nulla da obiettare per quanto riguarda il trattamento e l'assistenza da parte del personale infermieristico.

Forse non del tutto indipendente dai problemi riguardanti l'Ospedale di Riva e l'assistenza ai nostri mutuatati, sarebbe la auspicabile istituzione di una adeguata Casa di Riposo o di un reparto lungo-degenti da riservare a quei pazienti che dovrebbero beneficiare della pubblica assistenza.

Ospedale Civile di Arco: ha un primario chirurgo che provvede nello stesso tempo al reparto medico avvalendosi per questo ultimo compito della collaborazione di un consulente cardiologo, neurologo, ortopedico e di un radiologo che fungendo anche da assistente ha la specializzazione in radiologia ed una competenza specifica che gli consente di soddisfare ogni richiesta anche per quanto riguarda ricerche relative a più recenti indirizzi clinici.

Vige comunque presso l'Ospedale di Arco una più fattiva collaborazione tra primario e consulenti, il che può ovviare ad una più rigorosa suddivisione di reparti e di compiti. Nessuna lamentela per quanto riguarda il trattamento riservato agli assistiti della Cassa.

Ospedale Civile S. Lorenzo di Borgo: è diretto da un primario chirurgo che provvede anche ai ricoverati del reparto medico con la collaborazione di due assistenti, di cui uno è anche addetto al gabinetto analisi. Ottimo il trattamento riservato ai nostri assistiti, sia per quanto riguarda il vitto, l'organizzazione inter-

na, l'assistenza medico farmaceutica e quella del personale infermieristico. Non si sono di conseguenza mai avute critiche o lamentele di sorta.

Particolarmente qualificato, competente ed ottimamente attrezzato il reparto radiologico e quello della terapia radiante, che prevede il trattamento selettivo di tutte le forme neoplastiche, sia con i mezzi abituali (roentgen-terapia), sia con il cobalto e con il betratone. In corso di avanzato allestimento inoltre il reparto che consentirà il trattamento con i radioisotopi (j 131 e simili). Tale reparto è diretto con particolare e strettamente specifica competenza, da un primario radiologo coadiuvato da due assistenti dei quali uno prevalentemente addetto alla radiodiagnostica, ivi comprese le più recenti acquisizioni avvenute in tale campo. Se una critica può essere data a tale qualificato reparto dell'Ospedale di Borgo, è quella di trovarsi in una posizione troppo decentrata rispetto al capoluogo e quindi rispetto anche agli altri Ospedali della provincia. Tale stato di cose crea appunto delle difficoltà soprattutto per quanto riguarda la cura di quelle forme neoplastiche suscettibili di trattamento ambulatoriale. Non si ritiene con questo di poter sostenere l'opportunità di creare altri centri presso altri Ospedali trattandosi di una terapia che richiede una competenza strettamente specializzata.

Ospedale di Fiemme di Cavalese: è diretto da un primario chirurgo che segue contemporaneamente il reparto medico, l'ostetrico, l'ortopedico. E' in ciò coadiuvato da un aiuto (specialista in chirurgia ed in ostetricia) e da due assistenti, dei quali uno provvede anche all'anestesia pur non essendo provvisto del relativo diploma di specializzazione. Mentre nessuna obiezione è da fare per quanto riguarda l'assistenza ed il trattamento dell'ammalato suscettibile di trattamento chirurgico,

non ci sentiamo di escludere qualche perplessità in merito al degente in reparto medico od a quello suscettibile di trattamento ortopedico. Le spiacevoli contestazioni talvolta sorte proprio relativamente a tali ammalati, fanno auspicare l'istituzione di alcuni reparti con relativo Primario direttamente responsabile.

Tale situazione è anche forse legata alla non richiesta collaborazione da parte del Primario chirurgo agli specialisti eventualmente incaricati di consulenze ambulatoriali. Netta la prevalenza dei ricoveri con procedura d'urgenza rispetto a quelli forniti di impegnativa regolare. Nessuna obiezione per quanto si riferisce al vitto ed all'assistenza del personale infermieristico.

Ospedale Civile « S. Giovanni » di Mezzolombardo: non risulta siano state sollevate particolari obiezioni per quanto si riferisce al trattamento, all'assistenza ed al vitto riservato ai nostri assistiti.

Decisamente insufficiente il servizio radiologico, data la presenza dello specialista — peraltro ben qualificato — una sola volta in settimana. Ciò crea spesso una situazione di disagio sia per quanto si riferisce all'opportunità di accertamenti più rigorosi, sia in merito al prolungamento di ricoveri, condizionati forse anche alla necessità di successivi controlli radiologici. La creazione del primariato medico ha senz'altro migliorato l'assistenza per tale categoria di assistiti, ma una più aperta collaborazione tra primario medico e chirurgo e tra questo ed i vari consulenti specialisti potrebbe portare ad un più proficuo lavoro di equipe che certo non nuocerebbe.

Netta la prevalenza dei ricoveri con procedura d'urgenza (90%) con possibili contestazioni in merito alla giustificazione della stessa.

Ospedale Mandamentale « 3 novembre » di Tione: prevede 112 posti-letto con un au-

mento medio di 101 presenze per l'anno 1963. Buona l'attrezzatura in genere che è dotata anche di un gabinetto analisi particolarmente funzionante, data la specifica competenza del primario medico che lo dirige.

Nessuna obiezione per quanto riguarda il trattamento riservato agli assistiti della Cassa che trovano in tutti i reparti un'assistenza assolutamente esente da critiche, sia dal punto di vista della competenza professionale che da quello del trattamento (vitto abbondante curato, con carne due volte al giorno).

Esiste un reparto medico, un reparto chirurgico ed uno radiologico con relativi primari, più una sezione ostetrica, una pediatrica ed un gabinetto analisi. Inoltre prestano la loro opera in qualità di consulenti gli specialisti ortopedico (2 volte in settimana), oculista (1 volta in settimana), otoiatra (1 volta alla settimana), neurologo (1 volta alla settimana).

La percentuale dei ricoveri urgenti non è certo prevalente rispetto a quelli ordinari.

Ospedale Civile di Cles: 1400 è stato il numero degli assistiti della Cassa ricoverati in tale Ospedale per il 1963 ed oltre 4000 le prestazioni ambulatoriali. Salvo casi eccezionali, assolutamente trascurabili non si sono mai avute lamentele per il trattamento ricevuto: gli ambienti sono moderni, ineccepibili le condizioni igieniche, vitto buono ed abbondante, assistenza del personale infermieristico sufficiente. Ottima la qualificazione dei reparti medico, chirurgico, radiologico e pediatrico, cui non è possibile sollevare alcuna obiezione proprio grazie alla specifica competenza di ciascun primario.

Devono aggiungersi le consulenze ambulatoriali settimanali o bisettimanali da parte degli specialisti oculista, otorinolaringoiatra, neurologo e ortopedico.

Da rilevare forse la mancanza di un anestesista specializzato e la insufficiente attrezzatura

ortopedica, che limita di necessità l'attività di un ottimo specialista presente due volte in settimana.

I ricoveri nei vari reparti avvengono con procedura d'urgenza nel 48% dei casi.

Da quanto sopra esposto, mi sembra di eruire che nella Provincia di Trento l'assistenza fornita agli assicurati di questa Cassa da parte degli Ospedali pubblici non presenti particolari critiche, sia per quanto concerne le cure sia per il trattamento.

Indubbiamente il sovraffollamento dei due maggiori Ospedali civili e cioè quello di S. Chiara di Trento e di Rovereto, porta a delle insufficienze che dovrebbero scomparire non appena saranno costruiti i due nuovi Ospedali, la cui capienza potrà essere sufficiente alle richieste.

Altra considerazione può essere fatta per il reparto neurologico dell'Ospedale Psichiatrico di Pergine. E' un vecchio problema che potrà essere risolto solamente quando in Provincia sorgeranno o altri reparti neurologici o Case di cura a ciò destinate.

Per qualche altro ospedale, come detto nella relazione, se si potesse conseguire una migliore qualificazione per certi settori (per esempio medico), i benefici derivanti agli assistibili sarebbero indubbiamente maggiori e con conseguente risparmio di spesa a carico degli Enti Mutualistici ».

PRESIDENTE: La parola al cons. Wahlmüller.

WAHLMÜLLER (S.V.P.): Ich wollte zu diesen Kapiteln, vor allem zum Kap. 75, aber auch zu anderen Fragen, kurz Stellung nehmen. Ich bin befriedigt darüber, vom Assessor gehört zu haben, daß die Abwicklung der Akten jetzt schneller vor sich gehen wird und er demnach selbst zugesteht, daß das eben in

der Vergangenheit etwas langsam gegangen ist. Ich habe ja schon in Beispiel von Meran vorgebracht; ich habe hier ein anderes Beispiel von einem Gesuch, das in der Zwischenzeit überholt wurde, weil der Gesuchsteller verzichtet hat, d.h. er hat sich die Zahnprothese in der Zwischenzeit selber angeschafft, weil er nicht so lange warten konnte. Ein anderes typisches Beispiel eines wirklichen Fürsorgefalles betrifft einen Menschen, der in eine andere Gemeinde übersiedelt ist, wo aber keine Gemeinde — weder die frühere noch die neue — sich als « domicilio di soccorso » zuständig fühlt.

AVANCINI (P.S.D.I.): Chi è?

WAHLMÜLLER (S.V.P.): E' il Gurschler di Latsch, Alois Gurschler. Jetzt ist mir allerdings zugesichert worden, daß dieser Fall nun endlich in der nächsten Zeit erledigt werden wird; das Gesuch stammt ebenfalls bereits aus dem Jahre 1962. Man sieht also, daß eine Beschleunigung dieser Erledigungen sehr notwendig ist und ich freue mich darüber, daß der Assessor nun Zusicherungen über die Beschleunigung gegeben hat. Denn gerade bei diesen Dingen ist eine schnelle Erledigung notwendig; denn eine Fürsorge, die nicht schnell einsetzt und nicht schnell hilft, ist keine Fürsorge. Man müßte doch erwarten, daß spätestens in zwei bis drei Monaten eine solche Sache erledigt werden kann.

Zu diesem Kapitel der Prothesen möchte ich noch einige andere Anregungen geben. Bis jetzt ist es so, daß zunächst die Bewilligung eingeholt werden muß, eine solche Prothese anzuschaffen, daß sie teils sogar bei bestimmten Firmen bestellt oder gekauft werden muß. Nun gibt es viele Fälle, wo solche Dinge dringend sind. Ich möchte daher anregen, daß es möglich gemacht wird, daß der einzelne sich zunächst die Prothese anschafft, wenn er dazu in der

Lage ist, und ihm dann ein Spesenersatz gewährt wird. Das würde die Sache in vielen Fällen sehr erleichtern, besonders was die deutsche Volksgruppe betrifft, denn viele, die solche Apparate brauchen, wie Gehbehinderte, Schwerhörige usw., die sich in Instituten im Ausland, in Nordtirol, befinden, haben dann überhaupt keine Möglichkeit mehr, eine solche Subvention zu erhalten, weil für das Ausland keine Kosten übernommen werden, d.h. der Firma nicht bezahlt werden. Es müßte doch möglich sein, daß diese Leute einfach die Rechnungen einsenden und dafür einen Betrag rückerstattet erhalten.

Eine zweite Frage, die ich noch an den Assessor richten will, betrifft die Altersrenten. Er hat gesagt, daß das Gesetz in Betracht gezogen wird; er hat auch angeführt, daß viele Gesuche genehmigt wurden und auch bereits eine Reihe von Rekursen behandelt worden ist und daß die entsprechenden Beschlüsse gefaßt wurden. Es handelt sich aber nicht nur um die Fassung der Beschlüsse, es handelt sich um die Auszahlung der Gelder. Und bis jetzt ist diese Auszahlung der Gelder noch sehr unbefriedigend, d.h. viele wirklich bedürftige Arme, die mit großer Hoffnung auf dieses Gesetz gewartet haben, sind, trotzdem fast 1 1/2 Jahre vergangen sind, noch nicht im Besitz dieser Rente. Es ist mir klar, daß auf Grund der Durchführungsbestimmungen und all der Schwierigkeiten die Auszahlung vielleicht nicht so schnelle erfolgen konnte. Aber seit September 1962 sind 1 1/2 Jahre vergangen. Für diese Leute ist eine Nachzahlung von 110.000 Lire aufgelaufen, was für die einzelnen einen sehr hohen Betrag ausmacht und den sie natürlich bis heute nicht bekommen haben, auf den sie aber dringlich warten. Es wäre also gut, wenn auch hier dafür gesorgt würde, daß die Auszahlungen ehebaldigst tatsächlich erfolgen können und dann laufend durchgeführt wer-

den. Also ich bitte, diese zwei Dinge ebenfalls bei dieser Reform, die der Assessor in seinem Bericht angekündigt hat, berücksichtigen zu wollen.

*(Vorrei fare una breve dichiarazione su questi capitoli, soprattutto sul cap. 75, ma anche su altre questioni. Sono soddisfatto di aver sentito dall'Assessore che il disbrigo delle pratiche sarà ora più rapido, col che egli ammette perciò implicitamente che in passato si procedeva piuttosto lentamente. Ho già citato un esempio di Merano ed ora ne citerò un altro: si tratta di una domanda nel frattempo superata perchè il richiedente, non potendo aspettare tanto, ha rinunciato o per meglio dire si è procurato nel frattempo in altro modo la protesi dentaria. Un altro esempio tipico nel campo assistenziale è quello di un uomo che si è trasferito da un comune ad un altro: nè il primo nè il secondo dei comuni si sente competente come « domicilio di soccorso »).*

AVANCINI: Chi è?

WAHLMÜLLER: E' il Gurschler di Latsch, Alois Gurschler. (Ora in ogni modo mi è stato assicurato che anche questo caso verrà sbrigato entro breve tempo: la domanda è comunque del 1962. Possiamo dunque constatare come sia necessario accelerare lo svolgimento delle pratiche e sono contento che l'Assessore abbia dato assicurazioni in proposito. Per queste cose infatti una pronta soluzione è più necessaria che mai perchè un'assistenza che non intervenga e porti aiuto prontamente non si può chiamare tale. Ci si potrebbe aspettare che una faccenda del genere possa essere sbrigata al massimo in due o tre mesi.

Sull'argomento protesi vorrei dare qualche altro suggerimento: finora bisognava prima di tutto chiedere un'autorizzazione per l'acquisto della protesi e poi ordinarla o compe-

*rarla perfino da determinate ditte. Molto spesso si tratta però di casi urgenti ed io vorrei proporre di fare in modo che il singolo possa acquistare la protesi, se è in grado di farlo, e che in un secondo tempo gli venga rimborsata la spesa. Ciò semplificherebbe in molti casi il procedimento, specialmente per quanto riguarda il gruppo etnico tedesco, poichè molti irregolari fisiocinetici o deboli d'udito ecc., che avrebbero bisogno di apparecchi del genere, sono ricoverati all'estero, in istituti del Tirolo del Nord, e non hanno alcuna possibilità di ricevere queste sovvenzioni perchè non ci si assumono le spese per l'estero, cioè non si paga la ditta fornitrice estera. Dovrebbe invece essere possibile spedire semplicemente il conto e ricevere una certa somma a titolo di rimborso.*

Voglio poi rivolgere all'Assessore un'altra domanda riguardante le pensioni per la vecchiaia. Egli ha affermato che si tiene conto della legge ed inoltre che molte domande sono già state approvate; si è anche trattata tutta una serie di ricorsi redigendone le relative delibere. Non si tratta però soltanto di delibere ma di una liquidazione dei fondi che finora si è rivelata molto insoddisfacente. Infatti molti bisognosi che hanno aspettato la legge con grandi speranze non sono ancora in possesso della pensione nonostante sia passato un anno e mezzo dalla presentazione della domanda. Mi è chiaro che a causa delle norme di attuazione e di tutte le altre difficoltà i pagamenti non possono avvenire con molta prontezza, ma dal settembre 1962 è ormai passato un anno e mezzo! Per questa gente si sono accumulati degli arretrati di 110.000 lire, che per alcuni di loro rappresentano un importo notevole; naturalmente finora non lo hanno ricevuto ma lo aspettano impazientemente. Sarebbe bene dunque che anche qui si provvedesse ad effettuare al più presto i pagamenti ed a mantenerli poi al corrente. Vorrei dunque pregare l'Assessore di prendere in considera-

*zione anche queste due cose nella riforma annunciata nella sua relazione).*

**PRESIDENTE:** La parola al cons. Benedikter.

**BENEDIKTER (S.V.P.):** Der Herr Assessor hat uns bezüglich der verhältnismäßigen Besetzung des sanitären Personals der öffentlichen Krankenhäuser der Provinz Bozen für das nächste Mal die Aufstellung versprochen. Ich möchte dazu nur sagen: Meine Daten dürften derselben Quelle entstammen, denn es sind die Daten, die im Rahmen der Gemeindeaufsicht dem Landesausschuß zur Verfügung gestellt werden. Nun, es gibt zum Beispiel kleinere periphere Krankenhäuser in der Provinz Bozen, die fast ausschließlich mit deutschem Personal besetzt sind; es handelt sich aber um kleine Krankenhäuser und die Anzahl dieses Personals ist beschränkt. Aber damit kann nicht die Frage der Besetzung des Krankenhauses Bozen als gelöst erachtet werden, wo — wie ich geschildert habe — der Patientenstand mehr als 50% der deutschen Sprachgruppe angehört, während das sanitäre Personal, ähnlich wie in Meran — von den Ärzten angefangen bis zum Pflegepersonal —, fast ausschließlich der italienischen Sprachgruppe angehört und noch dazu die deutsche Sprache nicht beherrscht. Ich habe diesbezüglich einen Vorschlag gemacht und hätte darauf eine Antwort auf politischer Ebene erwartet, d.h., ob der Regionalausschuß der Ansicht ist, daß hier gesetzgeberisch etwas unternommen werden soll, um in Zukunft bei Neuaufnahmen des sanitären Personals die verhältnismäßige Besetzung zu gewährleisten. Dabei ist mir klar, daß das für das Krankenhaus von Bozen ebenso wie für das Krankenhaus in Schlanders oder die Krankenhäuser in Innichen, Bruneck und wo immer gelten muß, und zwar entsprechend dem Einzugsbereich der jeweiligen Krankenhäuser.

Deshalb muß hierauf eine politische Antwort gegeben werden, d.h. ob der Regionalausschuß jetzt — so und so viel Jahre nachdem die Region diese Zuständigkeit innehat — gewillt ist, eine Maßnahme im Sinne der echten Gleichberechtigung der Sprachgruppen zu treffen, d. h. praktisch zu gewährleisten, daß die Betreuung in den öffentlichen Krankenhäusern in der Muttersprache der Patienten erfolgt.

Hinsichtlich der Spitalstagesgelder: Hier nur eine Episode. Die Gemeinde Mals beschließt für ihr Krankenhaus, ähnlich wie für andere kleinere Krankenhäuser in Schlanders, Innichen, Sterzing, Brixen, beschlossen wird, eine Erhöhung des Krankengeldes. Der Landesausschuß als Gemeindeaufsichtsbehörde kann diese Beschlüsse, falls sie nicht ungesetzlich sind, nicht annullieren. Es gibt kein Gesetz, das vorschreibt, daß von irgendeinem Organ ein Gutachten abgegeben werden muß. Diese Organ, diese Begutachtungskommission, ist aber im Wege eines Rundschreibens des Regionalausschusses geschaffen worden. Auf Grund der neuen Gemeindeordnung kann der Landesausschuß solche Beschlüsse innerhalb 15 Tagen nur wegen Ungesetzlichkeit annullieren. Und was passiert? Die Krankenkasse erklärt, daß sie die Erhöhung des Tagesgeldes nicht anerkennt. Die Schuld an diesem unhaltbaren Zustand liegt am System. Es muß daher gesetzgeberisch ein System geschaffen werden, wonach die öffentlichen Krankenhäuser auf der einen Seite und die Krankenkassen aller Art auf der anderen Seite gezwungen werden, sich anlässlich der notwendigen Erhöhung der Tagesgelder zusammzusetzen, um, sei es unter dem Vorsitz der Region oder der Provinz, eine Einigung zustandezubringen oder daß, wenn keine zustandekommt, irgendwie ein Schiedsspruch erfolgt, der auch eingehalten werden muß. Denne die Beschlüsse dieser öffentlichen Krankenhäuser treten regelrecht in Kraft, werden rechtskräftig, und es geht nicht,

daß die Krankenkassen dann einfach erklären, nicht in der Lage zu sein, diese Gelder zu zahlen. Dadurch ergibt sich ein unhaltbarer Zustand und rechtlich ein Chaos, dem vorgesorgt werden muß und ich glaube, die Region ist zuständig dazu.

Der Herr Assessor hat nicht die Besetzung der ausgeschriebenen Apothekerstellen in der Provinz Bozen erwähnt, die neuerdings eine Verzögerung erfahren dürfte, denn die letzte Beschlußfassung durch die Kommission, welche für die Ausschreibung zu entscheiden hatte, ist neuerdings vom Staatsrat angefochten worden. Dies deswegen, weil nach der früheren Entscheidung des Staatsrates, der die Ausschreibung hinsichtlich zweier oder dreier Apotheken annulliert hat, die Kommission für alle anderen Apotheken die Besetzung durchgeführt hat, obwohl der Staatsrat seine Annullierung mit den Kriterien begründet hat, nach denen alle Apotheken insgesamt besetzt wurden. Wenn also gewisse Kriterien vom Staatsrat als ungesetzlich erklärt worden sind, so wirkt sich das auf alle Apotheken aus. Nun ist gegen die Besetzung aller Apotheken rekuriert worden, weil man bei dieser Besetzung auf Grund von Kriterien vorgegangen ist, die vom Staatsrat hinsichtlich zweier Apotheken als ungesetzlich erklärt worden sind. Ich glaube, es wäre hier auf Grund dieses Rekurses schon ratsam, mit der endgültigen Besetzung abzuwarten. Hinsichtlich der Pragmatisierung von Primärärzten, wofür der Regionalausschuß einen Gesetzesantrag eingebracht hat, müßte zu dem was der Assessor gesagt hat ergänzt werden, daß die Kommission unter meinem Vorsitz die Ärztekammervertretung sowohl von Bozen als auch von Trient gehört hat und beide Ärztevertretungen sich gegen diese Art von Pragmatisierung ohne vorausgehende Ausschreibung und ohne auch die Form einer Art von Prüfung zu wahren ausgesprochen haben und daß deswegen die Behandlung des Geset-

zes in der Kommission einen Stillstand erfahren hat; auch der Ausschuß drängt daher nicht weiter auf die Behandlung dieses Gesetzes.

*(L'Assessore ci ha promesso per la prossima seduta un elenco sulla occupazione proporzionale del personale sanitario negli ospedali della provincia di Bolzano. Vorrei dire soltanto che i miei dati dovrebbero provenire dalla stessa fonte poichè sono i dati forniti alla Giunta provinciale nell'ambito del controllo sui comuni. Ci sono per es. in provincia di Bolzano piccoli ospedali periferici che occupano quasi esclusivamente personale tedesco; si tratta però di ospedali molto piccoli in cui il numero del personale è limitato. Con ciò non si può considerare però risolto il problema dell'occupazione dell'ospedale di Bolzano, in cui, come ho già detto, più del 50% dei pazienti appartiene al gruppo di lingua tedesca mentre il personale sanitario, come del resto a Merano, a cominciare dai medici per finire al personale generico, appartiene quasi esclusivamente al gruppo italiano e per di più non ha una sufficiente conoscenza del tedesco. Presentando la mia proposta mi aspettavo una risposta sul piano politico, cioè se la Giunta sia del parere di intraprendere qualcosa sul piano legislativo per garantire in futuro nelle nuove assunzioni una rappresentanza proporzionale. Naturalmente capisco che la regola deve valere tanto per l'ospedale di Bolzano quanto per quelli di Silandro, S. Candido, Brunico o qualunque altro centro ed esattamente in una proporzione corrispondente a quella della zona che gravita sull'ospedale. Per questo bisogna dare qui una risposta sotto l'aspetto politico e cioè se la Regione sia intenzionata o meno, parecchi anni dopo aver assunto la competenza in questo campo, a prendere misure nel senso di garantire un'autentica parità di diritti ai due gruppi etnici. Ciò significa praticamente garantire negli ospedali civili l'assistenza nella madrelingua del paziente.)*

Per quanto riguarda le rette ospedaliere citerò soltanto un episodio. Il comune di Malles delibera un aumento della retta per il suo ospedale, analogamente a quanto si fa per altri piccoli ospedali come Silandro, S. Candido, Vipiteno e Bressanone. Come organo di vigilanza sui comuni, la Giunta provinciale non può annullare queste delibere, a meno che esse non siano illegittime, e non esiste una legge che prescriva un parere da parte di qualsiasi organo. Questo organo, una commissione di periti, è però stato istituito con una circolare del Presidente della Giunta regionale. In base al nuovo ordinamento sui comuni soltanto la Giunta provinciale è in grado di annullare tali delibere per illegittimità entro 15 giorni. Che cosa succede allora? La cassa malattia dichiara di non riconoscere l'aumento delle rette. La colpa di questa insostenibile situazione sta nel sistema: bisognerà perciò crearne uno, con atto legislativo, secondo cui gli ospedali civili da una parte e le casse malattia dall'altra siano obbligati a consultarsi sull'aumento delle rette e a raggiungere un accordo sotto la presidenza della Regione o della Provincia o, se questo non è possibile, a sottoporsi ad un arbitrato che poi dovrà essere rispettato. Infatti le delibere di questi ospedali civili entrano regolarmente in vigore e passano in giudicato e non è giusto che le Casse mutue dichiarino semplicemente di non essere in grado di pagare le rette. Ne risulterà una situazione insostenibile ed un caos giuridico a cui bisognerà provvedere e per cui credo che la Regione sia competente.

L'Assessore non ha fatto cenno all'occupazione dei posti di farmacista messi a concorso in provincia di Bolzano, occupazione che dovrebbe subire un'altra dilazione poiché l'ultima delibera della commissione che doveva decidere in merito al concorso è stata di recente impugnata dal Consiglio di Stato. Ciò è

avvenuto perchè dopo la prima sentenza del Consiglio di Stato, il quale ha annullato il concorso per due o tre farmacie, la commissione ha effettuato l'assegnazione di tutte le altre farmacie nonostante che il Consiglio di Stato abbia fondato il suo annullamento sui criteri con cui sono state assegnate tutte le farmacie. Se dunque il Consiglio di Stato dichiara illegali determinati criteri, ciò avrà valore per tutte le farmacie. Ora è stato presentato ricorso contro l'assegnazione di queste farmacie perchè vi si è provveduto in base a criteri che il Consiglio di Stato ha dichiarato illegali nei riguardi di due farmacie. Credo che in base a questo ricorso sarebbe consigliabile attendere per l'assegnazione definitiva. Per quanto riguarda la sistemazione di ruolo dei medici primari, su cui la Giunta regionale ha presentato una proposta di legge, bisognerà aggiungere a quanto detto dall'Assessore che la commissione di cui sono presidente ha sentito i rappresentanti dell'ordine dei medici di Trento e di Bolzano e che tanto i primi quanto i secondi si sono pronunciati contro questa forma di sistemazione senza concorso e senza un esame qualsiasi e che perciò il trattamento della questione in commissione ha registrato un arresto: la Giunta stessa non insiste perchè si proceda nell'esame di questa legge).

PRESIDENTE: Resta stabilito che l'orario dei lavori sarà il seguente: 31 marzo, 1, 2, 3 aprile, con l'intesa che ci sarà seduta notturna fra il 31 marzo e il 1° aprile, ed, eventualmente, fra il 2 e il 3 aprile. Riprenderemo con questo Assessorato per poi proseguire, nell'ordine, con quelli del commercio, dell'industria e dell'agricoltura. Auguri a tutti di buone feste.

La seduta è tolta.

(Ore 18.10).